

DISKURS
STREITSCHRIFTEN ZU GESCHICHTE
UND POLITIK DES SOZIALISMUS · HEFT 34



HORST RICHTER

*Musste
die Perestroika
scheitern?*

DISKURS · STREITSCHRIFTEN ZU GESCHICHTE
UND POLITIK DES SOZIALISMUS · HEFT 34

Musste die
Perestroika scheitern?
Analysen und Dokumente

Horst Richter

ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG SACHSEN
LEIPZIG 2009

ISBN 978-3-89819-529-0

© Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V. 2009
Harkortstraße 10, D-04107 Leipzig
Telefon (0341) 9608531 · Fax (0341) 2125877
www.rosa-luxemburg-stiftung-sachsen.de
RosaLuxemburg-Stiftung.Sachsen@t-online.de

Umschlaggestaltung: Daniel Neuhaus unter Verwendung des Fotos »Sturm auf das Winterpalais« aus dem Film »Oktober – 10 Tage, die die Welt erschütterten«. In: Mit der Sowjetunion für immer fest verbunden. Eine Bilddokumentation. Berlin 1974. S. 16f.

Redaktion & Satz: Lutz Höll

Herstellung: GNN Verlag Sachsen GmbH, Badeweg 1, D-04435 Schkeuditz

Inhalt

I. Musste die Politik der Perestroika scheitern?	5
II. Ein Blick hinter die Kulissen des Politbüros des ZK der KPdSU in der Zeit der Perestroika	23
III. Dokumente	67
Über den Autor	128

I.

Musste die Politik der Perestroika scheitern?¹

Vom 17–27. Dezember 1990 fand in Moskau ein dramatischer Kongress der Volksdeputierten der UdSSR statt. An das Rednerpult trat der damalige Ministerpräsident der UdSSR, Ryschkow; er traf die bemerkenswerte Feststellung: die Politik der Perestroika ist gescheitert.

Es war der letzte Auftritt des Ministerpräsidenten der UdSSR. Während der Tagung der Abgeordneten erlitt Ryschkow einen Herzinfarkt. Einem der führenden Köpfe des Landes und der Perestroika hat das Scheitern bis ins Herz getroffen. Es bleibt die Frage, musste die Perestroika scheitern? War es zwangsläufig, dass die Politik der Umgestaltung nicht zum Erfolg führte?

Um eine Antwort zu finden, ist es angebracht, einen Exkurs in die Geschichte der Sowjetunion zu machen.

Zwei Reformen: Neue Ökonomische Politik und Perestroika

Für den Anfang der Sowjetunion und ihr Ende stehen zwei Begriffe: Neue Ökonomische Politik (NÖP) und Perestroika (Umgestaltung). Hinter der Reform Neue Ökonomische Politik steht der Name Lenin und hinter der Reformpolitik Perestroika steht der Name Gorbatschow. Gorbatschow verknüpfte seine Reform mit der Neuen Ökonomischen Politik Lenins. Er selbst gab sich als großer Verehrer von Lenin. Er schätzte vor allem die Methodologie Lenins, das kühne Beschreiten neuer Wege, das sich in Übereinstimmung mit der marxischen Theorie befand. Nach Gorbatschow sind die Werke Lenins unerschöpflich. Gorbatschow wurde nicht müde, immer wieder aufzurufen, bei Lenin zu lernen. »Zu einem neuen qualitativen Zustand der Gesellschaft gelangen wir nicht durch Aufstand, sondern durch neues Denken, durch neues Studium der Arbeiten Lenins.«

¹ Überarbeitete Fassung eines Vortrags, gehalten am 18. Juni 2009 vor der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen in Leipzig.

Das Ziel beider Reformen bestand darin, Russland bzw. die Sowjetunion aus einer tiefen Krise zu führen.

Wenn es auch zwischen beiden Reformen nach außen hin Ähnlichkeiten gab, so waren sie aber ihrem Inhalt nach grundverschieden. Lenins Reformprogramm ebnete den Weg, Russland als kleinbäuerliches Land in eine sozialistische Großmacht zu verwandeln. Gorbatschows Reformpolitik war dagegen der verspätete Versuch, den Niedergang der krisengeschüttelten Sowjetunion zu stoppen.

Lenins Neue Ökonomische Politik

Lenin verkündete seine Neue Ökonomische Politik im Frühjahr 1921 auf dem X. Parteitag der Kommunistischen Partei Russlands. Mit ihr wurde die durch Konterrevolution und ausländische Intervention erzwungene Politik des »Kriegskommunismus« beendet und das Wirtschaftsprogramm für die Schaffung ökonomischer Grundlagen einer sozialistischen Gesellschaft festgelegt. Das von Lenin entworfene Programm enthielt im wahrsten Sinn des Wortes Neues. Es war nicht nur neu im Vergleich zum »Kriegskommunismus«, der nur kurze Zeit andauerte, es war vielmehr neu gegenüber bisherigen Auffassungen über die Errichtung einer nichtkapitalistischen, das heißt sozialistischen Gesellschaft. Es brach mit bisher gültigen Dogmen und Vorstellungen. Es enthielt Gedanken über zu beschreitende Wege und Methoden, die bisher undenkbar waren.

Wichtige Programmpunkte waren:

- Ablösung der Ablieferungspflicht durch eine Naturalsteuer; das bedeutete, die bäuerlichen Wirtschaften konnten über einen Teil ihres Ertrages frei verfügen und ihn auf dem Markt gegen Geld verkaufen.
- Erlaubnis des *Privathandels*, Entfaltung des Marktes und Existenz kleiner kapitalistischer Betriebe und Unternehmungen. In die Geldzirkulation wurde eine Goldwährung in Umlauf gebracht – der Tscherwonez –, die frei konvertierbar, das heißt, gegen fremde Währungen austauschbar war.
- Einführung des Staatskapitalismus in Form von Konzessionen, Verpachtung von Staatsbetrieben, gemischter Gesellschaften, Kooperationen und anderen.

- Überführung der Industriebetriebe auf die Grundlagen der wirtschaftlichen Rechnungsführung. Aufgabe der Betriebe war es, mit Gewinn zu wirtschaften.
- Entlohnung der Beschäftigten nicht in Natural- sondern in Geldform.

Diese Elemente der Neuen Ökonomischen Politik beruhten auf der Erkenntnis Lenins, dass die sozialistische Wirtschaft ohne Warenproduktion, ohne Geld und ohne marktwirtschaftliche Kräfte nicht aufgebaut werden kann. Nach langwierigen Ringen brach Lenin mit der herkömmlichen theoretischen Auffassung, dass die Errichtung der sozialistischen Gesellschaft mit der Abschaffung der Warenproduktion, der Herstellung der Erzeugnisse für den Markt verbunden sei.²

Für viele Anhänger der Revolution, vor allem für Intellektuelle, waren diese Gedanken und Vorstellungen Lenins nicht begreifbar. Statt die Warenwirtschaft abzuschaffen, trat er für die Entfaltung des Marktes, die Stabilisierung der Geldzirkulation, die Wiederezulassung von Klein- und Mittelunternehmen auf der Grundlage privater Eigentumsverhältnisse ein. Im Warenaustausch, im Handel, sah Lenin in der Neuen Ökonomischen Politik das Hauptkettenglied, das angepackt werden muss.³

Ein weiteres Element der Neuen Ökonomischen Politik war der Aufbau einer zentralen staatlichen Planung.

Anknüpfend an die von Marx im »Kapital« gewonnene Erkenntnis, wonach ein arbeitsteiliger Produktionsprozess dann am rationellsten wirtschaftet, wenn der »vergesellschaftete Mensch«, die assoziierten Produzenten, diesen ihren Stoffwechsel mit der Natur rationell regeln, ihn unter ihre gemeinschaftliche Kontrolle bringen ..., ihn mit dem geringsten Kraftaufwand und unter den ihrer menschlichen Natur würdigsten und adäquatesten Bedingungen vollziehen,⁴ forderte Lenin, ein

2 Rosa Luxemburg: »Warenproduktion, also auch Austausch existiert hier nicht [gemeint ist der Sozialismus – H. R.], wohl aber gesellschaftliche Arbeitsteilung. Die Produkte ... werden im erforderlichen Quantum den Arbeitenden und nicht Nichtarbeitenden ... zugewiesen – nicht weil hier Äquivalentenaustausch vorgeht, sondern weil die gesellschaftliche Organisation planmäßig den Gesamtprozess leitet. Rosa Luxemburg: Die Akkumulation des Kapitals. In: Werke. Bd. 5. S. 99f.

3 Vgl. Wladimir I. Lenin: Über die Bedeutung des Goldes jetzt und nach dem Sieg des Sozialismus. In: Werke. Bd. 35. S. 94.

4 Karl Marx: Das Kapital. 3. Band. In: MEW. Bd. 25. S. 828.

Planungssystem zu schaffen, das die vorhandenen volkswirtschaftlichen Ressourcen rationell verteilt und einsetzt.

Auf Initiative Lenins wurde Anfang der zwanziger Jahre der erste Perspektivplan für die Dauer von fünfzehn Jahren- der GOELRO-Plan ausgearbeitet, der den Aufbau einer industriellen Basis vorsah, in deren Mittelpunkt die Elektrifizierung stand.

Das Leninsche Konzept des aufzubauenden staatlichen Planungssystems war dualer Natur. Es beinhaltete, dass einerseits der Staat die Grundrichtung der wirtschaftlichen Entwicklung festlegt, die dazu erforderlichen materiellen und finanziellen Ressourcen verteilt, andererseits den Betrieben Selbständigkeit gewährt, ihnen das Recht einräumt, eigenverantwortlich zu entscheiden, auf eigene Rechnung mit Gewinn zu wirtschaften. Die Autonomie der Betriebe sah Lenin als Voraussetzung an, damit die staatliche Planung funktioniert.⁵ Es wurde die schwierige Aufgabe in Angriff genommen, zentrale Planung und Eigenverantwortung der Betriebe miteinander zu verzahnen, eine Aufgabe, die im Gesamtverlauf der planwirtschaftlichen Entwicklung niemals zufriedenstellend gelöst wurde.

Der eigentliche Inhalt der Neuen Ökonomischen Politik, alle ihre Elemente waren letztlich darauf gerichtet, durch zentrale staatliche Steuerung und lokale Anreizsysteme, in denen auch die Marktkräfte mit in Anspruch genommen werden sollten, die Wirtschaft zu beleben, das Wirtschaftswachstum zu fördern, die Arbeitsproduktivität zu erhöhen. Denn nach Lenin ist die Arbeitsproduktivität in letzter Instanz das Allerwichtigste, das Ausschlaggebende für den Sieg der neuen Gesellschaftsordnung.⁶

Der von Lenin eingeschlagene neue Kurs in der Wirtschaftspolitik stieß bei vielen Anhängern der Revolution und Funktionären in Partei und Wirtschaft auf heftigen Widerstand. Sie erblickten darin eine Abkehr von der Revolution, ein Verlassen der Position der Lehren von Marx.

In der Tat, eine Berufung auf Marx war nicht möglich. Es gab keine Marx-Zitate und Hinweise, um die Neue Ökonomische Politik begründen zu können.

Trotz Widerstand in den eigenen Reihen schritt Lenin auf dem von ihm eingeschlagenen Weg unbeirrt weiter fort. Bezüglich der Einführung

5 Vgl. Wladimir I. Lenin: Entwurf des Artikels »Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht«. In: Werke. Bd. 27. S. 196.

6 Vgl. Wladimir I. Lenin: Die große Initiative. In: Werke. Bd. 29. S. 416.

des Staatskapitalismus in Russland argumentierte er gegen seine Widersacher: »In der Frage des Staatskapitalismus machen, wie mir scheint, unsere Presse und unsere Partei überhaupt den Fehler, dass wir in intel­ligenzlerischer Denkweise, in Liberalismus verfallen, darüber klü­geln, wie man den Staatskapitalismus zu verstehen habe, und in alten Büchern nachschlagen. Aber dort ist von etwas ganz anderem die Rede: dort ist über den Staatskapitalismus geschrieben, der unter dem Kapitalismus vorkommt, aber es gibt kein einziges Buch, wo über den Staatskapitalismus geschrieben wäre, der unter dem Kommunismus vorkommt. Nicht einmal Marx kam auf den Gedanken, auch nur ein einziges Wort darüber zu schreiben, und starb, ohne ein einziges genaues Zitat und unwiderlegliche Hinweise hinterlassen zu haben. Deshalb müssen wir uns jetzt selber aus der Klemme ziehen.«⁷

Und bezüglich der Entfaltung des Marktes und des Handels bemerkte Lenin: »Wir dürfen uns nicht vom Gefühlssozialismus oder von der altrussischen, halb­herrschaftlichen, halbbäuerlichen, patriarchalischen Stimmung übermannen lassen, denen eine Geringschätzung des Handels eigen ist. Alle und jede ökonomische Übergangsform darf man benutzen und *muss* man, sofern das erforderlich ist, zu benutzen verstehen, um die Verbindung der Bauernschaft mit dem Proletariat zu festigen, um die Volkswirtschaft in dem ruinierten und erschöpften Land unverzüglich zu beleben, um die Industrie zu heben und um weitere, umfassendere und tiefgreifendere Maßnahmen wie die Elektrifizierung zu erleichtern... Prinzipiell hat sich nichts verändert, aber in der Form tritt eine Veränderung ein, die Marx persönlich nicht voraussehen konnte, der man sich jedoch nur auf dem Boden der Philosophie und Politik des Marxismus bewusst werden kann.«⁸

Wenn Lenin heute auch in Ungnade gefallen ist, er damals Entscheidungen getroffen hat, die sich für die Kommunistische Partei Russlands als schädlich und falsch erwiesen haben, wie: Die Gleichsetzung der Diktatur des Proletariats mit der regierenden kommunistischen Partei, das Verbot von Opposition in der Partei, die strikte Ablehnung eines Mehrparteiensystems u. a., so hat er es auf ökonomischem Gebiet glänzend verstanden, auf »dem Boden der marxistischen Philosophie« neue

7 Wladimir I. Lenin: XI. Parteitag der KPR (B). In: Werke. Bd. 53. S. 269.

8 Wladimir I. Lenin: Über die Bedeutung des Goldes ... In: Werke. Band 53. S.96f.

Erkenntnisse zu erzielen, die für den Aufbau einer sozialistischen Wirtschaft unverzichtbar waren.

Die Neue Ökonomische Politik zeitigte bald erste Ergebnisse. Die Verfügbarkeit der Bauern über ihre Überschüsse, das Recht, privates und genossenschaftliches Eigentum zuzulassen, Unternehmen zu bilden, führte in den Zwanziger Jahren dazu, das Tausende Händler Geschäfte eröffneten, Bauern Lebensmittel in die Stadt brachten. Die Versorgungslage der Bevölkerung in den Städten verbesserte sich merklich. Die Wirtschaft lebte auf. Durch ihre Hände Arbeit konnten die Bauern einen bescheidenen Besitzstand aufbauen. Lenin rechnete damit, dass die NÖP einen längeren Zeitraum in Anspruch nehmen wird.

Paradigmenwechsel durch Stalin

Im Januar 1924 starb Lenin. Nach seinem Tod wurde es still um die Neue Ökonomische Politik. In der Praxis wurde sie zunächst noch weiter durchgeführt, in der Öffentlichkeit fand sie aber kaum noch Erwähnung. Die Gegner der NÖP nahmen zu; sie erblickten in ihr eine Wiederbelebung kapitalistischer Verhältnisse, ein Abweichen von der Zielstellung, soziale Gerechtigkeit herzustellen. Es wurden Stimmen laut, die Neue Ökonomische Politik sei eine Wiederbelebung der Ausbeutung des Proletariats. Stalin trug diesen Stimmen Rechnung. Auf einer Parteikonferenz der Agrar- Marxisten Ende 1929 erklärte er: »Wenn wir an der NÖP festhalten, dann deshalb, weil sie der Sache des Sozialismus dient. Aber wenn sie aufhört der Sache des Sozialismus zu dienen, dann jagen wir sie zum Teufel. Lenin äußerte, die NÖP ist ernsthaft und auf lange Sicht eingeführt worden, aber er hat niemals gesagt, dass die NÖP für immer und ewig eingeführt worden ist.«⁹

Obwohl zur damaligen Zeit nach dem üblichen Sprachgebrauch der Sozialismus noch nicht gesiegt hatte, hat Stalin die Neue Ökonomische Politik zum Teufel gejagt.

Stalin, im Jahr 1922, trotz Bedenken Lenins, zum Generalsekretär der kommunistische Partei gewählt, wurde nach dem Tod Lenins der mäch-

9 Zitiert nach: N.N. Maslow: »Russische Kommunistische Partei (B) – Allunionskommunistische Partei (B) in den Jahren der NÖP (1921–1929). In: Politische Parteien Russlands: Geschichte und Gegenwart. Moskau. »Russische Politische Enzyklopädie«. S. 430 (russ.).

tigste Mann des Landes. Mit seinem Machantritt fand in der Wirtschaftspolitik ein *Paradigmenwechsel* statt. Sein ehrgeiziges Ziel bestand darin, die Sowjetunion als Agrarland (im Jahr 1926 entfielen auf die Bauernschaft 82 % der Sowjetbevölkerung, das waren 120 Millionen Menschen) in historisch kurzer Frist in eine industrielle Großmacht zu verwandeln. *Stalin verfolgte eine Politik der rigorosen Industrialisierung*. Alle Mittel waren ihm dabei recht. »Wir gehen mit Volldampf den Weg der Industrialisierung zum Sozialismus, unsere uralte russische Rückständigkeit hinter uns lassend«- bemerkte er 1929. »Wir werden zu einem Land des Metalls, einem Land der Automobilisierung, einem der Traktorisierung.«¹⁰

Im Verlauf von zwei Fünfjahrplänen (1929–1941) wurde in der Sowjetunion im wahrsten Sinne des Wortes eine gigantische Großindustrie aus dem Boden gestampft. Fast 10000 Großbetriebe sind entstanden. Die Industrieproduktion hat sich um das 6,5-fache erhöht. Im ersten Fünfjahrplan wurden riesige Industriestädte – wie z. B. Magnitogorsk, bestehend aus gewaltigen Stahl- und Eisenhüttenwerken – gebaut, Kanäle gegraben, wie den Moskwa- Wolga und Weißmeerkanal, es entstanden Staudämme wie Dneprostroi, und 1932 wurde das größte Wasserkraftwerk der Welt fertig gestellt. Propagiert wurden diese Bauten als »Großbauten des Kommunismus«. Diese neu entstandenen Anlagen und Betriebe erzeugten 1937 fast 80 % der Industrieproduktion der UdSSR. In Europa rückte die UdSSR bei der Industrieproduktion auf den ersten Platz vor.

Der von Stalin betriebene Kurs der Industrialisierung rief weltweit Bewunderung hervor. Die damalige Weltwirtschaftskrise machte um das Land der Arbeiter und Bauern einen Bogen. Es hatte den Anschein, als ob hier andere ökonomische Gesetze wirken.

Im Nachhinein zeigte sich jedoch, dass die im Ergebnis der von Stalin betriebenen Industrialisierungspolitik entstandene industrielle Basis durch schwerwiegende Mängel gekennzeichnet war. Diese Mängel hingen wie Blei an der Volkswirtschaft der UdSSR. Sie sind auch nie überwunden worden. Letztlich waren sie auch mit Ursache für den ökonomischen Niedergang der Sowjetunion. Man könnte auch mit Goethe sprechen: In der durch die Industrialisierung geschaffenen industriellen Basis steckte eine böse Tat, die die Sowjetunion bis zu ihrem Ende- und auch danach- ständig verfolgte.

10 »Prawda« vom 7. November 1929.

Das mit der Industrialisierung verbundene Wirtschaftswachstum war ein Wachstum auf *extensiver* Basis. Das heißt, der Zuwachs an Produktion erfolgte weniger durch Effektivitätserhöhung, als vielmehr durch Kapazitätserweiterung, durch Neubau von Betrieben, durch Erhöhung des Verbrauchs an Rohstoffen, Material und Energie. Das für den Endverbrauch entstandene Industrieprodukt war zu material- und energieintensiv. Auf den Weltmärkten hielten diese Produkte der internationalen Konkurrenz nicht stand.

Gestützt wurde diese einseitige, d. h. falsche Industrialisierungspolitik durch die Propagierung eines heilig gesprochenen ökonomischen Scheingesetzes, das aus der Marxschen Reproduktionstheorie »abgeleitet« wurde.

Nach diesem Gesetz müsse auf Grund der gestiegenen Arbeitsproduktivität, die mit der Zunahme der vergegenständlichten Arbeit im Wert des Produkts verbunden ist, die Herstellung von Produktionsmitteln schneller wachsen als die Produktion von Konsumgütern.

Das extensive Wirtschaftswachstum führte dazu, dass im volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozess die Herstellung von Konsumgütern, von Erzeugnissen für den Bedarf der Bevölkerung, wofür eigentlich die Produktion da ist, von zweitrangiger Bedeutung war. Es existierte ein ständiger, im Laufe der Jahre sich verschärfender Widerspruch zwischen Warenangebot und wachsender Kaufkraft. Drei Viertel des jährlich erzeugten Produkts bestanden aus Produktionsmitteln, während die Konsumgüter nur ein Viertel ausmachten. In den westlichen Industriestaaten ist dieses Verhältnis genau umgekehrt.

Das Stalinsche Industrialisierungskonzept wurde auch von den anderen sozialistischen Ländern übernommen. Auch deren Wirtschaft war durch Disproportionen zwischen Schwer- und Leichtindustrie gekennzeichnet, wodurch ebenfalls ein ständiger Mangel an Bedarfsgütern für die Bevölkerung herrschte.

Eine weitere Folge der Industrialisierung, die nicht weniger schwerwiegend war, war die faktische Liquidierung der Klein- und Mittelbetriebe sowohl in den Städten als auch in den ländlichen Regionen. Damit einher ging die Liquidierung der Schicht des Mittelstands. Aus der Volkswirtschaft wurde ein Glied eliminiert, das sich durch Flexibilität und Dynamik auszeichnet. Auch dadurch wurde der Mangel an Gebrauchsgütern und Dienstleistungen für die Bevölkerung ständig reproduziert und verschärft.

Das hohe Tempo und die Dimensionen der Industrialisierung erforderten naturgemäß hohe Investitionen. Es ergibt sich die Frage, aus welchen Quellen diese Mittel flossen? Zuallererst sind die arbeitenden Menschen zu nennen. Die Last der Industrialisierung lag in der Hauptsache auf ihren Rücken. Ihr Arbeitstag betrug in den dreißiger Jahren 12, mitunter 16 Stunden. Die Arbeitswoche dauerte 6, zuweilen 7 Tage. An Lohn wurde ein Betrag gezahlt, der gerade reichte, die Arbeitskraft zu reproduzieren und die Familie am Leben zu erhalten. Die Opferbereitschaft der Menschen war bewundernswert. Sie taten dies deshalb, weil sie glaubten, mit ihrer heutigen Arbeit ein Fundament für eine glückliche Zukunft zu schaffen.

Um die ohnehin hohen Arbeitsnormen zu überbieten, wurde 1935 die sogenannte Stachanow-Bewegung¹¹ ins Leben gerufen. Mit ihrer Hilfe sollten durch Rationalisierung, verbesserte Arbeitsorganisation, Neurer- und Erfinderwesen u. a. zusätzliche Reserven zur Normenüberbietung erschlossen werden. Die KPdSU(B) gab die Losung aus, den 5-Jahrplan in 4 Jahren zu erfüllen.

Die Industrialisierung des Landes erfolgte in nicht unerheblichem Maß mit durch Zwangsarbeit der Häftlinge in den Strafarbeitslagern. Während der Industrialisierungsphase nahm die Zahl der Häftlinge enorm zu. Sie stieg von 20000 im Jahr 1928 auf über eine Million im Jahre 1954, d. h. sie wuchs um das 50-fache. Die Strafgefangenen waren die billigsten Arbeitskräfte; sie besiedelten bisher unbewohnte Gebiete und erschlossen dort die reichen Bodenschätze. Der Weißmerkanal, eine 227km lange Wasserstraße, der die Ostsee mit dem Weißmeer verbindet, wurde unter unvorstellbaren schweren Arbeitsbedingungen im ersten 5-Jahrplan von über 100000 Häftlingen erbaut.

Eine weitere wichtige Quelle für die Finanzierung der Industrialisierung war die Landwirtschaft. Auf dem XV. Parteitag wurde die Aufgabe gestellt, die einzelbäuerlichen Wirtschaften in Kollektivwirtschaften (Kolchosen) zusammen zufassen und auf diese Weise die Landwirtschaft sozialistisch umzugestalten. Der Zusammenschluss der Bauern erfolgte unter Zwang und Druck. Die Großbauern (als Kulaken bezeichnet) wurden als »Klasse« liquidiert. Sie wurden enteignet und als landwirtschaftliche Fachkräfte aus den Dörfern vertrieben. Viele von ihnen lan-

11 Die Bewegung ist nach dem sowjetischen Bergarbeiter Stachanow benannt, der im August 1935 als Hauer einen Rekord beim Abbau von Kohle erzielte.

deten in Arbeitslagern. Geringe Erträge, niedrige Arbeitsproduktivität, Vernichtung von Vieh, Hunger in großen Landstrichen, vor allem in der Ukraine, waren Folgen der Kollektivierung. Bis auf einen Rest, der kaum zum Leben reichte, musste die eingebrachte Ernte voll an den Staat abgeliefert werden. Die zentralisierten Erträge wurden zur Finanzierung der Industrialisierung verwendet. In seinen Romanen, »Neuland unterm Pflug« und »Der Stille Don« schildert der sowjetische Schriftsteller und Literaturnobelpreisträger Scholochow eindrucksvoll die Mittel und Methoden mit denen die Bauern gezwungen worden sind, in die Kolchosen einzutreten.

In der von Stalin praktizierten Wirtschaftspolitik war von dem Leninschen Gedankengut der Neuen Ökonomischen Politik nichts mehr übrig geblieben. Stalin sah vielmehr in der NÖP ein Hindernis für die Industrialisierung. Fürsprecher für die Fortführung der NÖP (Bucharin) räumte er aus dem Weg, und den sogenannten NÖP- Männern sagte er den Kampf an. Tausende von ihnen wurden inhaftiert; viele von ihnen mussten ihr Hab und Gut verlassen. Von den im Jahr 1926 registrierten 400 000 Privatunternehmen waren Ende 1928 mehr als die Hälfte durch hohe Steuern in den Bankrott getrieben worden, bzw. die Miliz hatte verordnet, ihr Geschäfte zu schließen.

Das Ende der Neuen Ökonomischen Politik bedeutete das Ende des Privateigentums in der UdSSR. Die Eigentumsverhältnisse waren zu 100 % verstaatlicht worden. Selbst das Kolchoseigentum befand sich unter staatlicher Kontrolle. Bis auf Babuschkas, die auf Straßen Mineralwasser verkauften und Uhrmacher in Hotels, (meist jüdischer Herkunft) die ihre Dienste anboten, gab es keine Privatunternehmen mehr. Der Staat hatte das Monopol über das Eigentum.

Unter der Herrschaft Stalins ist ein Wirtschaftstyp entstanden, der weitab von den Vorstellungen Lenins und einer Reihe seiner späteren Anhänger war. Obwohl es in den 60er und 70er Jahren Versuche gab, diesen Typ zu reformieren, blieben alle Versuche in den Anfängen stecken. *Das Stalinsche Wirtschaftsmodell blieb bis zum Ende der Sowjetunion das Grundmodell der Sowjetischen Wirtschaft.*

Die Perestroika-Versuch, die Sowjetunion aus der Krise zu führen

Mitte der 80er Jahre hatte in der Sowjetunion die Krise ihren Tiefpunkt erreicht. Das Wachstum in der Wirtschaft ging zurück. Die Extensivierung hatte ihre äußerste Grenze erreicht. Das Wettrüsten lief auf vollen Touren weiter; es verschlang mindestens ein Viertel des Volkseinkommens. Die soziale Lage der Menschen verschlechterte sich. Obwohl die Geldeinnahmen der Bevölkerung stiegen, blieben die Regale in den Geschäften dagegen leer. Schwarzmarkt und Korruption blühten. Über dem Land lag eine tiefe Depression. Das Land ging dem Abgrund zu.

Um die Sowjetunion zu retten, waren grundlegende Reformen erforderlich. Mit der Wahl von Gorbatschow zum Generalsekretär des ZK der KPdSU im März 1985 schien es zunächst so, als ob die personellen Voraussetzungen geschaffen worden sind, um die grundlegenden Reformen in Angriff nehmen zu können. Gorbatschow wurde als *Deus ex machina*, als Retter und Helfer in der Not, angesehen.

Bereits unmittelbar nach seiner Wahl zum mächtigsten Mann im Land brachte Gorbatschow auf dem Aprilplenium des ZK zum Ausdruck, dass er willens sei, den Sozialismus in der Sowjetunion zu reformieren und zu erneuern.

Auf dem Plenum legte Gorbatschow ein Reformkonzept vor, in dessen Mittelpunkt die Beschleunigung der sozialökonomischen Entwicklung, die Erhöhung des Wachstumstempos der Produktion, die Intensivierung der Volkswirtschaft, die Forcierung des Tempos der Einführung der neuesten Erkenntnisse von Wissenschaft und Technik standen.

Anliegen der Reform war es ebenfalls, den »menschlichen Faktor« zu aktivieren. Arbeits- und Selbstdisziplin, Ehrlichkeit, Verantwortungsbewusstsein und anderes sollten mobilisiert werden. Die Gleichgültigkeit der Menschen gegenüber der Gesellschaft galt es zu überwinden.

Es steht außer Zweifel, dass diese Aufgabe und ihre Erfüllung von lebenswichtiger Bedeutung für die Sowjetunion waren. Doch von Anfang an offenbarte das Reformkonzept einen Mangel: Es beruhte weiterhin auf dem von Stalin in den 30er Jahren geschaffenen Gesellschaftsmodell. Die Stützpfeiler dieses Modells waren die alten, sie blieben unangetastet. Durch die Reformen sollten zwar die Mängel und negativen Erscheinungen in Wirtschaft und Gesellschaft beseitigt werden, doch ihre Wurzeln, die sie hervorbrachten, bestanden weiter. *Ein echter Paradigmenwechsel hat mit der Reform somit nicht stattgefunden.*

Die Pfeiler des Stalinschen Gesellschaftsmodells waren:

- Die Monopolstellung der KPdSU im politischen System der UdSSR und ihre Verankerung in der Verfassung. Im Artikel 6 wurde der Führungsanspruch der KPdSU verfassungsgemäß sanktioniert. Die Partei übte faktisch staatliche Funktionen aus. Ein Mehrparteiensystem wurde ausgeschlossen.
- Das Staatseigentum bildete die Grundlage für Wirtschaft und Gesellschaft. Private Eigentumsformen wurden nicht zugelassen.
- Hauptsteuerungsinstrument für die wirtschaftliche Entwicklung war die zentrale staatliche Planung. Es gab keinen echten Markt; eine Marktregulierung fand nicht statt. Gorbatschows Reformgedanke bestand darin, diese Stützen zu reformieren, zu erneuern, aber keineswegs abzuschaffen.

Von Anbeginn seiner Machtausübung hatte Gorbatschow erkannt, dass die KPdSU ihrer Führungsrolle in der Gesellschaft nicht gerecht wird. Der Parteiapparat hatte sich verselbständigt und agierte losgelöst von den Mitgliedern. Er übte faktisch die Macht aus. Der Generalsekretär setzte auf die Veränderung der Partei, auf die Erneuerung der Kader, auf die Praktizierung eines neuen Arbeitsstils. Die Reform sollte durch Druck von »oben«, d. h., der Parteiführung und durch Druck von »unten«, d. h., durch die Mitglieder der Partei und die Volksmassen verwirklicht werden. Den im Artikel 6 der Verfassung festgeschriebenen Führungsanspruch der KPdSU stellte er aber nicht infrage. Auch die Einführung eines Mehrparteiensystems stand nicht zur Diskussion.

Trotz vielfältiger Maßnahmen: Veränderung der Parteikader, Demokratisierung des Parteilebens, Transparenz unterschiedlicher Meinungen innerhalb der Partei und anderen ist es nicht gelungen, die Partei zu erneuern, sie zu befähigen, ihren Führungsanspruch gerecht zu werden. Im Gegenteil. Innerhalb der Partei formierten sich Kräfte, die nicht nur die Perestroika, sondern die Partei überhaupt, die Gültigkeit ihrer ideologischen Grundlagen, den Marxismus- Leninismus, infrage stellten. Es gab linke und rechte Strömungen. Spontan entstand ein Mehrparteiensystem.

Die neu gegründeten Parteien, der Druck der Liberalen und der oppositionellen Kräfte innerhalb der KPdSU zwangen Gorbatschow im Februar 1990, als es sich schon abzeichnete, dass die Perestroika nicht zum

Erfolg führen wird, den Vorschlag zu unterbreiten, den Artikel 6 der Verfassung neu zu formulieren und offiziell ein Mehrparteiensystem zuzulassen. Wollte die KPdSU ihren Machtanspruch geltend machen, musste sie versuchen, ihn auf parlamentarischem Weg, d. h., durch Wahlen, zu erobern.

Nach dem Putsch im August 1991, der gegen Gorbatschow gerichtet war und nach der Bildung einer selbständigen Kommunistischen Partei Russlands war faktisch die KPdSU von der politischen Bühne in der Sowjetunion abgetreten.

Am 24. August legte Gorbatschow sein Amt als Generalsekretär nieder, und er schlug dem Zentralkomitee vor, die KPdSU aufzulösen. Die Auflösung erfolgte »geräuschlos«, d. h., sie fand ohne nennenswerten Widerstand statt. Der »Erneuerungsprozess« der KPdSU endete somit mit ihrer Selbstauflösung. Die wichtigste Säule des sowjetischen Gesellschaftsmodells war zusammengebrochen; sie existierte nicht mehr.

Ebenfalls als nicht reformier- und erneuerbar erwies sich das Staatseigentum.

In der Sozialismus-Theorie galt das Dogma: Die sozialistische Gesellschaftsordnung ist mit der Existenz von Privateigentum an den Produktionsmitteln unvereinbar. Privateigentum und Ausbeutung wurden als komplementäre Größen angesehen, das bedeutete, dass eine bedingt die andere. Generell wurde das Privateigentum gebrandmarkt.

Staatseigentum ist von der Sache her eine legitime Eigentumsform. Es ist primär nicht auf Gewinnerwirtschaftung ausgerichtet. Die dem Staat gehörenden Eigentumsobjekte (Post, Telekommunikation, Eisenbahn, Banken, Einrichtungen der Bildung, Kultur, Gesundheitswesen u.v.a.) haben die Aufgabe, dem Wohle des Volkes zu dienen.

Die totale Verstaatlichung des Eigentums, die Monopolisierung der Eigentumsverhältnisse, erwies sich nicht nur für die Theorie, sondern ebenfalls für die Praxis der neuen Gesellschaftsordnung als einer der größten Irrtümer und Fehler. Gesellschaft und Wirtschaft wurde dadurch großer Schaden zugefügt.

Die verstaatlichten Eigentumsverhältnisse bildeten zwar die Grundlage für größere soziale Gerechtigkeit, für Bildung für alle, für kostenlose medizinische Versorgung, sie verhinderten krasse Auswüchse im sozialen Bereich, die privatwirtschaftlichen Ordnungen immanent sind, sie waren aber ein Hemmschuh für die beschleunigte Entwicklung der Produktivkräfte, für ein effektives Wirtschaftswachstum. In ihnen fehlte

ein Anreizsystem, das die Produzenten als »Miteigentümer« des Staatseigentums stimulierte, sich als Eigentümer zu verhalten. Das monopolisierte Eigentum vermochte nicht, die Entfremdung von Produzent und Eigentum zu überwinden. Die Aneignung als wesentliches Merkmal des Eigentums vollzog sich am Produzenten vorbei. Die Verteilung der Arbeitsergebnisse war weitestgehend losgelöst von der tatsächlichen Leistung, sie trug starke Züge der Gleichmacherei. Das Eigentum war verstaatlicht, aber nicht wirklich vergesellschaftet.

Erst als die sowjetische Wirtschaft am Boden lag, sie trotz vieler Reformversuche nicht aus der Krise kam, wurde auf der höchsten Führungsebene die Eigentumsfrage ernsthaft diskutiert. Es wurde erkannt, dass eine effektive Volkswirtschaft auf Basis staatlich monopolisierter Eigentumsverhältnisse nicht möglich ist; es wurde die Forderung erhoben, die Eigentumsverhältnisse grundlegend zu verändern. Staatseigentum wurde aufgelöst (entstaatlicht). Neue Eigentumsformen: Privateigentum, kollektives Eigentum, individuelles Eigentum, selbst ausländisches Eigentum, wurden zugelassen. Alle Eigentumsformen waren gleichberechtigt. Das staatliche Eigentum hatte seine Monopolstellung verloren. Eine weitere Säule des alten Gesellschaftsmodells war weggebrochen.

Die sozialistische Wirtschaft war eine Planwirtschaft. Die Planung erfolgte zentral, d. h., durch den Staat, sie war administrativ und trug direktiven Charakter. Eine Regulierung über den Markt gab es nicht.

An und für sich hat eine Wirtschaftsplanung viele Vorzüge. Durch sie können arbeitsteilige Produktionsprozesse rationell organisiert und die erforderlichen Produktionsfaktoren rechtzeitig zur Verfügung gestellt werden. Selbst in den kapitalistischen Großkonzernen unterliegt der Produktionsprozess der Planung.

Die Planung, vor allem im Maßstab der gesamten Volkswirtschaft, muss jedoch real sein, d. h., sie muss die Entwicklung der Hauptproportionen der Volkswirtschaft festlegen und sie darf nicht bis ins Detail der Wirtschaftsabläufe Festlegungen treffen. Die Feinabstimmung der Proportionen muss durch die wirtschaftenden Einheiten selbst erfolgen. Dazu ist es notwendig, dass den Betrieben das Recht eingeräumt wird, selbständig entscheiden zu können.

Ein Grundmangel der zentralstaatlichen Planung bestand darin, dass sie administrativ, durch Weisungen von »oben«, erfolgte, die Betriebe faktisch nicht selbständig waren und Details durch die Zentrale mit hohem bürokratischen Aufwand reguliert wurden. Da die Zentrale niemals in

der Lage war, die millionenfachen Wirtschaftsbeziehungen zu erfassen, war die staatliche Planung vom wirklichen Wirtschaftsleben weit entfernt, d. h., nicht real und musste fortlaufend korrigiert, der Realität angepasst werden. Ebenso war es nicht möglich, konkret die Vielzahl der einzelnen Gebrauchswerte zu planen, weshalb die Planung gezwungen war, für die Betriebe das Wertvolumen, das »Bruttoprodukt«, festzulegen, was in den Betrieben dazu führte, wertintensive, arbeitsaufwendige Produkte herzustellen, um auf diese Weise den Plan zu erfüllen bzw. zu überbieten. Der zentralisierte Planungsmechanismus trug somit dazu bei, den Übergang zur Intensivierung des Produktionsprozesses zu verhindern, er bremste die Modernisierung der Produktion und die Einführung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts. Ein radikaler Wandel des Leitungs- und Planungssystems der Volkswirtschaft war unumgänglich.

Im Juni 1987 fand ein Plenum des ZK der KPdSU statt, auf dem eine grundlegende Reform der Wirtschaftsführung beschlossen wurde. Das gesamte Planungs- und Leitungssystem sollte von der *administrativen* Wirtschaftsführung zur Leitung mit *ökonomischen Methoden* umgestaltet werden. Kernpunkte dieser Reform waren: Demontage der administrativen staatlichen Planung; anstelle von Direktiven und Weisungen, sollten Empfehlungen und Prognosen treten. Die Parteikomitees und übergeordneten staatlichen Leitungen sollten es unterlassen, sich in die operative Arbeit der Betriebe einzumischen. Die Betriebe wurden auf volle wirtschaftliche Rechnungsführung überführt, sie sollten selbständig wirtschaften und Gewinn erzielen, ihre Leistung sollte nicht nach der Planerfüllung, sondern nach dem tatsächlichen Verkauf ihrer Erzeugnisse beurteilt werden. Die Preise sollten zwar weiterhin staatlich reguliert, aber mit marktwirtschaftlichen Mechanismen verbunden werden. Die Produktionsmittel sollten über den Handel bezogen und nicht mehr durch staatliche Vermittlungskontore zugeteilt werden. Insgesamt erhielten die Betriebe den Status von selbstverwalteten Einrichtungen.

Die auf dem ZK-Plenum beschlossenen Maßnahmen wurden für Schritte gehalten, die zu einer grundsätzlichen Veränderung des bestehenden Wirtschaftsmechanismus führen sollten. Doch gleichzeitig blieb der Maßnahmenkatalog unvollständig: Die längst fällige Preisreform wurde nicht in Angriff genommen. Die Führung des Landes fürchtete sich vor notwendigen Preiserhöhungen. Der Markt als Regulierungsinstrument der Wirtschaft blieb weiterhin außer Kraft. Es gab faktisch keinen Markt, trotz wirtschaftlicher Selbständigkeit der Betriebe. Es existierten weder

Geld-, Arbeitskräfte- oder Warenmärkte. Es fehlte die Konkurrenz, ohne die es keinen Markt gibt.

Auf Grund der Halbherzigkeit des »radikalen« Reformpakets und des offenen und verdeckten Widerstands von Partei- und Wirtschaftsfunktionären fasste die Reform kaum Fuß, sie verschlimmerte vielmehr den Krisenzustand in Wirtschaft und Gesellschaft.

Das Projekt, die Planwirtschaft zu reformieren, die administrative Leitung durch ökonomische Leitungsmethoden zu ersetzen, war gescheitert. Als Ausweg aus der Krise wurde der Markt angesehen. Der Markt sollte es richten. Ein weiteres Verdikt musste aufgehoben werden: Die rigorose Verurteilung und Ablehnung des Marktes und der Marktwirtschaft.

Nach langen heftigen Diskussionen in der Spitze der Parteiführung wurde die planwirtschaftliche Position preisgegeben und die Auffassung vertreten, die Wirtschaft der UdSSR in die Marktwirtschaft zu überführen. Es war von der Einführung einer »regulierten« Marktwirtschaft die Rede. Innerhalb von 500 Tagen sollte dieser Übergang vollzogen werden. Faktisch war es ein Übergang in eine andere sozialökonomische Ordnung. Gorbatschow gestand im Mai 1990 ein: » In der Tat, es ist ein Übergang zu einer anderen sozialökonomischen Ordnung, zu einer anderen Lebensweise und Tätigkeit«. ¹² Und am 10. September 1990 teilte Gorbatschow in einem Telefongespräch dem Bundeskanzler, Kohl, mit, dass in der UdSSR am 1. Oktober mit der Einführung der Marktwirtschaft begonnen werde. ¹⁵

Für die noch existierende Sowjetunion war das Kapitel »Planwirtschaft« Geschichte. Ein neues Kapitel »Marktwirtschaft« wurde aufgeschlagen. Damit wurde das Tor, das im Oktober 1917 für den Kapitalismus zugemacht worden ist, 73 Jahre später – wieder im Monat Oktober – erneut geöffnet.

Der im April 1985 begonnene Reformkurs, der das Ziel hatte, den Sozialismus in der UdSSR zu erneuern, endete nicht mit einem erneuerten Sozialismus, sondern mit dem Einzug des Kapitalismus. Unterstützt durch einen alkoholsüchtigen Präsidenten fasste der wiedererstandene Kapitalismus in Russland schnell Fuß. Er nahm die Gestalt eines »Raubtierkapitalismus« an, und die Menschen mussten bald erfahren, dass ein

12 Im Politbüro des ZK der KPdSU. Moskau 2006. S. 513 (russ.).

13 M. Gorbatschow und die Deutsche Frage. Moskau 2006. S. 564.

schlechter Sozialismus durch einen schlechten Kapitalismus abgelöst wurde.

Warum ist das Reformprojekt Perestroika gescheitert?

Sicher gibt es dafür viele Ursachen und Antworten. Hauptgründe könnten sein:

Erstens: Ohne aktive Mithilfe und Unterstützung der Menschen ist eine grundlegende Reformierung der Gesellschaft nicht zu verwirklichen. Für die Sowjetunion galt, dass seit langem eine tiefe Vertrauenskrise zwischen Volk und Macht bestand. Viele Menschen hatten das Vertrauen in die Führung des Landes verloren. Die Opferbereitschaft für höhere Ziele, die während der Industrialisierung, des vaterländischen Krieges 1941–1945 und des Wiederaufbaus nach dem Krieg bestand, gab es nicht mehr. Die Menschen wollten endlich in den Genuss der Früchte kommen, die durch ihre Hände Arbeit geschaffen worden sind. Mit der Politik der Perestroika war die Erwartung verbunden, dass sich die Lebensverhältnisse der Menschen verbessern. Aber gerade das trat nicht ein. In keiner Phase der Umgestaltung erhöhte sich der Lebensstandard. Die Menschen hatten die Waffe der Opferbereitschaft niedergelegt. Sie waren nicht mehr bereit, sich für eine Zukunft aufzuopfern, an die sich nicht mehr glauben.

Zweitens: Die alten Strukturen im politischen System blieben im Wesentlichen unverändert. Sie blieben so, wie sie von Stalin in den Dreißiger Jahren geschaffen worden sind. Die KPdSU übte weiterhin die Alleinherrschaft aus. Die gesellschaftlichen Organisationen: Gewerkschaften, Komsumol, Verbände u. a. hatten zur Erfüllung der von der KPdSU gefassten Beschlüsse beizutragen.

Partielle Korrekturen, wie z. B. die Verurteilung des Personenkults, die Offenlegung der Verbrechen Stalins, änderten nichts am Fortbestand des alten Systems. Allerdings wurde mit der Demokratisierung des gesellschaftlichen Lebens begonnen. Stattgegeben wurde die öffentliche Meinungsbildung. Das Glasnost-Prinzip hob die staatliche Zensur auf und ermöglichte es, in Presse, Funk und Fernsehen Auffassungen zu äußern, die sich kritisch mit der Vergangenheit und mit den vorhandenen Zuständen auseinandersetzten. Oppositionelle Strömungen wurden toleriert. Es fanden erste freie und geheime Wahlen statt.

Widerstand fand der Umgestaltungsprozess bei vielen Partei- und Wirtschaftskadern. 18 Millionen Beamte in Partei-, Staats- und Wirtschaftsapparat fürchteten um ihre Privilegien (Sonderversorgung, Datsche, perso-

nengebundene PKW, verbesserte medizinische Versorgung u. a.). Es galt die alte russische Regel: »Russland ist groß, der Zar ist weit.«

Drittens: Der Reformpolitik Gorbatschows lag kein wissenschaftliches Konzept zugrunde. Es wurde nach dem Prinzip verfahren: Versuch und Irrtum. Es gab für viele Entscheidungen keinen wissenschaftlich begründeten Vorlauf. Die Kluft zwischen den weiter gültigen Dogmen und den neuen Herausforderungen wurde immer tiefer. In den gesellschaftswissenschaftlichen Theorien herrschte weiterhin dogmatisches Denken.

Viertens: Gorbatschow als mächtigster Mann in der Sowjetunion, der die Reformpolitik gestartet hatte, wurde weder intellektuell noch als Staatsmann den Ansprüchen und Herausforderungen des Umgestaltungsprozesses gerecht. Intellektuell in sofern, als er es nicht vermochte, aus dem Schatten der Vergangenheit herauszutreten. Trotz Beteuerungen, neue Wege zu beschreiten, trotz der Berufungen auf das Erbe Lenins, schwamm er im alten Fahrwasser. Versuche, altes zu überwinden, wurden ihm zum Verhängnis. Gorbatschow vermochte nicht, den Sozialismus mit dem zivilisatorischen Fortschritt mit der Moderne zu verbinden. Es gelang ihm nicht, das Land aus der Krise zu führen.

Als Staatsmann sah er zu, wie die Union der Sowjetrepubliken zerfiel. Seinem Widersacher, Jelzin, der hinter seinem Rücken die Sowjetunion auflöste (Verschwörung im Beloweckskoer Forst) war er unterlegen. In Krisenzeiten und -situationen verzichtete Gorbatschow auf den Einsatz seiner in der Hand liegenden Macht. Er überließ den Dingen ihren Lauf. Die von ihm erwartete Hilfe aus dem Westen, die er für seine Zugeständnisse erhoffte (z. B. NATO-Beitritt des geeinten Deutschland) blieben ihm weitestgehend versagt. Gorbatschow tat das Seinige um den einstigen Sieger zu einem Verlierer zu machen. Die Quittung der Geschichte für ihn: Im eigenen Land wird er von vielen geschmäht, im Westen dagegen von vielen hofiert.

II.

Ein Blick hinter die Kulissen des Politbüros des ZK der KPdSU in der Zeit der Perestroika¹⁴

Zu den Geheimdokumenten des Politbüros des ZK der KPdSU in den Jahren von 1985 bis 1991¹⁵

Machtzentrum Politbüro

Das Politbüro – Führungsorgan der marxistisch-leninistischen Partei, das sich mit Grundfragen der Politik und der Festlegung von Strategie und Taktik in der politischen Arbeit beschäftigte. Die Mitglieder wurden vom Zentralkomitee der Partei gewählt.

In den sozialistischen Länder war die marxistisch-leninistische Partei die führende Kraft der Gesellschaft, ihr Führungsanspruch war in der Verfassung staatsrechtlich verankert. Das Politbüro verkörperte das Machtzentrum der Gesellschaft; es bestimmte den innen- und außenpolitischen Kurs des Landes. Seine Beschlüsse sowie die des Zentralkomitees der Partei waren Richtschnur für das Handeln der Regierung und der gesellschaftlichen Organisationen.

Die Tätigkeit des Politbüros war geheimnisumwittert. Über dessen Innenleben war wenig bekannt. Es wurden lediglich allgemein gehaltene

¹⁴ Überarbeitete Fassung eines in der Rosa-Luxemburg Stiftung Sachsen gehaltenen Vortrags im Januar 2008 in Leipzig.

¹⁵ Vgl. Im Politbüro des ZK der KPdSU. Nach Aufzeichnungen von Anatoli Tschernajew, Wadim Medwedjew und Georgie Schachnasarow (1985–1991). Moskau 2006; Michael Gorbatschow und die Deutsche Frage. Dokumentensammlung 1986–1991. Moskau 2006. Verweise im Text auf beide Bände werden wie folgt gekennzeichnet: Verweis auf den Band »Im Politbüro ...« mit Angabe der Seitenzahl in Klammern. Verweis auf den Band »Michael Gorbatschow und die Deutsche Frage ...« Angabe der Seitenzahl mit dem Buchstaben a in Klammern.

Kommuniqués veröffentlicht. Insofern ist von Interesse zu erfahren, was sich im Inneren dieses Führungszentrums der KPdSU abgespielt hat.

Mit der Herausgabe von zwei Bänden, die Protokolle, persönliche Mitschriften und Notizen u. a. Unterlagen enthalten – beide Bände umfassen ca. 1400 Seiten – wird Einblick in das Machtzentrum der Sowjetunion für die Zeit von 1985 bis 1991 gegeben.

Die Mitarbeiter der Gorbatschow-Stiftung in Moskau, die beide Bände zusammengestellt haben, sind Insider. Sie waren entweder selbst Mitglied des Politbüros bzw. des Zentralkomitees der KPdSU oder Berater des Generalsekretärs. Sie haben hautnah miterlebt, wie es im Politbüro oder in anderen oberen Etagen der Führung des Landes zugeht.

Die Herausgeber:

– *Anatoli Tschernajew*: langjähriger Bekannter von Gorbatschow; einer seiner engsten Berater. Mitglied des ZK der KPdSU, Politikwissenschaftler und Journalist. Auf allen Auslandsreisen wurde Gorbatschow von Tschernajew begleitet. Gegen Ende der Sowjetunion trennten sich ihre Wege.

– *Wadim Medwedjew*: Mitglied des Politbüros, Sekretär des ZK der KPdSU, Professor für Politische Ökonomie, Korrespondierendes Mitglied der Akademie der Wissenschaften der UdSSR. Von 1983 - 1986 Rektor der Akademie für Sozialwissenschaften.

– *Georgi Schachnasarow*: Berater des Generalsekretärs des ZK der KPdSU sowie des Präsidenten der UdSSR, Korrespondierendes Mitglied der Akademie der Wissenschaften der UdSSR.

– *Alexander Galkin*: Professor für Geschichte der Internationalen Beziehungen, Autor vieler Artikel und mehrerer Bücher. Spezialist für die Geschichte Deutschlands.

Stereotypen über die Sowjetunion und das Politbüro des ZK der KPdSU

Die Aufzeichnungen und Niederschriften in beiden Bänden geben chronologisch und akribisch wieder, was sich in der Zeit von April 1985 bis Ende Dezember 1991 im Machtapparat der Sowjetunion abgespielt hat. Ungeschminkt werden die Debatten, Streitgespräche und Auseinandersetzungen geschildert, die damals im obersten Führungsgremium statt-

gefunden haben. Es wird die Agonie sichtbar, in der sich die Sowjetunion bis zu ihrem Ende befand.

Für die Leser in den neuen Bundeslesern sind die beiden Bände insofern interessant, als in den Jahren 1985 bis 1991, besonders aber in der Zeit von 1989 bis 1991, die Informationen über die Endphase der Sowjetunion äußerst spärlich waren. Beide Bände helfen mit, Geschichtslücken über die Sowjetunion aufzufüllen oder zu schließen.

Seit ihrer Existenz wurde das Gesellschaftssystem der Sowjetunion völlig unterschiedlich bewertet und beurteilt. Es gab zwei Lager: das eine Lager sah in der Sowjetunion das Reich des Bösen, den Aggressor, der auf Eroberung aus ist und den Frieden in der Welt bedroht. Das Land wurde grau in grau gemalt. Den Höhepunkt der Hetze gegen die Sowjetunion erreichte der deutsche Faschismus. Mit seinem Überfall im Juni 1941 unternahm er sogar den Versuch, das Land zu erobern und sein Gesellschaftssystem zu vernichten. Der Versuch landete schließlich in einer Katastrophe. Auch nachdem Sieg der Alliierten über das faschistische Deutschland, an dem die Sowjetunion den Hauptanteil hatte, blieb der Antisowjetismus weiterhin ein Dauerthema. Die Sowjetunion blieb weiterhin in der Schusslinie ihrer Gegner. In den 80er Jahren verstieg sich ein einflussreicher Berater des damaligen USA-Präsidenten sogar zu der Äußerung, dass die Sowjetunion auf dem Misthaufen der Geschichte gehöre.

Das andere Lager lobpreiste die Sowjetunion. Es sah in ihr den Pionier des gesellschaftlichen Fortschritts. Sie galt als Vorbild, als nachahmenswertes Beispiel. Es wurde die Losung verkündet: »Von der Sowjetunion lernen, heißt siegen lernen«. Angeknüpft wurde vor allem an den militärischen Sieg über das faschistische Deutschland, an den Erfolgen auf dem Gebieten von Wissenschaft, Kultur und Sport. In der Sowjetunion wurde das Land gesehen, in dem die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen für immer beseitigt ist. Schattenseiten des Landes wurden ausgeblendet. Kritik wurde nicht geübt, sie wurde als Antisowjetismus abgestempelt.

In beiden Bänden wird ein weitgehend reales Bild über den tatsächlichen Zustand des Landes vermittelt. Sie geben Einblick wie die oberste Partei- und Staatsführung gerungen hat, sich ein Bild darüber zu beschaffen, wie die Lage im Land wirklich aussieht und in welchem Gesamtzustand die Gesellschaft sich befindet.

In beiden Bänden werden viele Namen von Personen genannt, die entweder in der KPdSU oder in Staatsorganen der UdSSR hohe Funktionen ausübten. Doch wer waren die Hauptakteure, wer waren jene, die das Hauptgeschehen im Politbüro der KPdSU bestimmten? Nach den Niederschriften waren es: Michael Gorbatschow, Jegor Ligatschow, Boris Jelzin, Nikolai Rychkow, Alexander Jakowlew und Eduard Schewardnadse.

Jegor Ligatschow: Gorbatschow sah in ihm einen befähigten Parteifunktionär, er holte ihn aus Tomsk, einer Stadt in Westsibirien. Dort übte er die Funktion des 1. Sekretärs des Stadtkomitees der KPdSU aus. Im Politbüro war er Stellvertreter des Generalsekretärs. Ligatschow befand sich oft in Opposition zu Gorbatschow.

Boris Jelzin: Auf Vorschlag von Ligatschow kam er nach Moskau. Vorher war er 1. Sekretär des Swerdlowsker Gebietskomitees der KPdSU. In Moskau übte er verschiedene Funktionen aus: Kandidat des Politbüros, 1. Sekretär des Moskauer Parteikomitees der KPdSU, Vorsitzender des Obersten Sowjets der RSFSR und zuletzt Präsident der Russischen Föderation. Hauptgegner von Gorbatschow.

Nikolai Rychkow: In der Zeit von 1982 bis 1985 Sekretär des ZK der KPdSU und Leiter der Abteilung Wirtschaft im ZK. Ab April 1985 Mitglied des Politbüros und von September 1985 bis Dezember 1990 Ministerpräsident der UdSSR. Er galt als Wirtschaftsexperte.

Alexander Jakowlew: Historiker, Mitglied der Akademie der Wissenschaften der UdSSR. Von 1986 bis 1990 Sekretär des ZK der KPdSU. Ab 1987 Mitglied des Politbüros. 1991 Hauptberater des Präsidenten der UdSSR.

Eduard Schewardnadse: In den Jahren von 1972 bis 1985 1. Sekretär des ZK der Kommunistischen Partei Grusiniens. Von 1985 bis Dezember 1990 Außenminister der UdSSR und Mitglied des Politbüros.

Den Hauptton im Politbüro des ZK der KPdSU gab Gorbatschow an. Er wurde im März 1985 zum Generalsekretär des ZK der KPdSU gewählt und legte dieses Amt am 28. August 1991 nieder. Nach seiner Wahl führte Gorbatschow einen neuen Arbeitsstil im Politbüro ein. Er brach mit der herkömmlichen Arbeitsweise. Er kämpfte für Offenheit (Glasnost), forderte neues Denken und engere Verbindung mit dem wirklichen Leben. Er selbst praktizierte diesen neuen Arbeitsstil. Besuche in Betrieben, Städten und auf dem Lande gehörten zu seinem ständigen Arbeitsprogramm. Gorbatschow war der herausragende Kopf im Politbüro des ZK der KPdSU.

Woher kam er, wem hat er seinen Aufstieg zu verdanken?

Gorbatschow stammt aus einfachen Verhältnissen.

Er ist Absolvent der Lomonossow-Universität Moskau. Er beendete 1955 sein Studium an der juristischen Fakultät. An der Universität lernte er seine Frau Raissa kennen, die an der philosophischen Fakultät studierte. In seinem politischen Leben spielte sie eine bedeutende Rolle.

Nach dem Abschluß der Universität ging Gorbatschow nach Stawropol, in eine Provinzstadt im Süden der Sowjetrussischen Republik, gelegen am Nordrand des Kaukasus. Er übte dort zunächst die Funktion eines Sekretärs der Komsomolorganisation aus. Später wurde er 1. Sekretär der KPdSU im Stawropoler Gebiet.

Die Gegend von Stawropol ist sehr schön. Hier befinden sich die berühmten Kurorte Mineralnie Wodi, Pjatigorsk und Kislowodsk mit ihren heilenden Mineralquellen. Die Sanatorien in dieser reizvollen Gegend wurden von der Nomenklatura der KPdSU gern besucht. Hier verbrachte die Führungsspitze ihren Erholungsurlaub oder sie nahmen eine Heilkur in Anspruch. Es gehörte mit zu den Aufgaben des 1. Gebietssekretärs, die Nomenklatura zu betreuen. Auf diese Weise lernte Gorbatschow die Spitzenfunktionäre der KPdSU kennen, unter ihnen auch Juri Andropow, der nach dem Tod von Breshnew im Dezember 1982 zum Generalsekretär des ZK der KPdSU gewählt wurde. Zwischen Andropow und Gorbatschow entstanden freundschaftliche Beziehungen. Andropow erkannte in Gorbatschow Fähigkeiten, die ihn für höhere Parteifunktionen prädestinierten. Andropow fand ebenfalls Gefallen an Raissa Gorbatschowa; er schätzte ihren Charme, ihre Bildung, vor allem ihre Kenntnisse in Kunst und Literatur.¹⁶

Die Kurorte in der Stawropoler Gegend erwiesen sich für Gorbatschow als Aufstiegsleiter in seiner politischen Karriere.

Im Jahr 1978 – Breshnew war Generalsekretär des ZK der KPdSU – verstarb plötzlich der verantwortliche Sekretär für Landwirtschaft im ZK, Kulakow. Die Ursachen für seinen Tod wurden – was in ähnlichen Fällen typisch war – der Öffentlichkeit vorenthalten. Seltsam war ebenfalls, dass die oberste Parteiführung der Trauerfeier fern blieb. Die Trauerrede hielt der 1. Sekretär eines Parteikomitees aus der Provinz: Michael Gorbatschow.

16 Vgl. Urda Jürgens: Raissa Gorbatschowa. Düsseldorf / Wien / New York 1990. S. 68f.

Auf der Aufstiegsleiter hatte er die Sprosse erreicht, die ihn direkt in die Führungsspitze der KPdSU führte. Im November 1978 wurde Gorbatschow zum Sekretär des ZK gewählt, und im Dezember 1980 wurde er Vollmitglied des Politbüros. Reichlich 4 Jahre später wurde er der Primus in der Parteispitze. Mehrere Mitglieder des Politbüros erhoben Anspruch auf diesen Posten, doch trug schließlich im Gerangel um diesen Posten der Jüngste von ihnen – Gorbatschow – den Sieg davon.

Im politischen System der UdSSR – wie auch in den anderen sozialistischen Ländern – war der Generalsekretär der Partei der mächtigste Mann im Staat. Bei ihm liefen die wichtigsten Fäden des Landes zusammen, er verkörperte die Allmacht des Staates. Diese Macht, der autoritäre Herrschaftsanspruch des Generalsekretärs, ergab sich aus der Grundkonstruktion des politischen Systems der UdSSR. Danach war die KPdSU die führende Kraft im Land, sie spielte die führende Rolle in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens.

Der Herrschaftsanspruch der Partei und die Allmacht ihres Generalsekretärs waren mit dem Artikel 6 der Verfassung der UdSSR staatsrechtlich sanktioniert. Der Text des Artikels 6 lautete wie folgt: »Die führende und richtungweisende Kraft der sowjetischen Gesellschaft, der Kern ihres politischen Systems, der staatlichen und gesellschaftlichen Organisationen ist die KPdSU. Die KPdSU existiert für das Volk und dient dem Volk. Ausgerüstet mit der marxistisch-leninistischen Lehre bestimmt sie die generelle Perspektive der Gesellschaft, die Linie der Innen- und Außenpolitik der UdSSR, führt die große schöpferische Tätigkeit des Sowjetvolkes und bestimmt den planmäßigen, wissenschaftlich begründeten Charakter seines Kampfes für den Sieg des Kommunismus.«

Nach diesem Verfassungstext besaßen die KPdSU und ihre Führung, voran der Generalsekretär, das *Herrschafts-* und *Machtmonopol* für das ganze Land. Die Macht- und Monopolstellung der KPdSU führte dazu, dass die Sowjets, die Räte, im politischen System der UdSSR nur eine untergeordnete Bedeutung hatten; es ging nicht von ihnen – wie von der Oktoberrevolution proklamiert, – sondern von der Partei, von der KPdSU, die Macht aus.

Gorbatschows Neubeginn

Am 11. März 1985 wurde Michael Gorbatschow zum Generalsekretär des ZK der KPdSU gewählt. Er war zum mächtigsten Mann der Sowjetunion aufgestiegen. Reichlich einen Monat später, am 23. April, trat er mit einem Grundsatzreferat auf dem Plenum des ZK der KPdSU auf, in dem er die Weichen für die Weiterentwicklung der Sowjetunion neu stellte. Charakteristisch für das Land war damals, dass es sich seit vielen Jahren im Zustand der Erstarrung und Stagnation befand. Das Wirtschaftswachstum ging zurück, der Abstand in Wissenschaft und Technik zu den führenden Industrienationen der Welt wurde größer und der Lebensstandard der Menschen verschlechterte sich. Korruption und Vetternwirtschaft nahmen zu. Zwischen den beiden Machtblöcken – östliche und westliche Welt – herrschte eine eisige Atmosphäre. Es fand ein Rüstungswettlauf statt, der eine ständig drohende Gefahr für den Weltfrieden war. Sowohl innen- wie auch außenpolitisch hatte sich für die Sowjetunion ein riesiger Reformstau ergeben. Es blieb Gorbatschow vorbehalten, diesen Stau durch eine die ganze Gesellschaft erfassende Reform aufzulösen. Das April-Plenum gab dafür den Auftakt. Weltweit fand es Beachtung. Wenn auch auf dem April-Plenum das Wort Perestroika noch nicht verwendet wurde, so wurde dem Geist des Plenums nach der Prozess der Perestroika, der Umgestaltung des Landes begonnen. Erst später fand dieser Prozess in den Wörtern Perestroika und Glasnost (Offenheit, Transparenz) seinen begrifflichen Ausdruck. Beide Wörter gingen um die Welt, wie seinerzeit das russische Wort Sputnik.

Mit der Politik der Perestroika waren in Ost und West große Hoffnungen verbunden.

In den Bündnisstaaten mit der Sowjetunion erwartete die Öffentlichkeit, dass auch in ihnen Reformen stattfinden. Galt es doch auch in diesen Staaten Stillstand und Stagnation zu überwinden. Längst überfällig war auch hier das Aufbrechen des verkrusteten Denkens und die plurale Meinungsbildung. In Gorbatschow sah man den großen Hoffnungsträger.

In der westlichen Welt setzten die führenden Politiker dagegen darauf, dass der von Gorbatschow eingeleitete Kurswechsel in der Politik, im Inneren des Landes zu einem Wandel führt, der schließlich mit der Beseitigung des sozialistischen Gesellschaftssystems endet.

Gorbatschows neuer politischer Kurs war sowohl nach innen als auch nach außen gerichtet. Um außenpolitisch zunächst ein Achtungszeichen

zu setzen, löste er den langjährigen Außenminister der UdSSR, Gromyko, ab und berief an dessen Stelle den bisherigen Ersten Sekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Grusinien, Schewardnadse. Das war in der Tat ein Paukenschlag; verfügte doch der Grusinier weder auf dem diplomatischen Parkett noch im außenpolitischen Geschäft über entsprechende Erfahrungen. Gromyko gehörte zwar weiter zur Führungsspitze, er wurde aber in die 2. Reihe zurückversetzt. Er erhielt den Posten des Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets, er war somit das Staatsoberhaupt. Aber mit der Übernahme dieses Postens waren keinerlei Machtbefugnisse verbunden. Gromyko blieb Mitglied des Politbüros, trat in Sitzungen aber kaum in Erscheinung. Ergriff er das Wort, so war es meistens nach rückwärts gerichtet. Gorbatschow respektierte Gromyko zwar als Persönlichkeit, im politischen Diskurs nahm er ihn aber nicht ernst.

Der neue außenpolitische Kurs Gorbatschows trug universellen Charakter, er betraf sowohl die Bündnispartner als auch die gesamte westliche Welt. Durch die Perestroika-Politik wurde die Außenpolitik gegenüber den im Warschauer Pakt verbündeten Ländern auf neue Grundlagen gestellt. Bereits unmittelbar nach seiner Wahl zum Generalsekretär berief Gorbatschow ein Treffen mit den Repräsentanten der sozialistischen Länder ein, auf dem er die Wende in seiner Außenpolitik verkündete. Die Wende beinhaltete, die gleichberechtigten Beziehungen weiter fortzusetzen, zugleich aber die Souveränität und Unabhängigkeit eines jeden Landes zu achten. Es schien so, als ob alles beim Alten bliebe. Insofern fand dieser neue Kurs in der Staatengemeinschaft Zustimmung. Man glaubte weiterhin, Juniorpartner der Sowjetunion zu sein. In Wirklichkeit lag aber der Wende das Prinzip zu Grunde, die Abhängigkeiten der einzelnen Länder von Moskau aufzuheben. Gorbatschow machte Schluss mit der Breshnew-Doktrin. Er entließ die Partner in ihre völlige Selbständigkeit. Die regierenden Parteien waren von nun ab für die Lage in ihrem Land selbst verantwortlich. Die Wende in den außenpolitischen Beziehungen bedeutete faktisch, dass die Leine zum »großen Bruder« in Moskau zerschnitten wurde. Hierin bestand der eigentliche Kern der neuen Beziehungen zu den Ländern der sozialistischen Staatengemeinschaft.

Die Selbstbestimmung räumte den Ländern das Recht ein, ohne Abstimmung mit den befreundeten Partnern und ohne Berücksichtigung ihrer Interessen, die Außenpolitik festzulegen. Unter diesen Prärogativen waren Konflikte unvermeidlich. Fehlende Kooperation und Abstimmung

trugen schließlich mit dazu bei, dass die Gemeinschaft sozialistischer Länder auseinander fiel.

Der neue außenpolitische Kurs der Sowjetunion gegenüber der kapitalistischen Welt war darauf gerichtet, normale auf gegenseitigen Vorteil beruhende Beziehungen herzustellen, das Wettrüsten zu beenden, die Truppen aus Afghanistan abzuziehen und die deutsche Frage zu lösen. Der Kalte Krieg zwischen beiden Machtblöcken sollte beendet werden. Gorbatschow unternahm viele Reisen ins westliche Ausland, um die Fronten aufzubrechen, die in der Nachkriegszeit entstanden waren.

Von gravierender Bedeutung für den erfolgreichen Verlauf der Perestroika-Politik war für Gorbatschow die Eindämmung des Wettrüstens. Das Wettrüsten war für die Sowjetunion eine Last geworden, die zu tragen sie nicht mehr imstande war. Rüstungsproduktion und Aufrechterhaltung der Armee verschlangen riesige Mittel. Sie absorbierten die besten Fachkräfte des Landes. Ein Viertel des gesellschaftlichen Produkts floss in die Rüstungsproduktion. In den USA waren es dagegen nur 7 %. Die neuesten Erkenntnisse von Wissenschaft und Technik fanden in der Hauptsache für die Herstellung von Rüstungsgütern Anwendung. Von den 25 Mrd. Rubel, die Mitte der 80er Jahre für die Wissenschaft ausgegeben wurden, entfielen rund 20 Mrd. auf die militärisch-technische Forschung. Während die Sowjetunion im Vergleich zu den USA bezüglich des Niveaus der integrierten Elektronik bei Vernichtungswaffen gleichgezogen hatte, d.h. ein Verhältnis von 1:1 bestand, betrug das Niveau bei Gütern des zivilen Verbrauchs 1:4, das heißt nur 25 %. Die Hauptlast der Verteidigungsausgaben des Warschauer Pakts, ca. 90%, trug die UdSSR. Es bewahrheiten sich die Worte von Friedrich Engels über die Rüstung: »Die Konkurrenz der einzelnen Staaten untereinander zwingt sie ..., jedes Jahr mehr Geld auf Armee, Flotte, Geschütze usw. zu verwenden, also den finanziellen Zusammenbruch mehr und mehr zu beschleunigen.«¹⁷

Eines der dunkelsten Kapitel in der jüngsten Geschichte der Sowjetunion war der Krieg in Afghanistan. Nach seiner Wahl zum Generalsekretär setzte Gorbatschow seine ganze Macht ein, um diesen Krieg zu beenden. Auch hierbei galt es Kräfte zu überwinden, die die Fortsetzung des Krieges unterstützten

Der Krieg hatte dem Land unermessliches menschliches Leid zugefügt, hohen volkswirtschaftlichen Schaden verursacht und international

17 Friedrich Engels: »Anti-Dühring«. Berlin 1958. S. 208.

die Auffassung gestützt, die Sowjetunion betreibe eine aggressive, auf Eroberung ausgerichtete Außenpolitik,

Der Einmarsch der sowjetischen Truppen in Afghanistan begann im Dezember 1979; bis Mai 1988 kostete der Krieg dem Land 13 000 Menschenleben. Tag für Tag starben 40 blutjunge Sowjetsoldaten, außerdem waren 43 000 Verwundetet zu beklagen. Jährlich entzog der Krieg dem Land 6 Mrd. Rubel, bzw. 1 Mrd. Dollar.

Die Politik der Perestroika und ihre Grundlagen

Über die Perestroika wurde viel Papier beschrieben. Dutzende Bücher sind erschienen, in denen die Politik der Perestroika behandelt und erläutert wurde. Doch eine exakte Definition dieses Begriffes ist schwer zu finden. Auf einer Beratung mit Sekretären des ZK der KPdSU und leitenden Mitarbeitern des Parteiapparats im Juli 1986 bestimmte Gorbatschow die Politik der Perestroika wie folgt: »Die Perestroika ist eine Revolution, eine Revolution im Denken, der Produktion, in den Produktivkräften, den Produktionsverhältnissen, im gesamten Überbau, überall.« (S. 46)

Zunächst war der Umgestaltungsprozess auf die Wirtschaft gerichtet. Mit Hilfe der Perestroika sollte die Wirtschaft der Sowjetunion aus der tiefen Krise geführt werden, in der sie sich seit Jahren befand. Früher begonnene Wirtschaftsreformen, die auf der Strecke geblieben waren, sollten durch eine neue Reform ersetzt, und diese sollte konsequent zu Ende geführt werden. Doch bald erwies es sich, dass es nicht möglich war, einen Bereich aus dem gesellschaftlichen System herauszugreifen und ihn zu verändern, ohne zugleich das Gesamtsystem zu verändern. Die Politik der Perestroika nahm universellen Charakter an, sie war auf die Veränderung aller gesellschaftlichen Verhältnisse in der Sowjetunion gerichtet.

Die ursprünglichen Grundlagen der Perestroika, ihre Stützpfeiler waren:

Die Beibehaltung der Monopolstellung der KPdSU im politischen System der UdSSR

Die Aufhebung des Artikels 6 der Verfassung stand nicht auf der Tagesordnung. Es stand auch nicht zur Debatte, ein Mehrparteiensystem ein-

zuführen. Allerdings ging es darum, die Partei selbst zu reformieren, den Arbeitsstil der Partei zu verändern, in ihr Meinungsfreiheit (Glasnost) zuzulassen und alte Kader durch neue zu ersetzen. Der Umgestaltungsprozess in der Gesellschaft sollte zu aller erst in der Partei beginnen. (S. 64)

Der Fortbestand der Eigentumsverhältnisse

Staatseigentum und Kolchoseigentum – es gab nur diese Eigentumsformen an Produktionsmitteln – sollten unangetastet bleiben. Durch Reformen sollte in den Eigentumsverhältnissen die Beziehung zwischen Staat und Betrieb zugunsten der Erweiterung der Rechte der Betriebe verändert werden. Von Privatisierung des Eigentums war keine Rede. Das Privateigentum an den Produktionsmitteln galt nach wie vor als Grundlage für die Ausbeutung; es war unvereinbar mit sozialistischen Verhältnissen.

Der Wirtschaftstyp blieb weiterhin die Planwirtschaft

Die Planung selbst sollte grundlegend reformiert werden. Die Ware-Geld-Beziehungen mit ihren Kategorien Preis, Kosten, Gewinn, Kredit u. a. sollten in den Dienst der Planung gestellt werden. Den Betrieben sollten mehr Rechte und Verantwortung übertragen, kleinliche Bevormundung und Eingriffe in den Produktionsprozess unterbunden werden. Es ging um die Dynamisierung und Flexibilisierung des gesamten Planungssystems. Wenn auch auf die Verstärkung der ökonomischen Mechanismen in der Wirtschaft gesetzt wurde, die Anreizsysteme mehr Anwendung finden sollten, so bedeutete das nicht, die Planwirtschaft durch eine Marktwirtschaft zu ersetzen.¹⁸

Die Führung des Landes stand vor einem Dilemma. Einerseits sollte die Gesellschaft erneuert werden, andererseits blieben ihre Grundlagen die alten. Es fehlte ein tragbares wissenschaftliches Konzept für den Erneuerungsprozess. Es wurde eine Reform in Angriff genommen, der das Prinzip: »Versuch und Irrtum« zugrunde lag.

Angesichts des Mangels am wissenschaftlichen Vorlauf übte das Politbüro Kritik an den Wissenschaftlern, es bemängelte, dass die Wissen-

¹⁸ Der Begriff »Markt« war in der sozialistischen Wirtschaftstheorie wenig gebräuchlich. Er wurde durch den Begriff »Warenzirkulation« ersetzt. Mit dem Marktbegriff wurden Anarchie, Spontaneität und Wirtschaftskrisen in Verbindung gebracht

schaft abseits der Perestroika stehe, zu wenig Konstruktives zu ihrer Verwirklichung beitrage. Gorbatschow richtete an die Wissenschaftler und wissenschaftlichen Einrichtungen die Forderung, wissenschaftlichen Vorlauf für den Erneuerungsprozess der Gesellschaft zu schaffen. Die Philosophen sollten weniger das untersuchen, was einmal war, sondern viel mehr das bearbeiten, was heute dringend erforderlich ist. (S. 64) Der frühere Kulturminister Demitschew, bemerkte auf einer Tagung im Januar 1987: »Alle Verfehlungen sind auf den Stillstand unserer Theorie zurückzuführen, auf Scholastik, allgemeines Theoretisieren. Das eigentliche Leben, die Praxis wurden nicht zur Kenntnis genommen«. (S. 114)

Da der wissenschaftliche Vorlauf fehlte, stützte sich das Politbüro, namentlich Gorbatschow, auf die Arbeiten Lenins. Er griff vor allem auf die Arbeiten zurück, in denen Lenin in den Jahren 1920/21 den Übergang vom Kriegskommunismus zur Neuen Ökonomischen Politik (NÖP) begründet hat. Lenins literarisches Erbe sah Gorbatschow als unerschöpfliche Quelle. In einer Debatte im Politbüro über die Lage im Land bemerkte Gorbatschow: »Lenin ist unerschöpflich«. (S. 134)

Gegner der Perestroika

Der neue Kurs der KPdSU, der mit dem April-Plenum aus dem Jahr 1985 eingeschlagen wurde und zunächst spektakuläres Aufsehen erregte, war von Anfang an innerhalb der KPdSU umstritten. Es gab von der Basis bis zu den oberen Führungsschichten nicht wenig Funktionäre, die an der Richtigkeit der Gorbatschowschen Reformpolitik zweifelten. In der KPdSU formierten sich 2 Strömungen, die gegen den neuen Kurs gerichtet waren: eine linke und eine rechte Strömung.

Die linke Strömung erblickte in der Gorbatschowschen Reformpolitik eine Abkehr vom Sozialismus, eine Preisgabe der Errungenschaften der Oktoberrevolution. Ausdruck dieser Strömung war ein Artikel in der Zeitung »Sowjetskaja Rossia« vom 15. März 1988, der die Überschrift trug »Ich kann auf Prinzipien nicht verzichten«. Er erschien unter dem Namen von Nina Andrejewa.¹⁹

¹⁹ Nina Andrejewa war Dozentin für Chemie an der Hochschule für Technologie in Leningrad. Später Generalsekretärin der im November 1991 in St. Petersburg gegründeten Kommunistischen Partei der Bolschewiki der UdSSR.

Dieser Artikel fand in der Öffentlichkeit große Resonanz. Er wurde nachgedruckt und massenhaft verbreitet. In vielen Parteiorganisationen – so in Moskau – diente er sogar als Schulungsmaterial. Selbst bei einigen Politbüromitgliedern fand er ein positives Echo. Seinem Inhalt nach stellte er die Politik der Perestroika in Frage. Außerdem wandte er sich gegen das neue Geschichtsbild der KPdSU. Die Gesamtanlage des Artikels war gegen den Generalsekretär, gegen Gorbatschow gerichtet. Sein eigentlicher Verfasser war nicht Nina Andrejewa, sondern eine Gruppe hoher Funktionäre der KPdSU.

Angesichts der Brisanz dieses Artikels und der Tatsache, dass selbst Mitglieder des Politbüros ihn positiv beurteilten, sah Gorbatschow als Generalsekretär sich gezwungen, im Politbüro eine zweitägige Debatte zu führen, um die Fronten zu klären. Er sah die Einheit des Politbüros in Gefahr.

Den Anhängern der *rechten Strömung* gingen die Reformen nicht weit genug. Ebenso wie der linken, gehörten auch der rechten Strömung hohe Funktionäre der KPdSU an, so der Rektor der Parteihochschule des ZK der KPdSU, Schostakowski, der Oberbürgermeister von Moskau, Popow, der Rektor der Russischen Staatlichen Humanitären Universität, Afanasjew u. a. Dieser Strömung schlossen sich viele Journalisten, Schriftsteller, Künstler und Wissenschaftler an. Es wurde die Forderung erhoben, mit der Vergangenheit schonungslos abzurechnen. Die bisherige Geschichte der UdSSR wurde von ihnen in den dunkelsten Farben dargestellt. Sündenbock für die Vergangenheit sei die KPdSU. Seiner ideologischen Position nach war dieser Flügel eindeutig sozialdemokratisch ausgerichtet. Während das Politbüro noch am Erbe Lenins festhielt, forderten die Vertreter der rechten Strömung den Leninismus über Bord zu werfen. Es sei Lenin gewesen, der das russische Volk in den Abgrund gestürzt habe. (S. 488)

Die KPdSU war innerlich zerrissen. Der rechte Flügel in ihr gewann mehr und mehr die Oberhand. Seine Anhänger beherrschten zunehmend die Redaktionsstuben der Zeitungen und Zeitschriften, das Fernsehen und den Rundfunk. Das Politbüro war nicht mehr in der Lage, den Reformprozess ideologisch zu führen.

Der Geist der Feindschaft gegen die Führung der KPdSU und gegen die Sowjetmacht war aus der Flasche, er war nicht mehr einzufangen.

Rahmenbedingungen der Perestroika

Es gab innere und äußere, objektive und subjektive Bedingungen, die den Verlauf der Perestroika beeinflussten und bestimmten. Das gesamte Bedingungsgefüge für die Verwirklichung der Politik der Perestroika war äußerst ungünstig. Seit April 1985 gab es kaum eine Sitzung des Politbüros, auf der nicht die vorhandenen Bedingungen Gegenstand der Beratung waren. Das Hauptproblem war der miserable Zustand in der Wirtschaft. Es gelang einfach nicht, den technischen Fortschritt zu beschleunigen und die Wirtschaft zu intensivieren. Das Wirtschaftswachstum beruhte weiterhin auf extensiver Grundlage.

Obwohl seit Mitte der 60er Jahre des vorigen Jahrhunderts der wissenschaftlich-technische Fortschritt die Produktionsprozesse revolutionierte, sie so veränderte, dass das Wirtschaftswachstum in der Hauptsache durch *Effektivitätszuwachs* erfolgte, wurde das Wirtschaftswachstum in der UdSSR wie zur Zeit der Industrialisierung in den 50er Jahren durch extensives Wachstum erzielt. Das heißt, das Wirtschaftswachstum beruhte in der Hauptsache auf dem Mehrverbrauch an Ressourcen, an Rohstoffen, Material; es erfolgte durch Mehreinsatz von Maschinen, Anlagen und Arbeitskräften. Der Ressourcenverbrauch war an die äußerste Grenze gestoßen. Kein Industriestaat der Erde verbrauchte für das Wirtschaftswachstum soviel Naturressourcen wie die Sowjetunion. Durch das extensive Wirtschaftswachstum ist zwar ein mächtiges ökonomisches Potential entstanden, das aber in seiner Struktur durch große Disproportionen gekennzeichnet war. Die Ressourcen wurden in der Hauptsache für die Produktion von Produktionsmittel verbraucht (Produktion für die Produktion), während zuwenig Ressourcen für die Herstellung von Verbrauchsgütern und Dienstleistungen zur Verfügung standen. Die fehlerhaften Wirtschaftskreisläufe führten dazu, dass trotz Wirtschaftswachstum ein ständiger Mangel an Verbrauchsgütern und Dienstleistungen bestand. Das erzeugte gesellschaftliche Gesamtprodukt bestand zu 75 % aus Produktionsmittel und zu 25 % aus Konsumgütern. In den Industrieländern des Westens war dieses Verhältnis umgekehrt.

Einige Angaben über die Produktion von Erzeugnissen in der UdSSR im Vergleich mit den USA aus dem Jahr 1987:²⁰

20 Vgl. Statistisches Jahrbuch der DDR. Berlin 1989. S. 169–1972, 175.

<i>Sowjetunion</i>			<i>USA</i>		
Erzeugnis	Mio t	Pro Kopf der Bevölkerung kg	Mio t	Pro Kopf der Bev.	Im Vergleich zur Sowjetunion %
Rohstahl	161,9	572	88,5	363	54,7
Steinkohle	519,1	1854	760	3118	146,4
Erdöl	624,2	2205	409,9	1682	79
Zement	137,4	485	67,4	276	49
PKW 1000 Stck. (je 1000 der Bev.-Stck.)	1332	47	7085	291	532

Bis auf die Förderung von Steinkohle, lag die Gewinnung von Rohstoffen in der Sowjetunion mengenmäßig weit über dem Produktionsniveau der USA. In der Pkw-Herstellung erreichte sie dagegen im Jahr 1987 im Vergleich zu den USA nur 16 %. Ähnliche Unterschiede gab es in der landwirtschaftlichen Produktion. Während z. B. der Hektarertrag bei Weizen im Jahr 1987 in der DDR 54 Dezitonnen betrug, lag er in der Sowjetunion bei 17,8 Dezitonnen, d. h. bei einem Drittel. Bei Kartoffeln wurden 1987 in der DDR 218 Dezitonnen pro Hektar geerntet, in der Sowjetunion dagegen nur 137. Die Landwirtschaft befand sich seit der Kollektivierung in einer Dauerkrise. Obwohl die natürlichen Bedingungen vorhanden waren, war die Landwirtschaft in der Sowjetunion zu keiner Zeit in der Lage, die Bevölkerung ausreichend mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen zu versorgen. Das Politbüro schätzte ein, werden die Versorgungsprobleme gelöst, dann werden 80 % aller Probleme gelöst.

Verschärft wurde die Versorgung der Bevölkerung mit industriellen Konsumgütern und landwirtschaftlichen Erzeugnissen durch die rapide Zunahme der Geldeinkommen. Hohe Summen an Geld befanden sich im Umlauf, hinter denen keine echte Leistung stand. Von 1982 bis 1986 sind die Spareinlagen um das 4-fache gestiegen, die Warenvorräte aber um das 10-fache gesunken. Die unausbleiblichen Folgen waren: leere Regale, Absinken der Arbeitsmoral und das Aufblühen des Schwarzmarktes. Allein der Schwarzmarkt tätigte einen jährlichen Umsatz von 10 Mrd. Rubel. Die Reformen mussten unter Bedingungen eines sinkenden Lebensniveaus durchgeführt werden. Die Sowjetunion und Rumänien hatten von

allen sozialistischen Ländern den niedrigsten Lebensstandard – obgleich er insgesamt überall bescheiden war.

Von besonderer Bedeutung für die Durchführung der Reformen war die *Preispolitik*. Die Preise bestimmen sowohl das Lebensniveau der Bevölkerung als auch die wirtschaftliche Lage der Betriebe. Stimmen die Preise nicht, ist eine exakte Wirtschaftsrechnung nicht möglich. Ertrag und Verlust können nicht exakt ausgewiesen werden. Als Erbe aus der Vergangenheit existierten Preise, die in keiner Weise die tatsächlichen Aufwendungen widerspiegeln. Noch in den 80er Jahren wurden die Preise nach Prinzipien gebildet, die in den 30er Jahren festgelegt wurden. Für Konsumgüter und Dienstleistungen, für Elektroenergie, Gas, Wasser u. a. waren die Preise – gemessen am Aufwand – viel zu niedrig. Damit der Wirtschaftskreislauf einigermaßen funktionierte, mussten aus dem Staatshaushalt gewaltige Summen an Subventionen ausgegeben werden. Berechnungen ergaben, dass, wenn die Preise nicht verändert werden, eine Preisreform nicht stattfindet, die Subventionssumme im Jahr 1990 100 Mrd. Rubel betragen wird. Eine Summe, die der Staatshaushalt nie aufbringen konnte. Auf Grund ihrer Bedeutung für die Wirtschaftsreform gehörte die Preispolitik mit zu den wichtigsten Tagesordnungspunkten in den Sitzungen des Politbüros.

Preispolitik ist zugleich Sozialpolitik. Verbraucherpreise berühren direkt die Interessen der Menschen, vor allem ihr Lebensniveau. Wie brisant die Preispolitik war, zeigt folgender Vorfall im Politbüro des ZK der KPdSU: Im Dezember 1987 wurde ein vom Finanzminister vorgelegter Entwurf über Preiserhöhungen für Fleischprodukte auf den Kolchosmärkten beraten. Die Beratung verlief in aufgeheizter Atmosphäre. Es kam sogar zu Handgreiflichkeiten. Gorbatschow: »Die Handgreiflichkeiten (драки) gingen bis ins Politbüro«. (S. 101) Als Argument gegen die Preiserhöhungen wurde angeführt, dass 25 Millionen Beschäftigte ein Einkommen unter 50 Rubel pro Monat und 50 Millionen ein Einkommen unter 80 Rubel haben. Eine Einigung über die Preiserhöhung wurde nicht erzielt. Die gegensätzlichen Auffassungen über die Preispolitik im Politbüro ließen es nicht zu, eine grundlegende Reform der Preise durchzuführen. Eine der wichtigsten Fragen der Perestroika blieb ungelöst.

Das Herzstück der Industrie ist der *Maschinenbau*. Von ihm ist die Intensivierung der Volkswirtschaft abhängig. Trotz vielfältiger Bemühungen ist es nicht gelungen, den Rückstand des Maschinenbaus – er betrug

Mitte der 80er Jahre 17 % zum Stand in der Welt – aufzuholen. Das Wirtschaftswachstum erfolgte weiterhin auf extensiver Grundlage.

Eine wichtige Bedingung für den Umgestaltungsprozess in der Sowjetunion war die *Außenwirtschaft*. Auf Grund ihrer Wirtschaftsstruktur war die Sowjetunion ein Land, das in der Hauptsache Rohstoffe exportierte, Erdöl, Erdgas, Stahl, Kohle, Erze, Buntmetalle u. a. waren die wichtigsten Exportgüter. Selbst Rohdiamanten wurden auf dem Weltmarkt verkauft. Importiert wurden dagegen Maschinen, Anlagen und Ausrüstungen sowie Lebensmittel und Getreide. Die Perestroika erfolgte jedoch in einer Zeit, da die Preisbedingungen für ein Rohstoffe exportierendes Land äußerst ungünstig waren. Die Rohstoffpreise auf dem Weltmarkt waren niedrig, die Preise für Fertigerzeugnisse, Maschinen, Anlagen und für Getreide waren dagegen hoch. Diese Preisrelation war für die sowjetische Außenwirtschaft äußerst ungünstig, sie war mit gewaltigen Verlusten verbunden. Allein in den Jahren von 1985 bis 1988 betragen die Verluste aus dem Verkauf von Erdöl 40 Mrd. Rubel; 1985 brachte der Verkauf von Erdöl einen Erlös von 25 Mrd. Valuta, 1987 einen Erlös von nur 17 Mrd., d. h. ein Drittel weniger, obwohl mehr Erdöl exportiert wurde. Die schlechte Bilanz der Außenwirtschaft war ein Faktor, der die Umgestaltung in der Sowjetunion erheblich erschwerte.

Weitere Bedingungen, die den Reformprozess erschwerten, waren: das Alkoholverbot, die Katastrophe von Tschernobyl und das Erdbeben in Armenien.

Das Alkoholverbot wurde unmittelbar nach der Wahl von Gorbatschow zum Generalsekretär erlassen. Zum 40. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus (am 8. und 9. Mai 1985) konnte man sich noch betrinken, danach sollte es vorbei sein. Das Alkoholverbot sollte den Bürgern der UdSSR die wichtigste Droge entziehen. Es war jedoch, wie sich bald zeigte, ein absoluter Fehlgriff. Die Trunksucht wurde keineswegs beseitigt.

Im Land gab es fast 5 Millionen Alkoholiker. Die Schwarzbrennerei blühte. Über 400 000 Menschen wurden wegen Schwarzbrennerei gerichtlich verurteilt. Die Dunkelziffer der Schwarzbrenner ging in die Millionen. Eine Folge des Alkoholverbots waren Mindereinnahmen an Steuern. Der Finanzminister beklagte einen Steuerverlust von jährlich 10 Mrd. Rubel.

Das Alkoholverbot brachte tragische und kuriose Vorkommnisse mit sich. Auf der Krim gab es riesige Weinanbaugebiete. Es gediehen dort beste Weinsorten. Einem weltbekannten Weinspezialisten war es gelun-

gen, eine neue, einzigartige Sorte zu züchten, die großflächig angebaut wurde. Ertrag und Qualität waren ausgezeichnet. Nach dem Erlass über das Alkoholverbot wurde festgelegt, das gesamte Weinanbaugebiet zu zerstören. Die Weinstöcke wurden gerodet und vernichtet. Das Lebenswerk des Weinspezialisten wurde damit ebenfalls zerstört. Für ihn blieb kein anderer Ausweg, als freiwillig aus dem Leben zu scheiden.

Über den »Erfinderreichtum«, zu dem das Alkoholverbot führte, berichtete Tschebrikow, Vorsitzender des Komitees für Staatssicherheit, im Politbüro: Im gesamten Land war Zahnpasta ein Engpass geworden. Sie war aus den Regalen der Geschäfte verschwunden. Schwarzhändler kauften die Zahnpasta im Großhandel auf und vertrieben sie unter den Alkoholikern. Diese bestrichen damit nasses Brot, das den Alkohol aufsaugte und durch den Verzehr des Brotes befriedigten sie ihre Sucht. (S. 84) Spiritus, Parfüm u. a. Substanzen mit Alkohol waren zur Gier der Alkoholiker geworden. Viele Süchtige haben dadurch ihr Leben verloren, bzw. ihren Körper vergiftet. Sogar Witze über das Alkoholverbot machten im Politbüro die Runde. Gorbatschow selbst gab folgenden Witz zum Besten: Vor einem Geschäft habe sich eine lange Warteschlange gebildet, in der die Menschen nach Wodka anstanden. Plötzlich brach einer aus der Schlange aus. Er verkündete lautstark, dass er sich auf den Weg mache, um Gorbatschow umzubringen. Es dauerte nicht lange, da kehrte er wieder zurück. Viele fragten ihn, ob er Gorbatschow umgebracht habe? Nein seine Antwort –, dort wäre die Schlange noch viel größer gewesen. (S. 283)

Weitere Schläge, die das Land bis ins Mark trafen, waren die *Katastrophe im Atomkraftwerk Tschernobyl* im April 1986 und das *Erdbeben in Armenien* im Dezember 1988.

Die Havarie in Tschernobyl öffnete schlagartig die Augen über vorhandene Zustände in der sowjetischen Gesellschaft. Sie gab Einblick in den Verantwortungsbereich und das Leitungssystem eines der sensibelsten und gefahrvollsten Bereiche der Gesellschaft. Obwohl bekannt war, welche Folgen bei einer Havarie entstehen, gab es keine Prävention. Es gab weder einen Havariedienst, noch gab es die erforderlichen Geräte und Ausrüstungen, um im Ernstfall entsprechend handeln zu können. Die Folgen waren verheerend. Viele Menschen mussten ihr Leben lassen, Tausende wurden verstrahlt. Materiell entstand ein Schaden von mehreren Mrd. Rubel. Noch heute leidet das Land unter diesen Folgen.

Das Erdbeben in Armenien wirkte wie eine Rebellion der Natur gegen die Politik der Perestroika. Es forderte 25 000 Menschenleben. Der materielle Schaden war außerordentlich hoch.

Zum Verlauf der Politik der Perestroika

Die Menschen in der Sowjetunion knüpften an jeden Parteitag, an jedes Plenum des ZK der KPdSU die Hoffnung, dass sich ihr Leben endlich verbessert; dass es in den Geschäften mehr zu kaufen gibt und dass jeder vernünftig wohnen kann. Besonders groß waren die Hoffnungen nach der Verkündung der Politik der Perestroika. Anfangs fand dieser Reformkurs auch Unterstützung in breiten Schichten der Bevölkerung. Es verbesserten sich Arbeitsmoral und Motivation im Arbeitsprozess. Der »innere Motor« der Umgestaltung war angesprungen und begann zu laufen. Doch bald zeigte sich, er kam nicht auf Touren. Bremsmechanismen verhinderten die Beschleunigung. Auf vielen Sitzungen analysierte das Politbüro, woran es lag, dass sich der Reformprozess so schwer durchsetzte. Es gab dazu die verschiedensten Erklärungen. Gorbatschow sah vor allem in den Leitungen, im Verwaltungsapparat der Partei und des Staates das Haupthindernis. Es seien die Funktionäre, die Apparatschiks, die sich der Perestroika in den Weg stellten. Die Lösung der Kaderfrage bezeichnete er als die Schlüsselaufgabe, die für den weiteren erfolgreichen Verlauf der Perestroika zu lösen sei. »Es ist notwendig zuzusagen, dass die Kaderpolitik die Schlüsselaufgabe ist, auf der die gesamte Perestroika beruht«. (S. 97)

Das Politbüro, vor allem der Generalsekretär, übte an den Führungskräften in Partei, Staat und Wirtschaft harte Kritik. Nicht die Verwirklichung des Reformkurses stünde in ihrer Leitungstätigkeit im Vordergrund, sondern die Sorge um den Erhalt ihres Postens, ihrer Privilegien (Datsche, PKW, Sonderversorgung mit Konsumgütern, medizinische Betreuung u. a.). Ging doch die Furcht um, dass im Zuge der Durchführung der Reformen diese Privilegien wegfallen.

Der Leitungs- und Verwaltungsapparat stellte in der Tat eine beachtliche Macht dar. In der UdSSR gab es 18 Millionen Beamte. Union und Republiken zählten 700 Ministerien, davon allein in den autonomen Republiken 400. Die Armee hatte 6000 Generäle. Dieser riesige Apparat verschlang gewaltige Mittel. Auf Grund der angespannten Lage im Haushalt

war es oft schwierig, diese Mittel zu bewilligen. Der Verteidigungsminister z. B. klagte darüber, dass ihm das Geld fehle, um seine Offiziere zu entlohnen.

Um Mittel einzusparen, war vorgesehen, den Verwaltungsapparat erheblich zu reduzieren. Der zentrale Apparat sollte um 50 % und die Leitungen auf Gebiets- und Kreisebene sollten um 20–30 % gekürzt werden. Außerdem war geplant, im großen Stil die Kader auszutauschen. Innerhalb von 2 Jahren wurden 50–60 % der Kreis- und Gebietssekretäre der KPdSU ausgewechselt. Diese Kaderpolitik führte natürlich unter den Funktionären zu Unruhen, zur Demotivation und zum Widerstand gegen die Politik der Perestroika.

Ein fehlender funktionierende Wirtschaftsmechanismus

Eine weitere entscheidende Ursache dafür, dass der Prozess der Perestroika nicht voran kam, war der nicht funktionierende Wirtschaftsmechanismus. Gorbatschow schätzte 1988 ein: »Die neuen Mechanismen arbeiten nicht, aber die alten diskreditieren die Perestroika«. (S. 334)

Eine Wirtschaft ohne funktionierenden Mechanismus ist nicht lebensfähig. Der Wirtschaftsmechanismus ist mit einem mechanischen Getriebe vergleichbar. Wie in einem Getriebe die Zahnräder abgestimmt ineinandergreifen und synchron laufen müssen, so müssen auch in der Wirtschaft die einzelnen Zweige und Bereiche untereinander abgestimmt sein und sich zueinander proportional verhalten. Diese Abstimmung kann auf zweierlei Art und Weise erfolgen: entweder zentral über eine Planung, oder dezentral über die Allokation des Marktes.

Es war mit eines der wichtigsten Anliegen der Perestroika, die zentrale Planung, die in den Händen des Staates lag, grundlegend zu reformieren. Die Reform zielte darauf ab, die zentrale staatliche Planung abzubauen und den Betrieben als wirtschaftende Einheit mehr Rechte und größere Selbständigkeit einzuräumen. Sie sollten auf die volle wirtschaftliche Rechnungsführung überführt werden, d.h. sie sollten für ihre Produktion voll verantwortlich sein. Beschaffung, Produktion, Absatz sollten in die Hände der Betriebe gelegt werden.

Doch die eingeleitete Wirtschaftsreform war nur halbherzig. Die zentrale Planung wurde zwar abgebaut, die mit ihr verbundene administrative Regulierung teilweise außer Kraft gesetzt, doch an die Stelle des alten

Regulierungsmechanismus trat kein neuer. Abbau der zentralen Steuerung und Etablierung des Marktes als neuer Regulator der Wirtschaft gingen nicht Hand in Hand.

Es entstanden chaotische Verhältnisse. Betriebe, die unverschuldet keinen Gewinn erwirtschafteten, erhielten aus zentralen Fonds keine Mittel mehr; sie gingen Pleite. Die Kooperation zwischen den Betrieben brach zusammen. Mangels Zulieferung konnte vielerorts nicht mehr produziert werden. Die ursprüngliche Zielgröße der Perestroika, die ökonomische Entwicklung zu beschleunigen, geriet mehr und mehr außer Reichweite. Das Wirtschaftswachstum ging zurück, der Krisenzustand der Wirtschaft verschlimmerte sich. Das Politbüro zog zwar alle Register, um die Wirtschaft aus der Krise herauszuführen, doch es gelang ihm nicht, die Gesamtlage der Wirtschaft zu verbessern. Gorbatschow sah sich im Februar 1989, d. h. knapp 4 Jahre nach Verkündung der Politik der Perestroika, gezwungen, folgendes zu erklären: »Es ist uns nicht gelungen, die Arbeitsproduktivität als Hauptglied zu beschleunigen. Wir haben unsere Möglichkeiten, unsere Fähigkeiten überschätzt, in kurzer Zeit ein Niveau zu erreichen, das uns die Möglichkeit gegeben hätte, uns von der angestauten Last der Stagnation zu befreien«. (S. 384) Als Ursache für die Überschätzung der eigenen Möglichkeiten und Fähigkeiten gab Gorbatschow zu, dass die Tiefe der Grube nicht erkannt wurde, aus der herausgeklettert werden musste. (S. 384)

Der Ausbruch nationaler Konflikte

Im Prozess der Umgestaltung der Gesellschaft türmte sich ein weiteres Hindernis auf, das sich, wie der weitere Verlauf der Perestroika zeigte, als unüberwindbar erwies. In vielen Regionen des Landes flammten nationale Konflikte auf. Im Vielvölkerstaat Sowjetunion, in dem es 15 Unionsrepubliken, 19 autonomen Republiken und ca. 130 Völkerschaften und Nationen gab, begann es zu brodeln. Immer lauter wurde der Ruf nach Selbständigkeit und mehr Rechte für die Republiken und territorialen Organe. Seit jeher waren die konföderalen Beziehungen zwischen den Republiken und der Zentrale in Moskau, zwischen den einzelnen Nationen und Völkerschaften, nicht frei von Spannungen und Konflikten. Eine falsche Nationalitätenpolitik, vor allem unter der Herrschaft von Stalin und Breshnew, hat diese Spannungen verschärft. Das Glasnost-Prinzip

ermunterte die territorialen Regierungen, ihre Bestreben nach Unabhängigkeit und Selbständigkeit zu verstärkten. Die zentrifugalen Kräfte nahmen an Wucht und Geschwindigkeit zu. Ende der 80er Jahre kam es zu ersten offenen Auseinandersetzungen zwischen ethnischen Gruppen und Völkern der UdSSR. Zunächst begehrten die Krimtataren auf. Im Juli 1987 demonstrierten sie drei Tage lang an der Kremllmauer und erhoben die Forderung, man solle die Rechte der Krimtataren vollständig wieder herstellen und sie selbst auf die Krim zurückkehren lassen.²¹

Im Februar 1988 verlangte die Bevölkerung des Autonomen Gebiets Berg-Karabach, das zur Aserbaidshanischen SSR gehörte, der benachbarten Republik Armenien angegliedert zu werden. In der Region Berg-Karabach lebten vorwiegend Armenier. Zwischen Aserbaidshanern und Armeniern kam es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen. In Sumgait fanden am 27. und 28. Februar blutige Krawalle statt, die eine Bilanz von 30 Toten und ca. 200 Verletzten auswiesen. Im April 1989 traten Unruhen in Tbilissi auf; infolge blutiger Auseinandersetzungen mussten 19 Menschen ihr Leben lassen. Im November 1989 nahm auf Grund der Unabhängigkeitsbestrebungen der Baltischen Republiken der Oberste Sowjet der UdSSR ein Gesetz an, das den Republiken Litauen, Lettland und Estland die ökonomische Selbständigkeit gewährte. Sie blieben aber weiter im Verbund der UdSSR. Es begann überall zu gären. Der Prozess des Zerfalls der Sowjetunion nahm seinen Lauf. Die Politik der Perestroika begann nun auch an der Nationalitätenfrage zu scheitern. Das Politbüro des ZK der KPdSU sah sich gezwungen, angesichts der aufflammenden Unruhen, die Nationalitätenfrage zum Dauerthema ihrer Sitzungen zu machen. In Diskussionen und im Streit um die Nationalitätenfrage zeigte sich mit aller Schärfe der Konflikt, der schon lange zwischen Gorbatschow und Jelzin bestand.

Rivalität zwischen Gorbatschow und Jelzin

Im gesamten Verlauf der Perestroika spitzte sich das Verhältnis zwischen Gorbatschow und Jelzin immer mehr zu. Jelzin lag schon lange auf der Lauer, um höchste Gipfel der Macht zu erklimmen. Rychkow bemerkte

²¹ Die Krimtataren wurden nach der Befreiung der Krim 1944 in den Ural, nach Sibirien und Mittelasien deportiert. Tausende kamen dabei ums Leben.

im Oktober 1990: »Jelzin hat nur Eines im Kopf – den Griff zur Macht«. (S. 530) Jelzin konzentrierte sich dabei auf die größte Republik der Union: auf die Russische Föderation. Sie war das Herzstück der Sowjetunion. In ihr lebten ca. 145 Millionen Menschen, das waren über 50% der Gesamtbevölkerung der UdSSR. Die RSFSR verfügte über das größte Wirtschafts- und Wissenschaftspotential der Union. Dem Machtstreben Jelzins kamen die nationalen Konflikte, die sich immer mehr ausweiteten, zu Gute. Er machte sich den Weg frei, um die Macht zu erobern. Alle Mittel waren ihm dabei recht. Zum 70. Jahrestag der Oktoberrevolution stellte er den Antrag, ihn von der Funktion als Kandidat des Politbüros und als Ersten Sekretär der Moskauer Parteiorganisation zu entbinden. Auf dem XXVIII. Parteitag der KPdSU im Juli 1990 trat er aus der KPdSU aus. In der Öffentlichkeit stellte sich Jelzin als Interessenvertreter der einfachen Menschen dar. Sein Hang zum Alkohol wurde als Zeichen dafür gesehen, dass er ein Mann des Volkes geblieben sei. Wiederhall fand seine Kritik an der Perestrojka; sie sei ein Fehlschlag und habe bisher den Menschen nichts gebracht. Jelzin wurde einer der populärsten Politiker. Viele Funktionäre der KPdSU, Intellektuelle, Journalisten u. a. wurden seine Gesinnungsgenossen.

Neues Wahlrecht

Mit Gorbatschows Reformkurs war eine grundlegende Veränderung des Wahlrechts verbunden. Erstmals war es möglich, überall in der Union die Abgeordneten für alle Verwaltungsebenen, angefangen beim Dorfsowjet bis zum Obersten Sowjet der UdSSR, frei zu wählen. Im März 1989 fanden erstmals freie und geheime Wahlen für die Abgeordneten des Obersten Sowjet der UdSSR statt. Im Vorfeld der Wahlen wurden die Kandidaten der KPdSU hart attackiert. Zur Wahl gaben 84 % der Wahlberechtigten ihre Stimme ab. Obwohl in der gesamten Union die überwiegende Mehrheit der Wähler (85 %) für die Kandidaten der KPdSU stimmten, wurden die Spitzenfunktionäre in den Großstädten Moskau, Leningrad, Kiew u. a. nicht gewählt. Die KPdSU erlitt in den Großstädten eine herbe Wahlniederlage. Der große Wahlsieger war Jelzin. Er erhielt in Moskau 90 % der Stimmen. Im Mai 1990 wurde er zum Vorsitzenden des Obersten Sowjets der SFSR gewählt, 1991 übernahm er das Amt des Präsidenten

der Russischen Föderation. Jelzin hatte den höchsten Gipfel der Macht in Russland erklommen.

Der Abschnitt 6 der Verfassung. Der Übergang der Macht von der Partei zu den Sowjets

Das Jahr 1990 stand für das Politbüro der KPdSU unter keinem guten Stern. Der Reformkurs kam nicht voran. Die Unzufriedenheit der Bevölkerung nahm zu. Die Wirtschaft steckte in einer tiefen Krise. Im Land entstanden neue Parteien. Innerhalb der KPdSU verschärfen sich die Flügelkämpfe. Der Generalsekretär geriet immer mehr ins Kreuzfeuer der Kritik.

Die entstandene Lage erforderte, den Staatsaufbau neu zu strukturieren. Dazu war es erforderlich, die Verfassung zu ändern. Der Text des Artikels 6 der Verfassung war nicht mehr zu halten. Im Politbüro gab es darüber heftige Diskussionen und Streit. Obwohl im Juni 1988 die XIX. Parteikonferenz der KPdSU bereits festgelegt hatte, den Artikel 6 der Verfassung neu zu formulieren, die verfassungsgemäße Verankerung der Monopolstellung der KPdSU aufzuheben, vertrat Ligatschow, der zweitmächtigste Mann im Politbüro, weiterhin den Standpunkt, die Führungsrolle der KPdSU beizubehalten. Er wandte sich entschieden gegen ein Mehrparteiensystem. Statt dessen sollte eine »Allgemeine nationale Bürgerfront« geschaffen werden, in der alle gesunden Kräfte des Landes zu vereinigen sind. Die Kommunisten sollten in dieser »Bürgerfront« die Schlüsselpositionen einnehmen. (S. 468). Ligatschows Vorschlag fand keine Zustimmung. Die Parteiführung sprach sich mehrheitlich dafür aus, den Artikel 6 der Verfassung neu zu formulieren. Der neu gefasste Text war ein Kompromiss, der trotz der entstandenen anderen Parteien, die besondere Rolle der Kommunistischen Partei hervorhob. Der Kongress des Obersten Sowjets der UdSSR billigte folgende Neufassung des Artikel 6:

»Die Kommunistische Partei der Sowjetunion, andere politische Parteien sowie Gewerkschaften, Jugend- und weitere gesellschaftlichen Organisationen und Massenbewegungen beteiligen sich über ihre Vertreter, die in die Sowjets der Volksdeputierten gewählt werden, und in anderen Formen an der Politik des sowjetischen Staates, an der Leitung und Lenkung der staatlichen und gesellschaftlichen Angelegenheiten.«

Der Verzicht auf den Führungsanspruch der Partei war der endgültige Bruch mit dem Dogma der Allmacht der Partei im politischen System der UdSSR. Gorbatschow bezeichnet in seinen »Erinnerungen« den neu formulierten Text des Abschnitts 6 der Verfassung als »endgültigen Bruch mit dem Bolschewismus«. Die KPdSU legte das Bekenntnis ab, auf parlamentarischen Weg um die Macht zu ringen. Die politische Macht sollte aus den Händen der Partei in die Hände der Sowjets gelegt werden.

Oberstes Machtorgan war nicht mehr das Politbüro, sondern der Oberste Sowjet der UdSSR. An der Spitze des Landes sollte ein Präsident stehen. Gorbatschow wurde vom Plenum des ZK der KPdSU als Kandidat für die Wahl zum Präsidenten vorgeschlagen. Im März 1990 wurde er auf dem Kongress des Obersten Sowjets zum Präsidenten der UdSSR gewählt. Als neuer Präsident verkündete Gorbatschow, dass er auch als Staatsoberhaupt konsequent die Politik der Perestroika fortsetzen werde.

Der Beginn des Zerfalls der UdSSR

Auch nach der Neustrukturierung des Staatsaufbaus spitzte sich die Krise im Land weiter zu. Die Nationalitätenfrage, der Zwist zwischen Union und Republiken rückten in den Vordergrund des politischen Geschehens. Die UdSSR als Staatenbund drohte zu zerfallen. Der Präsident stand vor der schwierigen Aufgabe, dem Zerfallsprozess Einhalt zu gebieten. Ein *Unionsvertrag* sollte den Staatenbund retten. Durch ihn sollten die Rechte der Republiken auf ihre Selbständigkeit gesetzlich verankert werden.

Die Außenpolitik, die Verteidigung, das Finanz- und Bankwesen, die Sicherung der Währung u. a. sollten allerdings in den Händen der Zentrale, der Union bleiben. Die ökonomische Selbständigkeit der Unionsrepubliken und die Wirtschaftsbeziehungen zwischen ihnen und der Union sollten über *ökonomische Vereinbarungen*, später über einen *ökonomischen Verbund* und dann schließlich über den *Unionsvertrag* geregelt werden.

Um die Ausarbeitung dieser Verträge entbrannte ein heftiger Streit. Zu unterschiedlich waren die Interessen zwischen der Union und den Republiken. Zum Fürsprecher für die Unionsrepubliken machte sich Jelzin. Er verfolgte die Absicht, die Föderative Russische Republik von der Union loszulösen und Russland als selbständigen, souveränen Staat zu erklären. Eigenmächtig löste er Unionsministerien auf, entließ Personal aus Ämtern, die der Zentrale unterstanden, und er unternahm sogar den

Versuch, die Staatsbank der UdSSR der Bank Russlands zu unterstellen. Schritt für Schritt entzog Jelzin dem Präsidenten der UdSSR den Boden unter den Füßen.

Mit dem Zerfall der UdSSR ging die Demontage der KPdSU als Unionspartei einher. Der Drang nach Selbständigkeit der Republiken machte auch vor den Kommunistischen Parteien der Unionsrepubliken nicht halt. In der russischen Föderation wurden Stimmen laut, eine eigene Kommunistische Partei zu bilden. Bisher waren die Parteimitglieder Russlands direkt der KPdSU unterstellt. Es sei ein Nachteil für sie, dass sie kein eigenes Zentralkomitee, keinen eigenen Parteiapparat hätten. Im Juni 1990 wurde auf einem Parteikongress die Kommunistische Partei Russlands aus der Taufe gehoben. Zwei Drittel der Mitglieder der KPdSU gehörten nun der neu gebildeten Partei an.

Die Verschwörung von Beloweckskoje Puschtsche/Belowescher Forst

Der endgültige Zerfall der Sowjetunion wurde mit der Verschwörung im Belowescher Forst besiegelt. Hier trafen sich am 8. Dezember 1991 die Präsidenten der Republiken Russland, Ukraine und Weißrussland, um den nach langen, heftigen Debatten ausgearbeiteten Unionsvertragsentwurf zu durchkreuzen, der dem Obersten Sowjet der UdSSR zur Beschlussfassung vorgelegt werden sollte, und sie erklärten im gleichen Atemzug ihren Austritt aus der Union der Sowjetrepubliken. Es entstand die *Gemeinschaft Unabhängiger Staaten* (GUS).

Keiner der Präsidenten war dazu legitimiert, diesen Schritt zu tun. Weder das Volk noch das Parlament hatten sie dazu ermächtigt. Das Treffen war heimtückisch, es fand hinter dem Rücken des Präsidenten der UdSSR statt. Über den Austritt der 3 Republiken aus der Union wurde Gorbatschow erst dann informiert, als es bereits den Präsidenten der USA mitgeteilt wurde. Eine größere Missachtung eines Staatsoberhauptes ist kaum denkbar.

Gorbatschow erklärte nach der Verschwörung von Belowescher Forst, dass er die dort gefassten Beschlüsse nicht anerkenne. Er halte weiter am Fortbestand der Sowjetunion fest. Dem Inhalt nach war diese Erklärung rein formal. Gorbatschow wollte in der Öffentlichkeit sein Gesicht wahren, er wollte nicht unter Verdacht geraten, »Totengräber der UdSSR« zu sein.

Gorbatschow überließ das weitere Schicksal seines Landes jenen Kräften, die darauf aus waren, die UdSSR zu zerstören. Mit der Verkündung der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten gab es faktisch keine Sowjetunion mehr.

Die einstige Weltmacht war von der Landkarte verschwunden. Putin bezeichnete den Untergang der UdSSR als »Geopolitische Katastrophe«. Der Biograph Putins, Timtschenko, stellt fest: »Die Bilanz des Gorbatschow-Jelzin Gespann: Russland in den Grenzen wie zu Beginn des 17. Jahrhunderts. Von der internationalen Bühne war Russland praktisch verschwunden.«²²

Das Scheitern der Perestroika und der Einsturz ihrer Säulen

Die Säulen der Perestroika erwiesen sich als nicht tragfähig. Das betraf zunächst die *KPdSU*. Sie brachte die Reformen auf den Weg und trug für ihren Verlauf die Verantwortung, Flügelkämpfe in der Führungsspitze, Veränderung ihrer Stellung in der Verfassung, massenhafte Austritte aus der Partei und die Gründung der Kommunistischen Partei Russlands machten die Unionspartei kampf- und regierungsunfähig. Gorbatschow sah sich veranlasst, den Vorschlag zu unterbreiten, die *KPdSU* aufzulösen. Er tat dies unmittelbar nach dem Putsch gegen ihn, der in der Zeit vom 19. bis 21. August 1991 stattfand. Am 24. August gab er dem ZK die Empfehlung, die *KPdSU* aufzulösen. Gleichzeitig erklärte es, dass er sein Amt als Generalsekretär niederlegt. Die *KPdSU* existierte nicht mehr.

Die Wirtschaftsreform, das Herzstück der Perestroika, scheiterte ebenfalls. Die Eigentumsverhältnisse, die der Wirtschaft zugrunde lagen, erwiesen sich als Haupthindernis für die Reform. Trotz Erweiterung der Rechte der wirtschaftenden Einheiten, trotz ihrer Eigenverantwortung und Selbständigkeit, blieben sie staatliche Betriebe. Die Eigentumsbeziehungen zwischen Staat und Betrieb blieben faktisch unangetastet. Das Eigentum an den Produktionsmitteln war nach wie vor Staatseigentum.

Auf dem XXVIII. Parteitag der *KPdSU*, der im Juni 1990 stattfand, wurde zum ersten Mal der Gedanke öffentlich geäußert, dass eine auf Staatseigentum gegründete Wirtschaft keine guten ökonomischen und sozialen Ergebnisse erzielen kann. Dieser Gedanke implizierte, Staatseigentum

22 Viktor Timtschenko: Putin und das neue Russland. München 2005. S. 43.

aufzulösen und die Wirtschaft auf neue, auf andere Eigentumsverhältnisse zu überführen. Eigentum sollte entstaatlicht und privates Eigentum geschaffen werden. Diese Auffassung kam einer Revolution gleich. Wurde doch bisher das Privateigentum verteufelt, »Privatbesitz das war ein Verbrechen an der Gesellschaft. Privatbesitz das hat den Kulaken und Großbauern unter Stalin millionenfach den Tod gebracht, weil sie als Schmarotzer und Verräter dieser Gesellschaft galten«.²⁵

Der in der Sozialismus-Theorie vertretene Standpunkt, Sozialismus und Privateigentum seien nicht vereinbar, hat sich als haltlos erwiesen. Seine Verwirklichung hat der Gesellschaft großen Schaden zugefügt.

Außer den staatlichen Eigentumsverhältnissen war das Planungssystem mit eine entscheidende Ursache für das Scheitern der Wirtschaftsreform. Das ursprüngliche Konzept der Wirtschaftsreform war keinesfalls darauf gerichtet, die Planwirtschaft abzuschaffen. Sozialismus und Planwirtschaft waren komplementäre Begriffe. Das Eine war ohne das Andere nicht denkbar. Es ging vielmehr darum, das Planungssystem grundlegend zu verändern. Ökonomische Hebel, Ware-Geld-Beziehungen (Kosten, Preise, Gewinn, Kredit, Zins u. a.) sollten eine größere Rolle spielen, sie sollten zur größeren Wirksamkeit gebracht werden. Trotz vielfältiger Versuche und Richtlinien ist es nicht gelungen, die zentrale Planung mit den ökonomischen Hebeln und ihren Anreizsystem organisch miteinander zu verbinden. Die grundlegende Reformierung der Planwirtschaft war nicht durchführbar.

Ähnlich wie beim Privateigentum musste ein weiteres Verdikt aufgehoben werden, die Verurteilung des Marktes, die rigorose Ablehnung der Marktwirtschaft. Da das partiell reformierte Planungssystem in der Wirtschaft erfolglos blieb, wurde im Markt die Alternative gesehen, der Markt sollte es richten, er sollt das Land aus der Wirtschaftskrise führen. Die Führungsspitze des Landes gab nach langen heftigen Diskussionen die planwirtschaftliche Position preis und beschloss, die Wirtschaft in die Marktwirtschaft zu überführen. Das bedeutete, dass das Land in eine neue sozialökonomische Ordnung übergeht. Gorbatschow im Mai 1990: »In der Tat, es ist ein Übergang zu einer anderen sozialökonomischen Ordnung, zu einer anderen Lebensweise und Tätigkeit«. (S. 515)

Die sowjetische Gesellschaft, in erster Linie die Wirtschaft, waren für die Einführung einer Marktwirtschaft überhaupt nicht vorbereitet. Es

25 Gabriele Krone-Schmalz: Was passiert in Russland? München 2007. S. 25.

fehlten alle Voraussetzungen. Es gab weder freies Unternehmertum, freie Märkte, freie Preisbildung oder Konkurrenz, noch gab es ein marktwirtschaftliches Banken-, Kredit- und Versicherungssystem. Es galt, ein völlig neues Rechtssystem zu schaffen. Notwendig war ein radikales Umdenken der Menschen. Es musste mit der Ideologie aufgeräumt werden, dass Anhänger der Marktwirtschaft Gegner des Sozialismus »Revisionisten« seien

Angesichts der grundlegenden Veränderung der Gesamtheit der Produktionsverhältnisse, der Leitungsstruktur, des Steuer-, Arbeits- und Betriebsrechts, der ganzen Verwaltung, konnte der Übergang zur Marktwirtschaft nur schrittweise erfolgen. Es bedurfte eines Übergangsprogramms. Der Oberste Sowjet der UdSSR fasste im März 1990 den Beschluss, ein Übergangsprogramm auszuarbeiten. Es wurden Arbeitsgruppen gebildet, bestehend aus führenden Wirtschaftswissenschaftlern, Staatsfunktionären, Wirtschaftsfachleuten u. a., die Vorschläge für den Übergang zur marktwirtschaftlichen Ordnung unterbreiten sollten. Die Leitung der Arbeitsgruppen lag in den Händen des Präsidenten der UdSSR. Es wurden 2 Konzepte erarbeitet. Das Konzept Schatalin – Jawlinski und das Konzept Ryshkow – Abalkin.²⁴

Das Konzept Schatalin – Jawlinski sah vor, innerhalb von 500 Tagen die marktwirtschaftliche Ordnung einzuführen. Es wurde als 500-Tage Programm populär. Das Konzept war frei von politischen Prämissen und enthielt auch keine Vorschläge zur sozialen Absicherung der Bevölkerung; es war nur auf die russische Wirtschaft zugeschnitten.

Das Konzept von Ryshkow – Abalkin sah vor, die Marktwirtschaft im Rahmen einer sozialistischen Ordnung und in allen Unionsrepubliken einzuführen. Beide Konzepte lehnte Gorbatschow ab. Er veranlasste, eine Synthese beider Konzepte zu finden und einen neuen Entwurf vorzulegen. Im Oktober 1990 wurde nach langen Geburtswehen vom Obersten

²⁴ *Schatalin* zählte zu den führenden Wirtschaftswissenschaftlern der UdSSR. Er war Akademiemitglied und Mitarbeiter des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Akademie der Wissenschaften der UdSSR.

Jawlinski, Wirtschaftsexperte, 1990 stellv. Vorsitzender des RSFSR-Ministerrates, verantwortlich für die Wirtschaftsreform in der RSFSR.

Abalkin, Akademiemitglied, stellv. Vorsitzender des Ministerrates der UdSSR, Direktor des Institutes für Wirtschaftswissenschaften an der Akademie der Wissenschaften der UdSSR.

Sowjet der UdSSR mit großer Mehrheit das »Programm des Übergangs zur Marktwirtschaft« angenommen.

Bereits vor der Annahme dieses Programms durch die höchste Volksvertretung teilte Gorbatschow in einem Telefongespräch dem Bundeskanzler Kohl mit, dass am 1. Oktober mit der Einführung der Marktwirtschaft in der UdSSR begonnen werde. Zugleich äußerte er die Bitte, dass die Bundesrepublik der Staatsbank der UdSSR 15 bis 16 Mrd. DM überweist, um den Start in die Marktwirtschaft zu erleichtern. (S. 564a)

Das Tor für den Wiedereinzug kapitalistischer Verhältnisse, das im Oktober 1917 geschlossen worden war, wurde 73 Jahre später, wieder im Monat Oktober, erneut geöffnet.

Der Einsturz der Säulen der Perestroika bedeutete zugleich das Scheitern des Reformkurses von Gorbatschow. »Die Perestroika ist misslungen«, das waren die bitteren Worte von Ryshkow, damaliger Regierungschef der UdSSR, ausgesprochen im Dezember 1990, zwei Monate nach der Einführung der Marktwirtschaft auf dem Kongress der Obersten Volksvertretung der UdSSR. Nachdenklich ist seine Begründung: »Die Verhältnisse in der Ideologie, Politik und Ökonomie sind zerstört. Die Ursachen für die Krise liegen auf den Gebieten der Ideologie und Politik, aber nicht allein in der Wirtschaft. Die Perestroika ist hintertrieben, vereitelt worden. Das äußert sich im Aufweichen ihrer Ziele ... Die alten Strukturen haben wir zerstört, neue aber nicht geschaffen. Es ist eine Leere entstanden. Es gibt weder einen Plan, noch einen Markt. Es begannen Angriffe gegen Armee und Sicherheit. Der Niedergang der Kultur entleerte die Seele«. (S. 542) Noch während des Kongresses erlitt Ryshkow einen Herzinfarkt. Das Scheitern der Perestroika traf ihn bis ins Herz.

Angetreten mit der Zielstellung, den Sozialismus in der UdSSR zu erneuern, erfolgte nach 5 Jahren Perestroika-Politik sein Niedergang. Es entstanden Verhältnisse, die das Wiederaufleben einer kapitalistischen Ordnung ermöglichten, die man glaubte, für immer überwunden zu haben.

Die deutsche Frage nach der militärischen Niederlage des Hitlerfaschismus

Während des 2. Weltkrieges zeichnete sich schon frühzeitig ab, dass in dem von Deutschland angezettelten Krieg die deutsche Wehrmacht eine

Niederlage erleiden wird. Als der Krieg eine günstige Wende für die Sowjetunion und die Westmächte nahm, stellten die Alliierten erste Überlegungen zu einer Deutschlandpolitik für die Zeit nach dem Krieg an. In Teheran trafen sich im November 1943 die »Großen Drei« (Churchill, Roosevelt und Stalin), um auf einer Konferenz über das weitere Schicksal Deutschlands zu beraten. Es stand u. a. die Frage zur Diskussion, soll Deutschland weiterhin ein einheitlicher Staat bleiben, oder soll es zerstückelt werden? Die Formel »Einheit oder Zerstückelung« wurde auch in das Kommuniqué von Jalta (Februar 1945) aufgenommen, wobei hier zunächst festgestellt wurde, dass Deutschland in vier Besatzungszonen aufgeteilt wird und durch eine Kontrollkommission mit Sitz in Berlin zentral verwaltet werden soll. Die Herstellung der Einheit Deutschlands stand vorerst nicht auf der Tagesordnung.

Einige Monate später rückte die Sowjetunion von der Haltung »Zerstückelung« ab. Dadurch verhinderte sie, dass dieses Wort in die Kapitulationsurkunde aufgenommen worden ist. Einen Tag nach der Kapitulation der deutschen Wehrmacht erklärte Stalin: »Die Sowjetunion schickt sich nicht an, Deutschland zu zerstückeln oder zu vernichten«. Sie ließ damit offen, die Einheit Deutschlands auch für die Zukunft nicht in Frage zu stellen.

Einen Schlussstrich unter den von Deutschland verlorenen Krieg zog die Potsdamer Konferenz, an der die Siegermächte Sowjetunion, USA und England teilnahmen. Sie fand in der Zeit vom 17.7. bis 2.8.1945 statt. Die Verhandlungsschritte dieser Konferenz sind im »Potsdamer Abkommen« festgelegt worden. Die getroffenen Vereinbarungen waren nur zum Teil präzise, vielfach gab es Kompromissformulierungen, die unterschiedlich ausgelegt und gedeutet werden konnten. Dies betraf auch die politische und wirtschaftliche Einheit Deutschlands. Das Abkommen enthielt z. B. solche Festlegung und Forderungen, wie Abrüstung und Entmilitarisierung, Auflösung aller nationalsozialistischen Organisationen, Aburteilung der Kriegsverbrecher, Entnazifizierung, dezentralistische Verwaltung von den Kommunen bis zur Länderebene u. a. Vom Aufbau einer Zentralverwaltung oder von der Einheit Deutschlands war definitiv nicht die Rede.

Die Welt spaltete sich, die Spaltung mündete schließlich in den »Kalten Krieg«. Deutschland wurde in vier Besatzungszonen aufgeteilt. Die Besatzungsmächte übten die Hoheit über die von ihnen besetzten Gebiete aus. Sie übernahmen de facto die Regierungsgewalt in Deutschland. Bald

wurden Regierungsbefugnisse den Ländern übertragen. Westlich der Elbe, unterstützt von den dortigen Besatzungsmächten, wurden von den Länderregierungen Schritte unternommen, die in Richtung Lostrennung vom Osten liefen. Sachverständige Juristen und Politiker begannen, einen Verfassungsentwurf auszuarbeiten, der nach Beschlussfassung für alle drei westlichen Besatzungszonen Gültigkeit haben sollte. Es wurde ein länderübergreifender Parlamentarischer Rat gebildet der am 1. September 1948 in Bonn seine Tätigkeit aufnahm. Konrad Adenauer wurde zu seinem Präsidenten gewählt. Länderparlamente und Parlamentarischer Rat beschlossen den Verfassungsentwurf. Für den Westteil Deutschlands gab es nunmehr eine Verfassung, die als Grundgesetz bezeichnet wurde. Adenauer verkündete, dass das Grundgesetz am 25. Mai 1949 in Kraft tritt. Die Bundesrepublik erlebte ihre Geburt. Der Geburt ging eine in den westlichen Besatzungszonen im Juni 1948 durchgeführte Währungsreform voraus, die die einheitliche deutsche Währung spaltete.

Die sowjetische Besatzungszone war im Zugzwang. Sieben Tage nach der Verkündung des Grundgesetzes bestätigte der Volkskongress die Verfassung für die DDR. Er wählte zugleich den 2. Deutschen Volksrat, der sich am 7. Oktober 1949 zur Provisorischen Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik konstituierte, die Gründung der DDR war erfolgt. Auf deutschem Boden existierten zwei deutsche Staaten. Deutschland war gespalten. Die Gesellschaftssysteme in beiden Staaten etablierten sich völlig unterschiedlich. Entgegengesetzt waren auch die Bündnisse, denen sie angehörten. Die Existenz der beiden deutschen Staaten war von Anfang an sowohl in Europa als auch in den deutsch-deutschen Beziehungen ein ständiger Unruheherd. Erhöht wurden die Spannungen zwischen beiden deutschen Staaten durch die Grenzsicherungsmaßnahmen am 15. August 1961, durch den Bau der »Berliner Mauer«.

Gorbatschow und die Deutsche Frage

In der Nachkriegszeit war die deutsche Frage ein ständiger Tagesordnungspunkt in der sowjetischen Außenpolitik. Die DDR war mit Hilfe der Sowjetunion gegründet worden. Sie avancierte bald zum wichtigsten Bündnispartner der UdSSR. Fast 40 % des Warenexports lieferte sie in die Sowjetunion. Die DDR besaß zwar den Status eines selbständigen Staates, völlig souverän war sie aber zu keiner Zeit. Sie war innen- wie

außenpolitisch von der Geburtshelferin Sowjetunion abhängig. Entscheidungen von größerer Tragweite bedurften der Zustimmung seitens der Moskauer Führung. Die DDR war Bündnispartner, zugleich aber auch eine Art Faustpfand in den Händen der Sowjetunion, mit dem sich international gut handeln ließ. »Die DDR stand als Verhandlungsmasse zur Disposition« – schreibt Werner Mittenzwei. »Was für Stalin galt, galt auch für seine Nachfolger, selbst für die, die sich nicht mehr auf ihn beriefen. Ob der sozialistische Staat feilgeboten oder unterstützt würde, hing von der internationalen Konstellation ab.« Diese Haltung in der Deutschlandpolitik fand auch während der Zeit der Perestroika ihre Fortsetzung. Besonders verkörpert wurde sie durch Gorbatschow und den Außenminister Schewardnadse. Trotz großer Schwierigkeiten im Inneren des Landes widmeten das Politbüro des ZK der KPdSU und Gorbatschow persönlich der deutschen Frage und ihrer Lösung große Aufmerksamkeit. Beleg dafür sind 655 Seiten Text mit Niederschriften, Aufzeichnungen von Telefonaten, Telegrammen und Protokollen zur Deutschlandpolitik, die einen ganzen Band füllen.

Für Gorbatschow war die DDR – wie er selbst äußerte – ein *besonderer Fall*. Er hatte zum sozialistischen deutschen Staat ein ambivalentes Verhältnis. Einerseits schätzte er die DDR als Bündnispartner, andererseits stellte er sie in Frage. Er würdigte den Fleiß, die Disziplin, die Ordnung der Bürger der DDR. Für ihn war beispielhaft, wie es die DDR verstanden hat, den wissenschaftlich-technischen Fortschritt zu meistern. Auf einer Politbürositzung im Juni 1986 bemerkte er: »Mit deutscher Pedanterie wird alles auf den wissenschaftlich-technischen Fortschritt konzentriert. Die Ideen (selbstverständlich die guten?) nehmen sie von uns. Aber im Unterschied zu uns realisieren sie diese ... Ehe du aufwachst ... siehst du, deine Idee ist schon an einem anderen Ort verwirklicht. Es ist gut, dass wir angefangen haben, enger mit den Deutschen zusammenzuarbeiten« (S. 51) Anerkennung fanden die Fortschritte in der DDR auf dem Gebiet der Intensivierung der Produktion, der Material- und Energieökonomie, der mehrschichtigen Auslastung der Maschinen u. a. Für Gorbatschow war die Wirtschaft der DDR auf vielen Gebieten Vorbild.

Zugleich bestand auf der höchsten Führungsebenen zwischen der KPdSU und der SED, zwischen den beiden Generalsekretären ein gestörtes Verhältnis. Ein echtes Vertrauen zwischen Gorbatschow und Honecker hat es nie gegeben. Für Gorbatschow war Honecker ein alter Mann mit verknöchertem Denken, der die Zeichen der Zeit, die Notwendigkeit

der Veränderung nicht erkannt hatte. Die Führung der DDR qualifizierte er als »Leute von gestern«.

Für Honecker war Gorbatschow ein Reformier, der mit seiner Politik der Perestroika den Sozialismus aufs Spiel setzt. Die Vertrauenskrise zwischen Honecker und Gorbatschow war tief. Die Abneigungen zueinander wurden im Laufe der Zeit immer größer. Als die DDR ihren 40. Gründungstag beging, hatte Gorbatschow zunächst die Absicht, an den Feierlichkeiten nicht teilzunehmen. Erst die eindringlichen Bitten von Honecker und die Ratschläge seiner engsten Mitarbeiter bewegten Gorbatschow, der Einladung von Honecker zu folgen. In einem Gespräch mit dem italienischen Ministerpräsidenten, Andreotti, bemerkte Gorbatschow, dass es ihm peinlich gewesen sei, dass er anlässlich der Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag der DDR miterleben musste, neben Honecker stehend, als aus der Massendemonstration ihm zugerufen wurde »Gorbatschow bleib bei uns«. (S. 266a) Honecker hatte es nicht ertragen wollen, dass Gorbatschow zum Ersten Mann in der Sowjetunion aufgestiegen ist. In einem Gespräch mit Gorbatschow berichtete Egon Krenz, dass der Sinneswandel bei Honecker nach der Wahl von Gorbatschow zum Generalsekretär des ZK der KPdSU eingetreten sei. Honecker hätte darin eine Gefährdung seiner Autorität gesehen, denn er glaubte, er wäre der dynamischste Führer (vgl. S. 235a).

Aber nicht nur zu Honecker, auch zum Bundeskanzler Kohl hatte Gorbatschow zunächst ein unterkühltes Verhältnis. Gorbatschow hatte Kohl lange Zeit nachgetragen, dass er ihn in einem Interview mit der Zeitschrift Newsweek mit Goebels verglichen hatte. Noch im März 1986 wies Gorbatschow im Politbüro darauf hin, dass die Politik richtig ist, den Dialog mit Kohl einzuschränken und die Tätigkeit mit den Geschäftskreisen der BRD fortzusetzen. (S. 6a) Vorerst sollten auf höchstem Niveau keine Kontakte mit der BRD stattfinden. Kohl seien weiterhin Lehren zu erteilen (vgl. ebenda).

Eine gewisse neue, wenn auch nicht so offensichtliche Wende in der Haltung zur deutschen Frage zeichnete sich 1987 ab. Honecker trug sich schon längere Zeit mit dem Gedanken, die Bundesrepublik zu besuchen. Die Sowjetunion gab dazu bisher keine Einwilligung. Schließlich fand im September 1987 der Besuch statt. Der Vorsitzende des Staatsrates der DDR wurde in Bonn protokollarisch fast wie ein ausländisches Staatsoberhaupt empfangen. Die sowjetische Partei- und Staatsführung war irritiert. Sie glaubte, Honecker liebäugle mit der BRD. Nach seinem Besuch

der DDR, der im Februar 1987 stattfand, d. h. vor der Reise Honeckers nach Bonn, berichtete Schewardnadse im Politbüro des ZK, dass er den Eindruck gewonnen habe, dass die Idee einer einheitlichen deutschen Nation in der Psychologie und im Denken der Kommunisten noch lebendig ist. Es werde mit den Westdeutschen angebandelt. Die BRD werde nicht kritisiert. Das alles geschehe nicht nur der ökonomischen Interessen wegen (vgl. S. 32a). Gorbatschow gab zur gleichen Zeit den Verantwortlichen für die Außenpolitik mit der BRD die Anweisung: »Die BRD nicht Honecker zu überlassen ... Es ist Zeit, gegenüber der Bundesrepublik aktiver aufzutreten«. (S. 31a) Die sowjetische Seite äußerte ihr Bedenken, dass in den ökonomischen Beziehungen mit der BRD die DDR ihre Akzente verstärke, die darauf hinausliefen, engere Kontakte mit Firmen der BRD herzustellen.

Im Juni 1987 besuchte der Bundespräsident Richard von Weizsäcker die Sowjetunion. Die Gespräche mit ihm waren nicht spektakulär. Gorbatschow legte die Position der sowjetischen Seite zur deutschen Frage dar: auf deutschem Boden gibt es zwei deutsche Staaten und das ist die Realität. Und trotzdem wurden in der Diskussion neue Töne angeschlagen. Die Zeit wurde als reif angesehen, um die seit den 70er Jahren vorhandenen Spannungen zwischen beiden Staaten abzubauen. Die Eiszeit müsse beendet werden. Die deutsche Frage betreffend, schloss Gorbatschow nicht aus, dass es wieder eine Einheit Deutschlands geben werde; wenn auch nicht jetzt, so doch später. Die Geschichte wird zum gegebenen Zeitpunkt ihr Urteil sprechen, sie wird ihren Lauf nehmen. Das war ein neues Signal. Im Oktober 1988 besuchte Bundeskanzler Helmut Kohl Moskau. Von sowjetischer Seite wurde alles getan, um eine Atmosphäre zu schaffen, die es möglich machen sollte, ein Vertrauensverhältnis zwischen Kohl und Gorbatschow herzustellen. Beide kamen sich näher; in den Gesprächen wurden Vorbehalte abgebaut, es entstanden normale partnerschaftliche Beziehungen, die bald freundschaftlichen Charakter annahmen.

Für die Sowjetunion ergab sich nun die Frage, wie die DDR-Führung über den Besuch von Bundeskanzler Kohl zu informieren ist? Was sollte Honecker mitgeteilt werden? Aufschluss darüber ist Folgendes, das zugleich ein Licht wirft auf die damaligen Beziehungen zwischen UdSSR und DDR. Zur Information für Gorbatschow hatte Tschernajew eine Notiz über den Besuch von Kohl in Moskau gemacht. Zu dieser Notiz teilt Tschernajew Gorbatschow mit, dass er – Tschernajew – erfahren habe,

dass Schachnasarow die Absicht hatte, Honecker über das Gespräch mit Kohl zu informieren. Er, Tschernajew, habe das aber abgelehnt mit der Begründung: Honecker braucht nicht alles zu wissen. Vor allem braucht er nicht zu wissen, in welcher Atmosphäre das Gespräch mit Kohl stattgefunden hat. Wir machen unsere eigene Politik, die mit der von Honecker nicht identisch ist (vgl. 136/137a). Das Misstrauen zwischen den Führungen in der UdSSR und DDR hatte einen Tiefpunkt erreicht. Die Sowjetunion betrieb der DDR gegenüber eine Politik mit verdeckten Karten.

Im Juli 1989 stattete Gorbatschow der BRD einen Besuch ab. Die allseitige Analyse der deutschen Frage und die Erfahrungen, die die Sowjetunion in der Außenpolitik mit der BRD seit dem Besuch Kohls in Moskau gemacht hatte, festigten bei Gorbatschow die Meinung, dass die bisherige Haltung der sowjetischen Seite zur Frage der deutschen Einheit ohne Perspektive ist.

Die Gespräche in Bonn sowie die dort unterschriebenen Erklärungen leiteten faktisch den Prozess ein – unterstützt durch Massenbewegungen in der DDR –, der zur Einheit Deutschlands führte. Der Weg dazu war jedoch steinig und uneben; Gorbatschow spielte dabei eine zwielichtige Rolle. Einerseits war bei ihm die Auffassung fest verankert, dass die Einheit Deutschlands unabwendbar sei. Andererseits erweckte er in Diskussionen den Eindruck, dass er an der Position der weiteren Existenz von zwei deutschen Staaten festhalte. Als nach den Feierlichkeiten am 7. Oktober 1989 Gorbatschow die DDR verließ, bemerkte er im Abschiedsgespräch mit dem Botschafter der UdSSR in der DDR, Kotschemasow, das Sowjetvolk wird uns nicht verzeihen, wenn wir die DDR verlieren. Im Gespräch mit dem neu gewählten Generalsekretär des ZK der SED, Egon Krenz, beteuerte Gorbatschow am 1. November 1989, dass gegenwärtig die Einheit Deutschlands nicht aktuell ist. Egon Krenz möchte diese feste Überzeugung der Sowjetunion dem Politbüro und Zentralkomitee der SED übermitteln (vgl. S. 240a). Drei Wochen vor diesem Gespräch wurde im Politbüro der KPdSU angesichts der inneren Lage in der DDR jedoch darüber diskutiert, wie lange die »Berliner Mauer« noch zu halten ist. Vielleicht sei es zweckmäßig, dass die Sowjetunion selbst die »Mauer« wegräume. Schewardnadse wörtlich: »Es wäre besser, wenn wir die »Mauer« selbst wegräumen würden«. (S. 450)

Jeder wusste natürlich, dass die Öffnung oder das »Wegräumen der Mauer« gleichzusetzen war mit der Öffnung des Tores zur Einheit Deutschlands. Am 9. November fiel die Mauer. Der Weg zur Einheit war

frei. Es begann die Selbstaflösung des Staates DDR. Die Sowjetunion ließ den Dingen ihren Lauf. Der Ministerpräsident der UdSSR, Ryshkow, erklärte am 26. Januar 1990: »Das Erhalten der DDR ist eine unrealistische Sache«. (S. 475)

Nachdem der Weg frei war, ging es um die Modalitäten wie der Prozess der Einigung der beiden deutschen Staaten zu bewerkstelligen ist, wie er verlaufen soll. Verhandlungspartner für die Sowjetunion war einzig und allein die Bundesrepublik. Obwohl die DDR noch existierte, wurden ihre Vertreter in die Verhandlungen nicht einbezogen. Ihre spezifischen Interessen: Schicksal des Volkseigentums, Verhinderung von Treibjagden gegen ehemalige Partei- und Staatsfunktionäre u. a. fanden keine Berücksichtigung. Im Gegenteil, Gorbatschow legte den Umgang mit dem »Erbe« der DDR nach der Vereinigung voll in die Hände der Bundesrepublik. Bisher geleistete Treueschwüre gegenüber der DDR waren vergessen, die ehemaligen Freunde waren für Gorbatschow nunmehr die »anderen Deutschen«.

Im Vordergrund der zu lösenden Fragen stand, die existierenden Grenzen in Europa als unverletzlich anzuerkennen. Es ging um die völkerrechtliche Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze durch einen bilateralen Vertrag mit Polen, den Verzicht Deutschlands auf atomare, biologische und chemische Waffen, den Abzug der sowjetischen Streitkräfte auf dem Gebiet der DDR bis 1994 u. a.

Die schwierigste und umstrittenste Frage war die Bündniszugehörigkeit des künftigen einheitlichen Deutschlands. Sollte das geeinte Deutschlands den Status eines neutralen Staates erhalten, sollte es der NATO oder dem Warschauer Pakt angehören? Die Sowjetunion trat in den Verhandlungen zunächst für ein neutrales Deutschland ein. Einen NATO-Beitritt lehnte sie strikt ab. Gorbatschow im Februar 1990: »Ein Bleiben des geeinten Deutschland in der NATO ist für uns unannehmbar«. (S. 362a) Kohl erwiderte: »Ein künftig geeintes Deutschland (darf) nicht neutralisiert oder entmilitarisiert werden.«²⁵

Der Streit über den NATO Beitritt währte lange Zeit. Exponierte Vertreter der sowjetischen Außenpolitik waren grundsätzlich dagegen, dem NATO Beitritt ganz Deutschlands zuzustimmen. Sie sahen die Sicherheitsinteressen der UdSSR erheblich gefährdet. Gorbatschow setzte sich

25 Bundeskanzler Helmut Kohl in einer Regierungserklärung im Bundestag am 15. Februar 1990.

über diese Bedenken hinweg. Im Mai 1990 vollzog er in dieser entscheidenden Frage eine Wende. Anstoß dazu gab ein Schreiben von Tschernajew, datiert vom 4. Mai, indem er Gorbatschow nahezu aufforderte, dem Beitritt Deutschlands in die NATO zuzustimmen. Tschernajew formuliert in diesem Schreiben: »Es ist augenscheinlich, dass Deutschland in der NATO sein wird. Wir haben keine wirksamen Mittel, um das zu verhindern. Und warum sollten wir – wie in diesem Fall – erneut versuchen, einen fahrenden Zug einzuholen, wenn es aussichtslos ist, auf die Lokomotive aufzuspringen, oder – gottbewahre – nur einen mittleren Wagen zu erreichen ... Wenn wir weiter eine eiserne Position vertreten, dann wird es später aussehen, dass wir ein großes Zugeständnis gemacht, einen Rückzug angetreten haben«. (S. 424a) Nach Tschernajew seien die Sicherheitsinteressen auch dann gewährleistet, wenn die NATO-Truppen an der Oder-Neiße-Grenze stehen.

Im Juli 1990 trat Kohl eine Reise nach Moskau und in den Kaukasus an. Er leitete eine hochrangige Regierungsdelegation. Es war wohl eine der bedeutendsten Reisen des Bundeskanzlers in die Sowjetunion. Die DDR existierte noch, wenn auch formal. Am 1. Juli war die Währungsunion in Kraft getreten, die Noch-DDR-Bürger bekamen die DM. Während im Juni 1948 die DM Deutschland spaltete, führte sie 41 Jahre später die inzwischen entstandenen zwei deutschen Staaten wieder zusammen. Kohl, der die Währungsunion favorisierte, die in der Folgezeit viele Nachteile, besonders für die Wirtschaft in den neuen Bundesländern brachte, konnte in seiner Deutschlandspolitik ein Erfolg verbuchen.

Gorbatschow befand sich dagegen in einer ganz anderen Lage. Er stand unter starkem Druck. In seinem Land ging es ökonomisch weiter abwärts, innenpolitisch nahmen die Spannungen weiter zu. Trotzdem zeigte er sich als großzügiger Gastgeber. Nach seiner erneuten Wahl zum Generalsekretär fühlte er sich stark genug, in den Verhandlungen mit Kohl im Alleingang, ohne Politbüro, Zentralkomitee und Oberstem Sowjet über lebenswichtige Fragen der Sowjetunion entscheiden zu können.

Sinn und Zweck der Verhandlungen im Juli 1990 bestanden darin, einen Durchbruch im deutschen Vereinigungsprozess zu erzielen. Die Gespräche begannen in Moskau, im Nordkaukasus wurden sie fortgesetzt und beendet.

Es war Kohls Wunsch, die Heimat von Gorbatschow kennen zu lernen und dabei den Kaukasus zu besuchen. Gorbatschow erfüllte diesen

Wunsch. Nach dem Besuch von Stawropol, der Stadt, in der die politische Karriere von Gorbatschow begann, führte die Reise weiter in den Nordkaukasus nach Archys, wo in einem noblen Hotel die Verhandlungen fortgeführt und in allen Fragen, die die Einheit Deutschlands betrafen, Übereinstimmung erzielt wurde. Die Ergebnisse der Verhandlungen bildeten die Grundlage für den Zwei-plus-Vier-Vertrag, der in Moskau im September unterzeichnet wurde.

Die Einheit und der Beitritt Deutschlands in die NATO wurden in einer reizvollen Landschaft bei Kaukasischer Küche und dazu passenden Getränken besiegelt. Gorbatschow bemerkte zu den Verhandlungsergebnissen: »Deutschland wird vereinigt, es erhält die politische Souveränität und wird Mitglied der NATO«. (S. 515a) Und Kohl führte aus: »Das vereinigte Deutschland kann in Ausübung seiner vollen und uneingeschränkten Souveränität frei und selbst entscheiden, ob und welchem Bündnis es angehören will«. (S. 510a)

Es wird berichtet, dass die Atmosphäre in Archys herzlich und locker gewesen sein soll. Die Teilnehmer seien leger gekleidet gewesen. Gorbatschow habe eine Strickjacke getragen. Seither werden die Ergebnisse der Verhandlung auch als Resultate der »Strickjacken-Diplomatie« bezeichnet. Die historische Chance, die es ermöglichte, dass Deutschland vereinigt wird und der NATO beitreten konnte, war kurz. Gorbatschow hat sie gesehen und Kohl hat sie genutzt.

Für den Bundeskanzler war die Juli-Reise in die Sowjetunion erfolgreich. In den Verhandlungen mit Gorbatschow ging er als Sieger hervor. Mittenzwei schreibt: »Es war weniger sein Verdienst, als vielmehr das Versagen Gorbatschows, das den Bundeskanzler zum Sieger macht.«²⁶

Gorbatschow im Licht der Protokolle

Die in den beiden Bänden veröffentlichten Dokumente geben so gut wie keine Einblicke in das persönliche Leben der Mitglieder der Führungsspitze. Welche individuellen Interessen hatten sie? Welchen Neigungen gingen sie nach? Wer waren ihre Lieblingsschriftsteller? Welche Musik hörten sie gern, welche Schauspieler standen in ihrer Gunst? Ach über ihre Familien, Kinder, Bekannte und Freunde ist nichts zu erfahren. In

Sitzungen des Politbüros oder bei anderen Zusammenkünften fanden keine theoretischen, philosophischen Debatten statt. Auseinandersetzungen über Probleme, die sich aus dem Reformprozess, beim Beschreiten von Neuland ergaben, fanden, sofern sie geführt wurden, keine Widerspiegelung. Die veröffentlichten Materialien vermitteln allerdings ein Bild über die Atmosphäre, den Arbeitsstil und die Kultur des Umgangs miteinander.

Im Zentrum der Protokolle, Niederschriften und persönlichen Notizen steht der Generalsekretär, Michael Gorbatschow. Er war im Politbüro der Spiritus Rektor, die treibende Kraft, er gab den Ton an, er hatte das entscheidende und letzte Wort.

Wer war Gorbatschow? Wie sind seine Leistungen, wie ist er als Spitzenpolitiker, als Staatsmann zu bewerten? Die Einschätzungen und Wertungen gehen weit auseinander. Sie reichen vom herausragenden Staatsmann, bedeutender Persönlichkeit des XX. Jahrhundert bis zum Versager oder gar bis zum Verräter. Gorbatschow endgültig zu beurteilen ist schwierig, vielleicht gar nicht möglich.

Aus dem Material der beiden Bände werden einige Züge und Tendenzen sichtbar, die ein gewisses Bild über den Charakter, die Eigenschaften und Fähigkeiten von Gorbatschow als Politiker und Staatsmann erkennen lassen.

Gorbatschow hatte eine gediegene Bildung, er war belesen. Kannte sich gut in der russischen Literatur aus. Statt Wodka zu genießen, zog er die Lektüre schöngeistiger Literatur vor. Seine Lieblingsschriftsteller waren Belinski, Tschechow, Lermontow, Ostrowski und Majakowski. Er war rhetorisch begabt, erfasste schnell das Wesen einer Sache und vermochte scharfsinnig zu analysieren. Der Parteilinie war er stets treu ergeben, was nicht heißt, dass er unkritisch war. Seine Funktionen als Komsomol- oder Gebietssekretär brachten es mit sich, dass er mit dem Leben der einfachen Menschen gut vertraut war; er kannte ihre Sorgen und Nöte. Zielstrebig verfolgte er seine Karriere. Er verstärkte in sich den Trieb nach »Oben«. Anpassung und Rückendeckung verhalfen ihm zum Aufstieg. Er liebte das Bad in der Menge. Sein Populismus, sein »Auf die Menschen zugehen«, die Missachtung der protokollarischen Regularien bei offiziellen Auftritten machten ihn bei vielen Menschen beliebt. Er gab sich als »Mann des Volkes«. Es fiel ihm nicht schwer, auf Veranstaltungen, Treffen mit der Bevölkerung Versprechen abzugeben, die nicht zu halten waren. Frühzeitig hatte er erkannt, dass schon lange die Zeit herangereift

war, das Gesellschaftssystem der Sowjetunion grundlegend zu reformieren, den Sozialismus zu erneuern.

Gorbatschow als Reformier

Das Gesellschaftssystem in der Sowjetunion war erstarrt. Gorbatschow war im April 1985 angetreten, um durch weitgehende und umfassende Reformen die Erstarrung zu überwinden. Er hatte zweifellos die ehrliche Absicht, den Sozialismus zu erneuern. Das Leninische Konzept zum Aufbau des Sozialismus sollte mit neuem Leben erweckt werden. Gorbatschows »Neue Politik«, die Perestroika-Politik, beinhaltete ein ganzes Paket von Reformen: Partei, Staat, Wirtschaft, alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens sollten reformiert werden. Im Zentrum stand die Wirtschaftsreform. Durch grundlegende Veränderungen des gesamten Leitungs- und Planungssystems sollte die sozialökonomische Entwicklung des Landes beschleunigt und auf dieser Grundlage das Lebensniveau der Menschen verbessert werden. Doch bald erwies sich, dass die Reformen nicht die erwarteten Ergebnisse brachten. Sie fassten nicht Fuß. Ihnen lag kein tragfähiges Konzept zugrunde. In vielen Fällen mussten eingeleitete Reformen gestoppt und durch neue ersetzt werden. Beispielhaft ist dafür die Reformierung des Wirtschaftsmechanismus. Hier gab es ein ständiges Hin und Her. Der Gesellschaft wurde dadurch großer Schaden zugeführt. Als Reformier ist Gorbatschow gescheitert.

Gorbatschow als Pragmatiker

Zur Unterstützung seines Reformkurses benötigte Gorbatschow Erfolge. Die eingeleitete Umgestaltung sollte bald für die Bevölkerung Verbesserungen bringen. Bei seinen Reisen ins Land und Besuchen von Betrieben wurde Gorbatschow häufig mit Zuständen konfrontiert, die ihn tief erschütterten. Die Reisen auswertend, zitierte er die verantwortlichen Leiter zu sich, und beauftragte sie, die angetroffenen Mängel zu beseitigen. Partiiell erfolgten zwar Verbesserungen, aber der Gesamtzustand blieb der alte. Sein Pragmatismus war durch Ungeduld und Spontaneität gekennzeichnet. Es gab keine Abstimmung, viel lief durcheinander. Es war ein konzeptionsloser Pragmatismus.

Gorbatschow als Opportunist

Gorbatschows Reformpolitik stieß von Anfang an bei vielen Partei- und Staatsfunktionäre auf Skepsis. Es mehrten sich kritische Stimmen. Gorbatschow stand in der Partei und im Staatsapparat eine Opposition gegenüber. Er hat sich zwar in mehr oder weniger scharfer Form mit den oppositionellen Kräften auseinandergesetzt, gegen sie polemisiert, aber einen offiziellen Bruch mit ihnen hat er nicht vollzogen. Beispielhaft dafür ist die Rivalität mit Jelzin. Obwohl Jelzin hinter dem Rücken Gorbatschows intrigierte, wortbrüchig war, kam es zu keinem endgültigen Bruch in den Beziehungen zwischen Beiden. Gorbatschow scheute sich davor, die Machtmittel einzusetzen, über die er verfügte. Als Generalsekretär lehnte er es ab, jene Gegner aus der Partei auszuschließen, die die KPdSU mit Schimpf und Schande belegten. Der russische Schriftsteller Solschenizyn, der gewiss kein Freund der Sowjetunion war, bemerkte zum Führungsstil von Gorbatschow: »Das war keine Machtausübung, sondern ein sinnloser Verzicht auf Macht.«²⁷

Gorbatschows Irrtum

Gorbatschow überschätzte die Mitwirkung und Unterstützung des Umgestaltungsprozesses durch das Volk. Er hatte kein adäquates Bild von der Realität. Die Menschen waren desinteressiert. Persönlich spürten sie keine Verbesserungen ihrer Lebensverhältnisse. Der Kurs der Perestroika-Politik stand nicht mehr im Einklang mit der Stimmung der Masse. Der Reformprozess und das Vertrauen der Menschen trifteten auseinander. Nicht nur in der Innen-, sondern auch in der Außenpolitik unterlag Gorbatschow Irrtümern. Mit der Öffnung seines Landes versprach er sich von den westlichen Staaten für seine Reformen Hilfe und Unterstützung. Seine Zugeständnisse: Preisgabe der DDR, Ausdehnung des NATO-Bereiches nach Osten – wurden – entgegen dargebrachten Leistungen-, mit einem lächerlichen Preis honoriert. Gorbatschow tappte auch in die Kreditfalle. Die aufgenommenen Kredite von den westlichen Staaten machten das Land nicht nur vom Westen abhängig, sondern sie trieben es noch weiter in den finanziellen Ruin.

27 Solschenizyn: Interview mit dem »Spiegel«, Nr. 30/2007. S. 99.

Die Bilanz Gorbatschows

Gorbatschow ist als Reformler, als Erneuerer, als Hoffnungsträger für viele Menschen auf der politischen Bühne erschienen, als Verlierer, als Versager musste er sie nach seinem gescheiterten Reformkurs verlassen. »So kometenhaft, wie er aufstieg« – schreibt Mittenzwei –, »so abgrundtief fiel er«.²⁸

Gorbatschow war kein ehrenhafter Verlierer. Der letzte Glanz von seiner Person verschwand, als er Jahre später den Versuch unternahm, seine Niederlage in einen Sieg umzudeuten. Fast 1500 Textseiten belegen, dass Gorbatschow entweder als Generalsekretär oder später als Präsident der UdSSR seine ganze Person dafür eingesetzt hat, durch Reformen, mögen sie auch gescheitert sein, den Sozialismus in der Sowjetunion zu erhalten, ihn zu erneuern. Noch in der Endphase, als das Land schon in der Agonie lag, verkündete er einen »humanen, demokratischen Sozialismus«. Wie unglaublich sind dann seine Worte 10 Jahre später: »Mein Lebensziel war die Zerschlagung des Kommunismus, der eine unerträgliche Diktatur über das Volk ist ... Am meisten konnte ich dafür in den höchsten Funktionen tun ... Ich musste die gesamte Führung der KPdSU und der UdSSR entfernen. Ich musste auch die Führung in allen sozialistischen Staaten beseitigen.«²⁹

Ein Kommentar erübrigt sich.

28 Werner Mittenzwei: Die Intellektuellen. S. 340f.

29 Michael Gorbatschow in einem Vortrag an der Amerikanischen Universität in Ankara. Dialog Prag Nr. 146, Oktober 1999. Zitiert aus: Siegfried Wenzel: Von wegen Beitritt. Offene Worte zur deutschen Einheit. Fakten und Zitate. Das Neue Berlin. S. 76f.

III. Dokumente

Die nachfolgenden Texte sind Übersetzungen aus den in russischer Sprache erschienenen Bänden »Im Politbüro des ZK der KPdSU«, nach den Aufzeichnungen von Anatoli Tschernajew, Wadim Medwedjew und Gregori Schacknasarow und der Sammlung von Dokumenten der Jahre 1986–1991 »Michael Gorbatschow und die Deutsche Frage«, herausgegeben von Alexander Galkin und Anatoli Tschernajew.

Aus den in beiden Bänden enthaltenen Protokollen, Niederschriften und Dokumenten wurden für die Übersetzung nur Textstellen ausgewählt. Von den über tausend Schriftstücken konnte nur ein Bruchteil berücksichtigt werden. Die ausgewählten übersetzten Texte sind chronologisch angeordnet, sie sollen ein Bild über den Verlauf der Politik der Perestroika vermitteln und einen Einblick in die Debatten geben, die im Politbüro des ZK der KPdSU und in anderen oberen Leitungsorganen der Sowjetunion geführt worden sind. (Übersetzungen: Horst Richter.)

Auszüge aus dem Referat von Gorbatschow auf dem Plenum des ZK der KPdSU, das am 23. April 1985 stattfand

Gorbatschow war im März 1985 zum Generalsekretär der KPdSU gewählt worden. Auf dem April-Plenum hielt er in dieser Funktion seine erste Rede. Mit ihr begann faktisch der neue Kurs der Partei, die Politik der Perestroika. Das Plenum beschloss, den XXVII. Parteitag für den 28. Februar 1986 einzuberufen.

(S. 15) »... Der bevorstehende XXVII. Parteitag der KPdSU wird zweifellos richtungweisend für die Entwicklung unseres Landes sein ...Die wirtschaftliche Entwicklung des Landes verstärkte in den letzten Jahren unangenehme Tendenzen, es entstanden nicht wenig Schwierigkeiten ... worin bestehen diese Schwierigkeiten?

Es zeigte sich der Einfluss natürlicher und einer Reihe äußerer Faktoren. Aber das Wichtigste, so ist anzunehmen, besteht darin, dass sei-

nerzeit nicht mit der gebührenden Aufmerksamkeit die Veränderungen in den objektiven Bedingungen der Produktion, die Notwendigkeit der Beschleunigung ihrer Intensivierung, der Übergang zu neuen Methoden der Wirtschaftsführung eingeschätzt worden sind. Und was besonders wichtig ist, es gab keinen festen Willen, grundlegende Maßnahmen auf dem Gebiet der Wirtschaft auszuarbeiten und diese umzusetzen. Es ist notwendig, Genossen, tief und bis zum Ende die entstandene Situation zu erkennen und äußerst ernsthafte Schlussfolgerungen zu ziehen.

Die Hauptfrage besteht darin, wie und auf wessen Kosten es erreicht werden kann, die ökonomische Entwicklung zu beschleunigen... Die Aufgabe, das Wachstumstempo zu beschleunigen, ist lösbar. Wenn wir in das Zentrum unserer Arbeit die Intensivierung der Wirtschaft und die Beschleunigung des technischen Fortschritts, die Veränderung der Leitung und Planung, die Struktur- und Investitionspolitik, überall die Verbesserung der Organisation und Disziplin, die Veränderung unseres Arbeitsstils stellen.«

Politbüro, 20. Juni 1985

»Über Ergebnisse einer Beratung zur Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts«

(S. 15) *Gorbatschow*: »Ich erinnere mich, erstmalig wurde die Frage über die Einberufung eines Plenums über den wissenschaftlich-technischen Fortschritt in einer Rede von Breschnew anlässlich der Verleihung eines Ordens an die Ukraine im Jahr 1975 aufgeworfen. Seit dieser Zeit ist diese Frage mehrfach gestellt worden. Der letzte Versuch, ein Plenum zum wissenschaftlich-technischen Fortschritt einzuberufen, ist – wie euch bekannt – am Ende des vergangenen Jahres unternommen worden. Aber dieser Versuch ist nicht bis zum Ende geführt worden.«

Ryshkow: »Heute besteht die Möglichkeit, ernsthaft diese Prozesse zu beeinflussen. Das ökonomische Denken ist zurückgeblieben, es befindet sich im Zustand der Lethargie. Jene, die die neue Lage nicht verstehen, sollten gehen.«

(S. 16) *Gorbatschow*: »... Die Lage im Land ist günstig, sie erlaubt uns, Partei und Volk mitzunehmen, zu führen, obwohl noch nicht alle verste-

hen, wie der Prozess ist. Es darf aber nicht eine Einstellung dazu geben, wie es früher war: Es wurde ausgeholt, aber nicht zugeschlagen. Viel Zeit haben wir verloren. Es darf nicht gezögert werden. Im Zentrum der Aufmerksamkeit müssen Wort und Tat stehen ... Besonderer Aufmerksamkeit bedarf das Leitungssystem. Der Wirtschaftsmechanismus bremst, er weist den wissenschaftlich-technischen Fortschritt ab, er ist nicht seine Stütze. Die Ministerien werden ihrer Rolle nicht gerecht.«

*Beschluss des ZK der KPdSU über die Vorbereitung des XXXII. Parteitag
der KPdSU, 28. Nov. 1985*

(S. 19) *Gorbatschow*: »Eine gewaltige Arbeit steht vor uns, sie beruht auf einem neuen Herangehen und auf neuen Methoden. Fehl am Platz ist Trägheit, sich sonnen in Erfolgen. Die Kräfte sind anzuspannen. In diesem Zusammenhang möchte ich die Frage ansprechen über Vollständigkeit und Zuverlässigkeit von Informationen. Sowohl von den Ministern als auch von den örtlichen Organen gibt es schön gefärbte und gefälschte Informationen. Es wird gelogen. Schönfärberei wird in Wahlkampagnen praktiziert und auch auf Plenartagungen des ZK. Es ist notwendig, Schluss zu machen mit Schönfärberei, Wiederkauen und Gefälligkeit.«

Politbüro, 23. Januar 1986

*Beratung über den Entwurf des Referates des Generalsekretärs auf dem
XXVII. Parteitag der KPdSU*

(S. 25) *Ryshkow*: »Es ist gut, dass das Thema ›Gerechtigkeit‹ behandelt worden ist. Der Terminus ›Sozialistische Selbstverwaltung‹ ist besser als ›sozialistische Demokratie‹. Das ist nach Lenin. Es ist nicht notwendig, einer ›allgemeinen Demokratie‹ nachzureden; die Werktätigen dürfen nicht passive Gehilfen sein.

Das Problem des sozialistischen Eigentums – es ist gut, dass es mit dem Problem der sozialistischen Selbstverwaltung in Verbindung gebracht wurde. Jahrzehntelang haben wir über das sozialistische Eigentum gesprochen, aber theoretische tief ist diese Frage noch nicht geklärt

worden. Im Referat werden Elemente der Entfremdung angesprochen. Bisher haben wir uns dazu abstrakt verhalten. Aber das ist ein sehr wesentliches Problem.«

Politbüro, 20. März 1986

Über den ökonomischen Mechanismus im Agrarsektor. (Es ging um die individuelle Nebenwirtschaft auf dem Dorf)

(S. 28) *Gorbatschow*: »Bei uns geht es nach alter Art um die individuelle Arbeit, die Angst der Nebenwirtschaft. Untergraben wir damit nicht die Kolchosen? Als ob der Sozialismus einer Gefahr ausgesetzt sei! Mir wurde mitgeteilt, dass in Waldai im Nowgoroder Gebiet die Geschäfte leer seien, aber das wird nicht gefürchtet. Aber wenn sich jemand bemüht, dass sie nicht leer bleiben, dann wird sofort Panik gemacht.

Es besteht kein Grund, sich zu fürchten. Lenin fürchtete sich nicht, als der Staat noch schwach war, es noch keinen staatlichen Sektor gab. Aber bei uns?

Es ist notwendig, nicht standardmässig heranzugehen. Die Schärfe der Probleme erfordert ihre Lösung. Es muss ernsthaft noch mal die Leninsche Idee von den Genossenschaften, von dem Aufschwung der Mittelbauern studiert werden. Ich versichere euch, ihr werdet sehen, es gibt noch viel zu realisieren von dem Leninschen Gedankengut. Wir haben die Genossenschaften so mundtot gemacht, dass nichts mehr übrig blieb.«

Beratung im ZK der KPdSU über die Ergebnisse des XXVII. Parteitages der KPdSU (Sekretäre und Abteilungsleiter und Mitarbeiter des Apparates des ZK). 10. März 1986

(S. 27) *Gorbatschow*: »Der Parteitag findet in einer neuen Atmosphäre statt, parteilich, offenherzig, ohne Angst etwas zu sagen, was vorher nicht abgesprochen war. Die früheren Parteitage und Plenartagungen erinnerten an Theateraufführungen, die bis zur Dosierung des Beifalls gut inszeniert worden sind.«

Politbüro, 22. Mai 1986

Über die Überwindung der Folgen von Tschernobyl (Die Katastrophe ereignete sich am 26.4.1986 im Atomkraftwerk)

(S. 38f.) *Gorbatschow*: »Wir stießen auf das Phänomen der Gewohnheit und der erstaunlichen Verantwortungslosigkeit. Mit aller Strenge müssen wir uns verhalten. Wir stehen unter der Kontrolle des eigenen Volkes und der ganzen Welt. Das, was passiert ist, berührt uns alle. Wir sind mit den Folgen der administrativen Psychologie konfrontiert worden, die darin besteht, dass die Mensch nicht über ihre technologischen Verpflichtungen hinaus blicken. Alle sollten wissen, der, der sich verantwortungslos verhält und undiszipliniert ist, darf nicht mit Gnade rechnen. Wir werden uns vor keinem beugen ..., der gesamten Welt sagen wir offen, was geschehen ist.«

Politbüro, 5. Juni 1986 über Tschernobyl

(S. 42) *Gorbatschow*: »Tschernobyl berührt alle: Alle Ministerien, alle Mitglieder des ZK, den gesamten Apparat des ZK. Wichtig ist die soziale Seite des Ereignisses. Ich bin sehr besorgt, was die Arbeit der Regierungskommission angeht, die sich mit den Ursachen der Katastrophe beschäftigt. Im Politbüro werden wir umfassend und streng die Frage stellen und es nicht zulassen, dass man uns erpresst mit professionellen Argumenten, die der Sache nach nichts anderes sind, als Rechtfertigungen.

Offensichtlich sind Verantwortungslosigkeit und Disziplinlosigkeit. Es muss absolut ausgeschlossen werden, dass sich Ähnliches wiederholt. Schon jetzt spüren wir die Folgen und den Schaden. Der Produktionsverlust beträgt 1,8 Mrd. Rubel. Der Verlust am Objekt selbst, ca. 2 Mrd. Rubel. Mit einem Wort, es handelt sich um eine schwerwiegende Angelegenheit.«

Politbüro, 13. Juni 1986

Fragen zur Vorbereitung des Plenums des ZK

(S. 45) *Gorbatschow*: ... unser Lebensniveau ist wie in Bulgarien. Es entsteht die Frage: Wie können wir das Lebensniveau erhöhen? Und

wo stoßen wir auf Widerstand. Das Wichtigste ist die Hinwendung zur Intensivierung der Produktion. Hätten wir das erforderliche technische Niveau, hätten wir auch Reserven. Aber bei uns ist die Materialintensität des Nationaleinkommens 1,5 bis 2 mal größer als in den kapitalistischen Ländern. Die Arbeitsproduktivität ist mehrfach niedriger. Es gibt solche Projekte, die schon im Keim veraltet sind. Werden sie verwirklicht, dann konservieren wir den Rückstand für 25 Jahre. Der Plan darf nicht angebetet werden. Man muss immer bereit sein, ihn zu korrigieren, wenn es der wissenschaftlich-technische Fortschritt erfordert.«

23. Juli 1986

Beratung Gorbatschows mit den Sekretären des ZK, den Abteilungsleitern des ZK und Mitarbeitern

(S. 46f.) *Gorbatschow*: »Es ist bekannt: So wie der 1. Sekretär, so ist die Republik, so wie der Pope, so ist die Kirche. Ohne kleine Revolution in der Partei gelingt nichts, denn die reale Macht haben die Parteiorgane... Wir müssen uns ständig an die Auswirkungen des Einparteiensystems erinnern. Wenn niemand kontrolliert wird und wir das nicht können, verwandelt sich der Parteiarbeiter in einen Beamten.

[...] Instruktionen werden nicht befolgt, Initiativen jeder Art erstickt. Das, was verändert werden kann, muss sofort verändert werden. Minimum ist, das Menschen, die einen Beitrag leisten, nicht im Gefängnis landen. Der Apparat soll die Leitung mit Ideen bedienen, aber wenn er im entscheidenden Moment keine Persönlichkeiten hat, dann ist er für die Perestroika kein Apparat, sondern Ballast. Das Volk duldet auf seinen Schultern keinen Apparat, der nichts für die Perestroika tut.«

Jakowlew: »Die wissenschaftlich-technischen Informationen, die wir aus dem Ausland erhalten, liegen leblos rum. Alle sagen, der Prozess der Perestroika verläuft krankhaft. Jawohl, Flügel sind gewachsen, aber der Fuß lahmt. Das gesellschaftliche Bewusstsein hat sich entfaltet, frei gemacht. Für die neuen Ideen sind aber tragfähige Füße erforderlich ...

Während dieser Zeit ist nicht ein Artikel erschienen zu solchen Themen: Wie ist der qualitativ neue Zustand unserer Gesellschaft? Wie sollen die Ware-Geld-Beziehungsstärken wirksam gemacht werden? Was ist die

Psychologie der Umgestaltung? Worin besteht der menschliche Faktor? Es wird gesagt, es finden sich keine Autoren. 20 Jahre lang wurde über etwas anderes geschrieben.

Der Übergang des gesellschaftlichen Bewusstseins in einen neuen Zustand ist schwieriger als der in der Wirtschaft. Die Perestroika in der Ideologie vollzieht sich sehr langsam. Die Führungskräfte auf diesem Gebiet sind zu 90% ausgetauscht worden. Einige haben sich bewegt. Viele setzen aber das Alte fort, vor allem in der Erziehung und Ausbildung. Nach wie vor halten wir Vorträge vor den Nichttrinkern über die Schädlichkeit des Alkohols, überzeugen die Atheisten, dass es keinen Gott gibt. Und denen, die diszipliniert sind, flößen wir ein, wie wichtig Disziplin ist. Die alte Krankheit, Ideen tot zu reden. Intensivierung, Perestroika, Beschleunigung, konnten wir in jedem Sender, von jeder Tribüne und von jeder Leinwand hören. Die Menschen hören das schon nicht mehr. Vom Klischee zur Analyse sind wir nicht übergegangen.«

Politbüro, 25. Sept. 1986

Über die Verstärkung des Kampfes gegen das Verbrechen

(S. 70) *Gorbatschow*: »Mir liegen folgende Zahlen vor: Es wächst wie ein Schneeball die Anzahl der Straftaten von Diebstahl, Verschwendung, Fälschungen und Räubereien.

Es verringert sich die Zahl der Verbrechen, die mit Totschlag und Zerstörungen verbunden sind. Was soll mit der großen Masse der Häftlinge geschehen?

Im zaristischen Russland betrug in der Zeit von 1902 bis 1914 die Anzahl der Häftlinge im Durchschnitt 108 Tausend. Bei uns sind es 10mal mehr. Und das im Sozialismus. Bei uns gibt es, wie nirgends in der Welt, Urteile, die mit Freiheitsentzug enden. Was soll's – ab ins Gefängnis. 45.000 Urteile bis zu 3 Jahren, darunter 96.000 Frauen... In's Gefängnis sollen nur die, die wirkliche Verbrechen begangen haben, die für die Gesellschaft gefährlich sind.«

(S. 71) »Aus den Gefängnissen sind die politischen Häftlinge zu entlassen. Sie sitzen wegen Worten im Gefängnis, die auch ich, der Generalsekretär, öffentlich äußerte...«

Politbüro, 16. Okt. 1968

Über die Ergebnisse der Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes

(S. 78) *Gorbatschow*: »Der Plan ist schon 9 Monate gescheitert. Hochtraubend erklären wir: »Wir wissen auch warum«, Ja, wir wissen es, wir tun aber nichts. Der allergrößte Fehler und die allergrößte Gefahr – das ist das *Nichtstun*. Wenn auch ein Fehler unterläuft bei irgendeiner Tätigkeit. Aber, wenn nichts gemacht wird – dann ist es ein Verbrechen.

Wir verfahren jetzt so: Wir werden jedes Quartal prüfen, ob der Leiter tauglich ist, oder nicht. Wenn nicht, muss er gehen.

Die Gewohnheit, auf Anweisung hin zu warten, ist auf der gesamten Stufenleiter, vom Ministerium bis zum Meisterbereich, noch nicht überwunden.

Schaut euch an, welche Beziehungen bei uns untereinander bestehen. Birjukowa, [Sekretärin des ZK der KPdSU, verantwortlich für die Leichtindustrie – H. R.] fordert von Talysin [Vorsitzender der staatlichen Plankommission – H. R.] Ressourcen, um die Arbeitsproduktivität in der Stoffherstellung um 30 % zu erhöhen. Damit soll die Nachfrage gedeckt werden. Talysin antwortet ihr – das kann ich nicht. Ich gebe dir 25 %. Vielleicht auch nur 5 %. Dann müssen wir eben ohne Hosen rumlaufen. (Gelächter).«

Zur Einführung der vollen wirtschaftlichen Rechnungsführung in der Automobilindustrie

(S. 79) *Gorbatschow*: » ... Die volle wirtschaftliche Rechnungsführung, bis zum logischen Ende verwirklicht, wirft viele Fragen auf. Es kann sogar bis zum Bankrott der Betriebe kommen.«

Politbüro 23. Oktober 1986

Über die Umgestaltung der ökonomischen Beziehungen im RGW

(S. 81) *Gorbatschow*: »Konvertierbare Währung innerhalb des RGW – Was können wir und die anderen dafür kaufen? Weshalb brauchen wir eine konvertierbare Währung? Jetzt obliegt uns die Verteidigung der Gemeinschaft, die Energetik ebenfalls. Es gibt bei uns keine Konzeption der so-

zialistischen Gemeinschaft. Es wird über einen neuen Typ der Beziehungen gesprochen, aber was ist das, der neue Typ? Wir können nicht von unserer Rolle abweichen – wir müssen uns aber dem Problem stellen, wohin zugehen ist.

Hier die wichtigsten Punkte:

1. Die Kardinalfrage: Verteidigung und Entwicklung

Wir müssen alles zusammen verkräften, einige Freunde haben aber begonnen, die Ausgaben für die Verteidigung zu verringern.

2. Der Westen und der RGW. Die Lehren und Perspektiven der Entwicklung sind so und so,

3. Die rückständigen und entwickelten Länder in der Gemeinschaft (Kuba, Mongolei, CSSR) und DDR«

Ryshkow: »Wir haben mit den Freunden darüber gesprochen, dass wir gemeinsam helfen; aber faktisch unterstützen wir allein Kuba, Vietnam u. a. Nehmen wir die Verteidigung:

5 Millionen kostet ein Flugzeug. Aber sie nehmen es fertig umsonst. Oder, alle sind Schuldner. Polen: Alle sehen, was dort passiert ist. Jetzt Ungarn. Es steht am Rand. Bulgarien verhinderte es, vor dem Abgrund zu stehen. Wir haben geholfen.

Es gibt die Flucht in den Westen – in die Falle. Aber wir empfehlen den Ausweg – die Integration. Sie wollen nicht. Alle Bürokratie wird in Gang gesetzt, um diesen Prozess zu verhindern. Die Konzeption bei ihnen: An die Elektronik haben sie sich geklammert, Delikatessen wollen sie haben, aber wir stützen sie mit unserer Kohle, mit Erdöl und Metall.

»Der allgemeine Markt« bewirkt die Spezialisierung der Länder. Warum machen wir das nicht? Wir haben keine politisch-ökonomische Konzeption.«

Gorbatschow: »Es steht eine Beratung der Leiter der Länder des RGW bevor, die es bisher noch nicht gegeben hat. Auch hier befinden wir uns in einer Etappe des Umbruchs.«

Politbüro, 27. Oktober 1986
Über Briefe von Werktätigen

(S. 85) *Gorbatschow*: »Viele herzerreißende Briefe, die an mich gerichtet worden sind. Hier z. B. einer aus Leningrad: Mir, und nicht nur mir, gefällt es nicht, welche Innenpolitik Sie durchführen. Viel zu viel Worte. In jeder Stadt wohin Sie fahren, verlieren Sie schöne und richtige Worte. Es ist angenehm, Sie zu hören, aber die Wirklichkeit ist ganz anders. Als ob wir besser wohnen, besser arbeiten würden? Keinesfalls. Ich verstehe voll die Schwierigkeiten, die mit Tschernobyl und Afghanistan entstanden sind ... Aber egal, so kann man nicht weiter leben. Bei Ihnen kann der Gedanke aufkommen, dass ich gehässig gegen die Politik des Antialkoholismus bin. Keinesfalls. Mit beiden Händen bin ich dafür. Aber, das Problem der Trinkerei ist nicht gelöst, im Gegenteil, es hat sich verschärft.

Dasselbe gilt für den Beschluss über nicht erarbeitete Einkünfte. Am Anfang lief es ganz gut. Und jetzt? Gegen wen kämpfen wir? Gegen die, die mit ihren Händen Obst und Gemüse anbauen. Weshalb? Aber gegen die, welche die Hände nicht heben, gegen die gehen wir nicht vor ... Michael Sergejewitsch, ich glaube an Ihren Verstand, an Ihre Parteilichkeit, ich bitte Sie, tun Sie etwas, unterbinden Sie, dass Nutznießer und Egoisten die Macht ausüben. Geben Sie jungen Familien Wohnungen, die in Gemeinschaftswohnungen ihre Bleibe haben, beseitigen Sie die Schlangen in den Geschäften.

Ein Brief aus Moskau: Ihre utopischen Projekte zur Rettung Russlands bringen uns zur Verzweiflung an der Politik der Partei: Sehen Sie nüchtern, wo ist das Land angekommen. Ringsum blühen Korruption und Spekulation. Das große Reich ähnelt immer mehr der Rus, die von Baty⁵⁰ zerstört worden ist.

Ein anderer Brief, er betrifft die Besuche von Mitgliedern des Politbüros.

Ich bin 82 Jahre alt. Ich habe erlebt, wie 1912 oder 1915 der Zar mit seiner Familie die Stadt Tula besucht hat. Niemand hat uns von der Straße weggejagt. Wir haben ihn gelassen begrüßt. Aber als Genosse Ligatschow nach Almetewsk kam, erschien eine Masse Milizionäre. Die Menschen wurden weggejagt, sie durften sich nicht in der Nähe der Vorbeifahren-

⁵⁰ Baty (1208–1255), Enkel von Tschinggis-Can. Er führte das mongolische Heer nach Ost- und Zentraleuropa. Gründer der »Goldenen Horde«.

den aufhalten ... Im Übrigen mögen öfter die hauptstädtischen Funktionäre unsere Stadt besuchen, denn dann wird die Stadt vom Schmutz befreit und für zwei Tage gibt es 1,2 kg Wurst auf einen Talon.

Politbüro, 30. Oktober 1986

Über den Planentwurf zur ökonomischen und sozialen Entwicklung im Jahr 1987

(S. 89) *Gorbatschow*: »Im Jahre 1985 haben wir 13 Mrd. Rubel durch gesunkene Preise für unseren Export verloren. Das Jahresdefizit beträgt in Valuta 5–6 Mrd. So etwas hat es in unserer Geschichte noch nicht gegeben. Der Import hat sich in 2 Jahren von 24 Mrd. auf 15 Mrd. reduziert.«

Ligatschow: »Die Finanzwirtschaft unseres Landes befindet sich in einer schwierigen Lage, um es nicht noch drastischer zu formulieren. Aber der Apparat ist nicht fähig, ökonomische Methoden für die Leitung der Wirtschaft anzuwenden.

1985 wurde Wodka verkauft in einer Gesamtsumme von 11 Mrd. Rubel; 1984 betrug der Verkaufserlös von Wodka 54 Mrd. Rubel. Von Mai bis August sind in diesem Jahr 365 Tausend weniger an Wodka gestorben, als in derselben Zeit des Vorjahres ...Bei uns gibt es 4,5 Mill. Alkoholsüchtige. Pro Kopf werden im Jahr für das Trinken 155 Rubel ausgegeben, das sind 600 Rubel für eine Familie und 2 Rubel pro Tag.«

Beratung über die Vorbereitung des Vortrags zum Plenum des ZK über Kaderfragen 19. November 1986

(S. 98) *Gorbatschow*: »Die Perestroika fassen wir als Umgestaltung der Gesamtheit der gesellschaftlichen Verhältnisse auf, aller Sphären der Gesellschaft, nicht nur der Wirtschaft, sie schließt auch die Gesundheit der Partei ein. Es muss offen gesagt werden, die Schlüsselaufgabe, auf der die gesamte Perestroika beruht – das ist die Kaderpolitik ... Wir müssen den Vortrag nutzen (darin sehe ich die unbedingte Notwendigkeit), um noch einmal in dieser historischen Etappe über unsere Wahl zu sagen, dass es keine Alternative gibt. Eine andere Alternative führt unser Land wer weiß wohin. Es muss gesagt werden, dass Zeitverlust die negativen Tendenzen konserviert mit ernsthaften Folgen für das Schicksal unseres Volkes und

Staates ... Die Perestroika ist erforderlich, sie ist keine Ambition der obersten Führung. ...

Eine Schlüsselidee muss die Demokratisierung unserer gesamten Kaderarbeit sowohl in der Partei als auch in der Gesellschaft sein, einschließlich der Wirtschaft Dazu muss ein entsprechender Mechanismus ausgearbeitet werden, z. B. die Kaderrotation – vertikal und horizontal, damit kein Stillstand eintritt. Wir sollten das Thema der ›Stammkader‹ aufgreifen. Sobald der Beamte im Sessel sitzt, im Führungssessel, will er außer Privilegien nichts mehr wissen. Der Missbrauch der Dienststellung, das Verschaffen persönlicher Privilegien aus ihr – diese gegenwärtige Wiederbelebung muss ausgemerzt werden. Und das Wichtigste: Niemand darf damit rechnen, dass er ewig auf seinem Posten bleibt. Mit einem Wort: Das Plenum muss eine Wende herbeiführen.«

Politbüro, 4. Dezember 1986

Über Umfang und Ordnung der Fleischversorgung zu Preisen auf dem Kolchosmarkt

(S. 101) Der Vorschlag des Finanzministeriums, eine Reihe Preise für Fleischerzeugnisse im kooperativen Handel zu erhöhen, hat im Politbüro zu einem heftigen Streit geführt. Die Ausgangslage bestand im Folgenden: Ligatschow, Worotnikow und Schewardnadse waren gegen die Preiserhöhungen, sie argumentierten: Die Preiserhöhungen rufen Unruhen hervor. Gorbatschow, Ryshkow u. a. waren für die kooperativen Preise.

Gorbatschow: » So eine Situation gab es Jahrzehnte nicht im Politbüro«.

Ryshkow: (Warf dem ihm gegenüber sitzenden Ligatschow etwas zu): »Die Umgestaltung hat viele erschreckt. Im Namen derer trittst Du auf, die auf Kosten des Sozialismus leben. [Ligatschow ist gemeint – H. R.]».

Ligatschow (zu Ryshkow): »Weißt du, dass 25 Millionen mit 50 Rubel im Monat leben müssen? Sie haben mitunter weniger. Und dazu noch 50 Millionen, die weniger als 80 Rubel haben.

Gorbatschow: »Bis zum Handgemenge kam es im Politbüro. Es kam zu ernsthaften politischen Meinungsverschiedenheiten ... Beenden wir die

Debatte ... Ich kann die Genossen nicht überzeugen. Das Finanzministerium wird beauftragt, für 1987 dem Politbüro eine neue Vorlage einzureichen.«

Politbüro, 21./22. Januar 1987

Diskussion über den Entwurf des Gesetzes über den Betrieb

(S. 117) *Gorbatschow*: »Es ist eine Schlüsselfrage. Der Betrieb – das ist die wichtigste Zelle. Sein Verhältnis zum Staat bestimmt die gesamte Ökonomie. Hierin besteht unser großes Interesse. Fehler dürfen wir uns nicht erlauben. Das berührt das ganze Volk. Viele Beschlüsse wurden nach dem April-Plenum und dem XXVII. Parteitag angenommen. Aber nur wenige berührten die ganze Gesellschaft ... und jetzt dieses Gesetz. Es wird die Rechte der Sowjets, des Staatsplanes und der Minister bestimmen. Ohne Zentrum können weder Betriebe bestehen, noch Preise festgelegt oder Bilanzen aufgestellt werden. Auf der anderen Seite werden den Betrieben Zügel angelegt, die sie ersticken ... Es gibt eine absolute Entfremdung des Menschen von seinem Betrieb. Und hier sitzt das Politbüro und bepflastert sich gegenseitig mit Zitaten [gemeint sind Zitate, die Gromyko aus der »Ökonomischen Enzyklopädie über den Betrieb anführt – H. R.]. Notwendig ist eine Analyse auf dialektischer Grundlage, auf der Grundlage der Interessen der Arbeiterklasse, der Bauern, aller Werktätigen. Und bei uns? Worotnikow bringt das eine Zitat, Gromyko das andere. Theoretisch ist noch an dem Vortrag zu arbeiten.

Politbüro, 5. Februar 1987

Über Kooperativen auf dem Gebiet der Versorgung und der öffentlichen Speisung

(S. 125f.) *Gorbatschow*: »... Selbstverständlich, das allgemeine Volkseigentum ist die Hauptstütze für die Verteidigung und für die staatliche Leitung. Aber die Geringschätzung der kleinen individuellen Produktion wie auch der Genossenschaften ist durch nichts gerechtfertigt: Weder theoretisch, noch politisch, praktisch oder ökonomisch. Im Großen und Ganzen gesehen, im Maßstab der gesamten Wirtschaft ist ihr Anteil gering. Aber das ist eine solche Produktion, deren Fehlen sich auf die Stimmung der

Bevölkerung auswirkt, auf ihr Sein, wenn es keine Zahnbürsten, keine Nägel und kein Garn gibt. Es ist eine flexible, eine demokratische Form der Produktion ... Wir sind in unseren Dogmen erstarrt. Viele Menschen sitzen bei uns in Büros, sie machen nichts und niemand braucht sie. Sie sollten in den Kooperativen arbeiten. Steuern sollten erhoben werden, aber differenziert.« [In den Kooperativen wurde ein 2. Arbeitsverhältnis eingegangen. Es wurde vorwiegend abends gearbeitet. Umstritten waren die Eigentumsverhältnisse in den Kooperativen –H. R.]

Politbüro, 17. April 1987
Über die Besteuerung der individuellen Arbeit

(S. 146) *Gorbatschow*: (An den Finanzminister Gostew) »Wie nun, werden wir ersticken oder leben? Boris Iwanowitsch, es ist nicht notwendig, sich vor der Anwendung nichtüblicher Dinge zu fürchten. Geld ist vorhanden, aber es ist notwendig, dass es arbeitet. Keinen sauberen, sondern einen schmutzigen Sozialismus schaffen wir. Wie hat Lenin entschieden? Großindustrie und Macht – das haben wir. Gewährt den Bürgern volle Initiative und den Unternehmen volle Freiheit. Und das ist Sozialismus. Bei Lenin war alles klar. Aber bei uns gibt es bis jetzt keine Klarheit. Viel Initiative ist nach Lenin verloren gegangen. Nägel kann man nirgends kaufen, die in der Nebenwirtschaft erzeugte Milch findet keinen Abnehmer, Werkzeuge sind nirgends erhältlich. Aber auf die individuelle Nebenwirtschaft schauen wir mit dem Verdacht, dass sich ja niemand bereichert.

So, wie sich jemand für die individuelle Nebenwirtschaft entschieden hat, sind wir sofort dabei: Er ist ein Parasit, ein Kulak; gebt ihm eins auf den Schädel ...

Gebt über diese Sitzung des Politbüros eine Information für die Presse, aber so, wie es hier gesagt wurde ... Die örtlichen Führer und Bürokraten sollten sich aus ihren Sesseln erheben. Sie unterdrücken die individuelle Tätigkeit, scheuen sich aber nicht, auf direkten Wegen die besten Waren aus den Geschäften zu holen ...«

Politbüro, 9. Juli 1987

*Über die mangelhafte Versorgung der Bevölkerung mit Baumaterial und
Reparaturleistungen*

(S. 173) Es referierte L. A. Woronin, Stellv. Ministerpräsident und Vorsitzender des Komitees für Materialbeschaffung. Der Sinn seines Vortrags bestand darin, dass alles vorhanden sei, es nur an der Verpackung und am Transport fehle.

Gorbatschow: »In den letzten Jahren haben wir diese Frage drei Mal behandelt. Aber sie offerieren uns: »Erhöhung, Verstärkung, Verbesserung. Alle früheren Festlegungen sind hintergangen worden. Das Politbüro, der Ministerrat fassen Beschlüsse, um das Schicksal des Volkes zu entscheiden, und den Menschen zu helfen, ihr Leben zu gestalten.

Die Menschen schicken uns viele Briefe, in denen sie ihre Enttäuschung ausdrücken. Hier ein Brief aus Tjumen. Um eine Wohnung zu renovieren, ein Haus fertig zu bauen, muss man stehlen. In Tjumen gibt es für 10 Positionen Baumaterial. Der Rest wird auf ungesetzliche Weise besorgt. Wie lange sollen wir im Politbüro noch sitzen und die Mitglieder der Regierung überzeugen? Wir brauchen in den Ministerien keine Menschen, die nicht Willens sind, die Beschlüsse des ZK zu erfüllen. Sind die Beschlüsse gefasst, sind sie zu erfüllen. Ansonsten geht.

An solchen kleinen, aber lebenswichtigen Dingen sollen die Menschen merken, dass der Prozess der Perestroika läuft. Die Statistik traktiert uns mit Tonnen, Trillionen, aber die Menschen gehen in die Geschäfte und dort gibt es nichts. Keine Milch, kein Fleisch, kein Baumaterial.

Mit einem Wort: Es ist das letzte Gespräch. Wir werden die Verantwortlichen absetzen.«

Politbüro, 15. Oktober 1987

Beratung über den Entwurf des Referates von Gorbatschow zum 70. Jahrestag der Oktoberrevolution

(S. 214f.) *Gromyko:* »Was wird im Referat ausgesagt? Vom Anfang bis zum Ende dominiert der Gedanke: Es gibt einen Kapitalismus, und es gibt einen Sozialismus, der vor 70 Jahren geboren wurde. Er hat niemand um Erlaubnis gebeten, er ist auf der Welt als Frucht des objektiven Prozesses

der Menschheit, und in 1000 Jahren wird der Sozialismus Wohl für das Volk und die ganze Menschheit bringen.

Wie viel Wendepunkte gab es nicht, durch die die Sowjetunion gegangen ist?

Wie auch die Schattenseiten während der Zeit des Personenkults jetzt hervorgekehrt werden, wie auch die Verbrechen dieser Zeit gebrandmarkt werden, es ist erforderlich, die positiven Seiten unserer Geschichte zu sehen. Die Partei sicherte den Sieg im Krieg, das Überleben des Sozialismus und seine weiteren Erfolge.

Aber jetzt führen wir die Perestroika durch, weil es etwas umzugestalten gibt.

... Ich habe keinen Zweifel daran, dass die Rolle Stalins im Referat richtig eingeschätzt worden ist. Richtiges ist auch gesagt worden über Willkür und Gesetzlosigkeit. Das muss mit ganzer Genauigkeit gesagt werden.

... Der Personenkult hat unser Ansehen beschädigt. Hätte es ihn nicht gegeben, wäre unser Ansehen heute noch besser.

Gäbe es heute keinen Sozialismus mit all seiner Macht, mit all seinen Muskeln, würde der Planet bei Existenz der Atompläne der Amerikaner und Engländer in die Luft fliegen.

Wir dürfen niemals vergessen, dass wir Klassenfeinde haben.

Es ist richtig, dass das Referat sich an die Bruderparteien wendet. Die Menschen sollen aus dem Referat unsere Einschätzung der Zukunft herauslesen, die allgemeinen Bedingungen der gesellschaftlichen Entwicklung, die zur Liquidierung der Ausbeuterordnung, zum Sieg der Völker führen werden. Sie werden in einer Gesellschaft leben, von der Marx und Lenin geträumt haben.

Kommunisten sind Kommunisten. Wir glauben an die Kraft des Marxismus-Leninismus.«

(S. 279f.) *Gorbatschow*: [Er setzt sich mit Passagen aus dem Artikel von Nina Andrejewa auseinander, in dem auch die Rolle Stalins behandelt worden ist – H. R.]

»Andrejewa – Gott sei mit ihr. Wenn jemand von euch diese Philosophie predigt, dann ist es besser, er geht, damit ich nicht mit euch Demokratie spielen muss. Das sag ich euch direkt ins Gesicht.

Warum reagiere ich so scharf auf einige Bemerkungen?

Wenn man das akzeptiert, worüber Nina Andrejewa schreibt, kann man das Volk beiseite lassen. Mach das, was dir einfällt, wie in den 30er Jahren. Drei Millionen Beschuldigte, dabei – der aktivste Teil des Volkes. Millionen Erschossene. Dabei sind noch nicht jene berücksichtigt, die Opfer des Kampfes gegen die Kulaken und der Vertreibung sind. Das ist Stalin. Wie kann man sich damit versöhnen, mehr noch, wie kann man das rechtfertigen?

Wir alle sind Kinder unserer Zeit. Es fällt uns allen schwer, aus der Vergangenheit herauszukommen. Vergessen wir das Positive? Nein, wir sind aufgewachsen mit den sowjetischen patriotischen Liedern, mit den Heldentaten von Tschkalow u. a. In der 10. Klasse erhielt ich für meinen Aufsatz mit dem Thema: »Stalin unser Kampfesruhm – Stalin unsere Jugend mit Flügel« die Note 1. Wie hoffnungslos war das Volk, als Stalin starb. Ich selbst war ein und eineinhalb Tag zum Grab Stalins unterwegs ... Lebend habe ich ihn nicht gesehen, nur tot.

Wir müssen alles das verstehen, was sich in unserer Geschichte ereignet hat. Wir müssen die vergangenen Realitäten überdenken, ausgerüstet mit den grundlegenden Lehren Lenins.

... seit den 30er Jahren gab es bei uns Veränderungen, die es seit 1000 Jahren nicht gegeben hat. Wir waren ein Bauernland. Wir wohnten unter Strohdächern. Ich bin damit nicht einverstanden, dass die Sowjetmacht nichts getan hätte. Wir dürfen aber auch nicht die dunklen Seiten, die fürchterlichen Dinge verschweigen, die es damals gegeben hat. Wir verfügen über Material, das belegt, wie Stalin, Molotow, Kaganowitsch, Worchilow, Shdanow, Malenkow und Chruschtschow nach Listen Unschuldige zum Erschießen abkommandierten. Oft stand als erste Unterschrift auf den Listen der Name Molotow. Nach dem XVII. Parteitag wurde ein Drittel der Mitglieder des ZK umgebracht. Die Gebiete erhielten Quoten, wie viel Repressalien durchzuführen sind. 2000 als erste Kategorie zum Erschießen, so und soviel Tausend für weitere Kategorien. Jeder Kreis bekam ein Limit. Wieviel Parteikader wurden gedemütigt, wieviel Kader wurden zugrunde gerichtet? Wieviel Intelligenz vernichtet? Wer kann das verzeihen?!

Warum hat Chruschtschow, der vor dem XX. Parteitag begonnen hatte, die Repressionen der 30er Jahre zu untersuchen, diese Untersuchungen wieder eingestellt? Weil er selbst blutige Hände hatte. Die Mitglieder des ZK sollen das wissen. Weder bei Breschnew noch bei Andropow oder bei

Tschernenko hatten selbst die Mitglieder des Politbüros darüber keinerlei Informationen.

... Der XX. Parteitag hat zur Aufklärung der Repressionen unter Leitung von Molotow eine Kommission gebildet. Nach einem Jahr ist nichts geschehen. Molotow wurde aus der Partei ausgeschlossen. Aber bei Tschernenko wurde er rehabilitiert. Ich war schon damals Mitglied des Politbüros, aber gewusst darüber habe ich nichts.«

Politbüro, 20. Juni 1988

(S. 525) *Gromyko* [über den Rüstungswettlauf mit den USA]: »Ich bin davon überzeugt, dass unsere Verbündeten damit gerechnet haben, dass wir nach dem Krieg unsere Armee ganz auflösen und wir uns nicht auf den Weg begeben, Atomwaffen herzustellen. Aber konnte etwa die UdSSR diesen Weg beschreiten, um alle Ressourcen für friedliche Zwecke zu verwenden? Die Antwort: ein großes ›Nein‹. Sie wollten uns in Schafshörner einzwängen. Im Sicherheitsrat der UNO haben wir den Vereinigten Staaten vorgeschlagen, dass atomare Wettrüsten einzustellen. Sie haben es abgelehnt. Deshalb konnten wir uns nicht lossagen von der Herstellung von Atomwaffen und sie wollten ihre Kriegsbasen nicht verringern. Sie hatten Tausende. Im Namen der Unabhängigkeit unseres Landes konnten wir nicht anders handeln.

Zu Chruschtschows Zeiten hatten wir 600 Atombomben. Er sagte damals: ›Bis wohin sollen wir noch erhöhen?‹ Unter Breschnew hätten wir eine vernünftige Position einnehmen müssen. Aber wir haben die alte Position vertreten – sie jagen – wir jagen, wie im Sport: Wissenschaft und kluge Leute erkannten die Sinnlosigkeit dieser Jäger. Wir und sie [die USA – H. R.] haben die Jagd aber fortgesetzt. Wir sind primitiv an die Sache herangegangen. Die höchste Instanz bei uns war aber der Auffassung, wenn ein Krieg ausbricht, dann werden wir gewinnen. Wir forcieren und forcierten die atomare Rüstung. Das war unsere fehlerhafte, vollkommen fehlerhafte Position. Die politische Führung trägt dafür die volle Verantwortung. Zig tausend Milliarden haben wir für die Herstellung ›dieses Spielzeugs‹ ausgegeben; der Verstand reichte nicht aus.«

*Gorbatschow diktiert Tschernajew am 3. August 1998 während seines
Urlaubs auf der Krim eine Reihe Briefe. Darunter zur Broschüre
»Über den Sozialismus.« Gedanken fürs Gehör.*

(S. 359f.) »Jetzt, seitdem wir uns mit der Perestroika, mit der Erneuerung der Gesellschaft durch Glasnost, Demokratie u. a. beschäftigen, ist es sehr wichtig, dass begriffen wird, was aus dem Sozialismus wird. Das reale Leben wirft diese Frage auf.

Letzten Endes konnten wir – durch Glasnost, Demokratie der geistigen Prozesse, durch das Nachdenken über das Land, über seine Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft – zur Formierung der Theorie und Politik der Perestroika übergehen.

Ich bin mit jenen nicht einverstanden, die behaupten, dass wir eine solche Theorie und Politik nicht haben. Wir haben sie. Ihr Wesen besteht darin, dass wir das Wesen der sozialistischen Ordnung erkennen müssen, dass wir uns frei machen von Deformationen, von den Folgen des Personenkults, von der Stagnationsperiode, von all dem, was den Sozialismus bremste und ihm Schaden zufügte und was zur schweren Vorkrisensituation der gesamten Gesellschaft führte.

Das Herzstück unserer jetzigen Konzeption besteht darin, dass wir zurückkehren zu der Position, dass der Mensch im politischen Prozess, in der Wirtschaft und im geistigen Leben die wichtige tätige Persönlichkeit ist, dass wird das zu Ende führen, was der Oktober 1917 begonnen hat. Die Grenze der Entfremdung des Menschen von der Produktion, von der Macht, von der Weltkultur gilt es zu überschreiten. Hieraus resultiert die Notwendigkeit, die ökonomischen Verhältnisse umzugestalten, zu demokratisieren, die Gesellschaft transparent zu machen und die Politik zu reformieren.«

(S. 341) »Erinnern wir uns: Auch Lenin wurde im Zusammenhang mit der NÖP und dem Brester Frieden des Rückzugs beschuldigt. Wieviel wohlgemeinte, aber nicht gerade mit tiefen Gedanken durchdrungene Losungen gab es damals nicht, wie z. B. »Möge die Revolution zugrunde gehen, niemals aber ein Bündnis mit dem Imperialismus«. Als Lenin zur Politik der NÖP überging, haben Menschen, die Lenin ergeben waren, an die Revolution glaubten, nicht verstehen wollen, was vor sich geht, sie nahmen an, Lenin stößt das Land zurück zum Kapitalismus, zum Verlust der Revolution. Viele konnten sich damit nicht abfinden und begingen Selbstmord. Damals gab es teilweise Äußerungen, wonach die großar-

tigen Ideen Lenins als Leninscher Opportunismus bezeichnet wurden. Und deshalb heute: Da die Perestroika die praktische Ebene erfasst, taucht mit aller Schärfe das Problem auf, dass die gegenwärtige Umgestaltung sozialistisch ist. Das bedeutet, dass unbedingt die Kriterien bestimmt werden, was wir unter der Erneuerung der sozialistischen Gesellschaft verstehen.«

Politbüro, 8. September 1988
Über den Alkoholhandel

(S. 347) *Gorbatschow*: ... Für die letzten zwei Jahre können wir positive Ergebnisse verzeichnen. Aber im realen Leben läuft nicht alles so, wie es im Beschluss vom Mai 1985 festgehalten worden ist ... Selbstverständlich, an dieser Politik müssen wir festhalten. Aber was machen wir mit den Warteschlangen, mit den Spekulanten? Mögen die Säufer die Sowjetmacht und mich persönlich verfluchen. Es verwundert die Reaktion der Gesellschaft. Das Wichtigste – die Schwarzbrennereien, die Spekulation, die kolossale Spekulation. Sie spiegelt sich im Verkauf von Parfüm und Konfekt wider. In Moskau gibt es sie schon nicht mehr. Im Allgemeinen und wie immer haben wir die richtige Linie überzogen.

Um die Lage in Ordnung zu bringen, gibt es Übertreibungen. Da wir übertrieben haben, müssen wir sehen, was zu tun ist, um wieder auszubalancieren.

Wir haben jetzt schon 400 000 Verurteilte wegen Schwarzbrennerei; ein Ende ist nicht abzusehen. Ich lenke eure Aufmerksamkeit darauf, dass wir unsere eigenen Festlegungen vom 17. Mai verletzt haben: Es wurde weniger Wodka hergestellt als wir festgelegt hatten. Was den Wein angeht, da wurden unvorstellbare Sachen gemacht [u. a. die Vernichtung ganzer Plantagen auf der Krim – H. R.]. Die Wodkaherstellung ist auf das festgelegte Niveau zu bringen. Es darf keinerlei Einschränkungen bei Bier, trockenem Wein, Champagner und Kognak geben.«

Politbüro, 10. November 1988
Zu den Opfern der Stalinschen Verbrechen

(S. 359) *Gorbatschow*: »Wir haben uns im Politbüro regelmäßig mit den Opfern der Stalinschen Repressalien beschäftigt. Unlängst sind wir aber mit einer fürchterlichen Sache konfrontiert worden. Es wurde uns mitgeteilt, dass örtliche Initiativgruppen hunderte und tausende Gebeine gefunden haben. Die Gräber waren bisher nicht bekannt. Niemand wusste etwas davon. Es gibt Versuche, die Gebeine zu bergen, Gedenkstätten einzurichten usw. Dabei geht es nicht nur um das moralische Problem, das Problem der Herstellung der Gerechtigkeit und der Gedenkstätten, der Rehabilitation der unschuldigen Opfer, die in der Hauptsache einfache Menschen sind; es geht um das Problem, dass damit die Gefahr der Ansteckung und Epidemien verbunden ist. Selbständiges Handeln kann ernsthafte Folgen nach sich ziehen.«

Politbüro, 24. Januar 1989
Über den endgültigen Abzug der Armee aus Afghanistan

(S. 374) *Schewardnadse*: »Uns ist das Schicksal des Regimes nicht gleichgültig. Die afghanischen Freunde bitten darum, sie nicht ohne Hilfe zu hinterlassen. Unser Rückzug wird als große politische und militärische Niederlage eingeschätzt.«

Krutschkow [Vorsitzender des KGB – H. R.]: Er unterstützt den Vorschlag von Schewardnadse.

Tschebrikow [Sekretär des ZK – H. R.]: »Ich bin für den vollständigen Rückzug. Der nur teilweise Rückzug in Portionen 500, 1000, 2000 usw. – bringt nichts. Das ist auch militärisch gefährlich.«

Jakowlew [Sekretär des ZK – H. R.]: »Ich bin dafür, dass wir dort keine Truppen haben. Wir haben dem Volk versprochen, dass dort niemand mehr begraben wird.«

Ryshkow [Ministerpräsident der UdSSR – H. R.]: »Wir werden helfen. Es muss alles getan werden, um die festgelegte Linie bis zum Ende zu ver-

folgen. Der Fehler darf nicht weiter bestehen, schon 10 Jahre löffeln wir ihn aus. Die Verpflichtung: Rückzug, muss eingelöst werden. Sie [die Afghanen – H. R.] kommen auch ohne unsere Unterstützung 3 – 4 Monate aus. Sie müssen ihr Regime selbst verteidigen.«

Schewardnadse: »Der Fehler muss korrigiert werden, aber nicht auf jede Art und Weise. Es ist alles zu tun, damit sich Nadshib [Präsident von Afghanistan – H. R.] so lange wie möglich hält. Die moralische Verantwortung kann der Sowjetunion niemand abnehmen. Es verbleiben noch 20 Tage bis zum endgültigen Abzug. Es muss gearbeitet werden, bis zum endgültigen Abzug.«

Politbüro, 16. Februar 1989

Über Maßnahmen zur Stabilisierung der Finanzen in der Volkswirtschaft und über die Stabilisierung des Geldumlaufs

(S. 383) *Ryshkow:* »Die Mehrausgaben über die Einnahmen betragen in den letzten 3 Jahren 133 Mrd. Der Verlust aus den Preissenkungen für Erdöl belief sich auf 40 Mrd. und die Mindereinnahmen aus dem Alkoholverkauf machten die Summe von 34 Mrd. Rubel aus.

In den 3 Jahren der Perestroika wuchs der Gewinn aus der Industrie um 10 Mrd. In der Landwirtschaft hatten wir 15 Mrd. Verlust. Tschernobyl kostete uns 8 Mrd. Die Geldemission betrug 21 Mrd. 1988 hatten wir eine Emission von 11 Mrd.; das war die größte Erhöhung im Jahre seit dem Krieg. Wir haben jetzt einen Geldüberhang von 40 Mrd. der durch Waren nicht gedeckt ist. In allen Zweigen wächst der Lohn schneller als die Arbeitsproduktivität. Die innere Staatsverschuldung beträgt 314 Mrd. Der Warenfonds für nicht absetzbare Waren hat die Größenordnung von 70-80 Mrd.«

(S. 384) *Gorbatschow:* »Die Kennziffern aus dem Jahr 1988 haben uns sehr erschreckt. In einigen Fällen geben sie zu großen Sorgen Anlass. ...Es ist wichtig, die Wurzeln dafür zu sehen; sie bestehen darin, dass die wirtschaftliche Entwicklung nach wie vor auf extensiver Grundlage erfolgt. ...Wir haben, als wir die Perestroika begonnen haben, die Tiefe der Grube unterschätzt, aus der wir jetzt herauskommen müssen. ... Die Beschleunigung im Hauptglied – in der Arbeitsproduktivität – haben wir nicht er-

reicht. Wir haben unsere Möglichkeiten überschätzt, unsere Fähigkeit, in kurzer Zeit das Niveau zu erreichen, das uns in die Lage versetzt, die Last abzuwerfen, die uns die Stagnationsperiode aufgebürdet hat.«

Politbüro, 23. März 1989

Über die Lage der Wissenschaftler in der UdSSR

(S. 395) *Gorbatschow*: »...In den USA sind ein Drittel der Gelehrten für Mathematik Millionäre. Wenn wir uns um das intellektuelle Potential im Land keine Sorgen machen, ist der Preis nur einen Groschen wert. Wenn man sagt: seht das Akademiemitglied hat eine 5-Zimmerwohnung, dann ist das empörend! Soll er doch soviel haben, wie er will. Eine seiner Entdeckung gibt dem Land für viele Jahre im voraus wertvolle Erträge. Aber wir lassen uns herab, die Wissenschaftler billig zu entlohnen. ... In Amerika wären viele unserer Akademiemitglieder Millionäre. Aber bei uns müssen sie darum kämpfen, dass bei Dienstreisen ihnen die Fahrkarte bezahlt wird, dass sie ein ordentliches Leben führen können. Das ist eine Schande! Wie werden wir aussehen, wenn wir an den Kräften sparen, für sie nicht den Preis Zahlen, den sie haben?

Soziale Gerechtigkeit, das ist keine Gleichmacherei. Soziale Absicherung für die, die ihren Lebensunterhalt nicht selbst bestreiten können. Die anderen aber müssen arbeiten. Wir müssen noch lange das in uns überwinden, was seit Jahrzehnten in unserem Kopf fest sitzt: Als ob der Sozialismus eine Gesellschaft von Nichtstuern und Faulenzer sei ... Stalin hat nicht umsonst in Briefumschlägen jene Kader zusätzlich entlohnt, die ihm nützlich waren.«

Politbüro, 28. März 1989

Schlussfolgerungen aus den Wahlen der Abgeordneten der UdSSR

[Am 26.3.1989 fanden die ersten freien und geheimen Wahlen der Abgeordneten für den Obersten Sowjet der UdSSR statt – H. R.]

(S. 396) *Gorbatschow*: »Die Wahlen sind für unsere Geschichte außergewöhnlich. Sie sind ein großer Schritt bei der Verwirklichung unserer Reformpolitik und der weiteren Demokratisierung der Gesellschaft. ...

Es ist die erste Kampagne mit Alternativen. Es sind die ersten demokratischen Wahlen. Ich darf sagen, so wird es immer bei allen Wahlen sein.« [In Leningrad sind bei den Wahlen alle Partei- und Staatsfunktionäre durchgefallen. In Moskau haben fast alle Parteikader eine Niederlage erlitten. Für Jelzin stimmten 90 % der Wähler – H. R.]

Solowjow [Erster Sekretär des Leningrader Gebietskomitees der KPdSU, Kandidat des Politbüros – H. R.]: »In Leningrad sind alle sieben Leiter der Partei-, Verwaltungs- und Militärorgane durchgefallen. Es gibt bei uns Gegner, ja es gibt sie. Wir haben sie unterschätzt. Die Partei, die gesamte Partei wurde vom Fuß bis zum Kopf derartig beschmutzt, dass das nicht ohne Folgen für die Bevölkerung blieb. Ich muss sagen, dass die Wahlkampagne gezeigt hat: Es geht ein Kampf um die Macht.«

(S. 399) *Saikow* [Mitglied des Politbüros und Erster Sekretär des Moskauer Parteikomitees – H. R.]: »Das Moskauer Stadtpartei-Komitee und die Parteileitungen der Stadtbezirke befanden sich in Ungnade. Alle Abgeordneten-Kandidaten übten Kritik an der Partei und der sowjetischen Gesellschaft, bis hin zur Kritik des gesamten Systems. Wenn sich jemand für die Partei einsetzte, stand er von vornherein auf verlorenem Posten. D. h. die Stimmung richtete sich gegen die Sowjetmacht. Die Gebietskomitees der Partei waren nicht mehr arbeitsfähig. Die allgemeine Lage: ‚Du bist aus dem Gebietskomitee, hau ab‘. Es gab Anschläge auf die Sowjetfahne und Verhöhnung der Hymne.«

Pugo [Vorsitzender der Parteikontrollkommission des ZK der KPdSU – H. R.]: »Es gibt viele Angriffe auf die Partei. Es besteht die Gefahr, dass die Ergebnisse der Wahlen als Niederlage der Partei dargestellt werden. Wir dürfen diese Auffassung nicht dulden. Die Parteiorganisationen haben keinen Zuwachs an Mitgliedern. Es gibt viele Parteiaustritte. Die Jugend tritt nicht in die Partei ein.«

(S. 400) *Gorbatschow*: »Wir haben unter ausgesprochenen schwierigen Bedingungen einen großen Sieg errungen. Von einer Niederlage kann überhaupt keine Rede sein. ... Über die KPdSU: Das ist ein großes Thema. Zu behaupten, es ist gegen die Partei gestimmt worden, ist nicht richtig ... Welche Einigkeit brauchen wir in der Partei? Auf der Grundlage der Perestroika, auf der Basis eines neuen Herangehens, unter Bedingungen der

Demokratie und der Offenheit, d.h. nicht auf der Basis der Unterdrückung und des Zwangs, nicht auf der Grundlage der Angst, dass du abgesetzt und verurteilt wirst ... Die Partei hat ihre Autorität durch die Politik der Perestroika erhöht, nicht durch Furcht und Angst, sie hat sie erhöht, weil sie auf das Volk zugegangen ist und an sich selbst Kritik übt.«

Politbüro, 20. Mai 1989

Über die politische Situation vor dem Kongress der Volksdeputierten

(S. 415) *Gorbatschow*: »Jelzin führt sich ungebührlich. Es fragt sich, soll man sich mit ihm treffen oder telefonisch mit ihm sprechen?«

Ryshkow: »Keine Konfrontationen.«

Ligatschow: »Ich bin bereit, gegen Jelzin aufzutreten, entweder auf diesem Plenum oder auf dem nächsten.«

Medwedjew: »Ich bin prinzipiell gegen eine Konfrontation mit Jelzin. Alte Fehler dürfen nicht wieder gemacht werden.«

Saikow: »Weder auf dem Plenum noch auf dem Kongress sollte die Frage Erregung hervorrufen. Jelzin muss Arbeit bekommen.«

Schewardnadse: »Direkte Kontakte mit Jelzin sind jetzt nicht notwendig.«

Gorbatschow: »Wichtig ist jetzt, dass das Politbüro nicht schwankt. Mich beunruhigt das Plenum. Viele Leiter vor Ort können der Kritik nicht widerstehen, wenn sie mit ihr konfrontiert werden.«

Aus dem Plenum des ZK der KPdSU, 22. Mai 1989

Fragen des Ersten Kongresses der Volksdeputierten der UdSSR.

(S. 415) *Jelzin*: »Ich bin nicht einverstanden mit der Kritik, die Gruppe der Moskauer Abgeordneten sei als Fraktion aufgetreten. Ihr Auftreten entspricht voll der Verfassung.

Vor dem Plenum und dem Kongress der Volksdeputierten steht die Frage, darüber zu beraten, wie weiter verfahren und das Land aus der Krise gebracht werden soll. Es sind ganze und nicht halbherzige Handlungen erforderlich. Die Reform hat die Fesseln abgelegt, aber nichtkomplexe und nichtfolgerichtige Handlungen verdammen diesen Kurs zum Schwanken. Im Land ist eine revolutionäre Situation entstanden. Die Halbherzigkeit führt die Gesellschaft zur Destabilisierung. Es wächst die Unglaubwürdigkeit der Partei. Es gibt die Krise in der Wirtschaft und in den Finanzen. Die Gegenkräfte der Perestroika sind stärker geworden. Die Formierung der leitenden Parteikader entspricht nicht der Stimmung der Kommunisten. Die Demokratisierung der Gesellschaft überholt die Demokratisierung der Partei. Die Partei fürchtet das Volk. Die Unentschlossenheit eines Teils der Funktionäre resultiert aus der Opposition zur Demokratisierung der Gesellschaft. Es entsteht die Gefahr, dass sich die Partei in einen Hort der konservativen Kräfte verwandelt. Die gesamte Macht soll in den Händen des Volkes liegen.«

Politbüro, 31. Juli 1989

Über die politische und rechtliche Beurteilung der sowjetisch-deutschen Verträge vom 23. September 1939.

(S. 452f.) *Medwedjew*: »Es ist erforderlich, die Beurteilung der August- und Septemerverträge, aber auch die Verträge und Geheimprotokolle zu ihnen, auseinander zu halten. Im Baltikum befindet sich alles in einem Haufen.

Die Beurteilung der Verträge darf nicht nur aus baltischer Sicht, sondern muss generell vom Standpunkt der Welt und Europas erfolgen. Es könnte angenommen werden, dass die Verträge von 1939 nur deshalb vereinbart worden sind, um das Baltikum zu bekommen. Würden die Verträge nicht erklärt, dann würde das bedeuten, dass wir auf uns die Schuld laden, den zweiten Weltkrieg entfesselt zu haben.

Was die Protokolle betrifft, so ist es notwendig, zwischen der juristischen und historisch-politischen Seite zu unterscheiden. Die juristische Seite gibt keinen Anlass, die Protokolle zu annullieren. Meiner Meinung nach muss man aber die historisch-politische Seite analysieren.

Es gibt keine feste Verbindung zwischen den Protokollen von 1939 über die Teilung der Einflussphären und der Eingliederung der baltischen

Republiken in die UdSSR im Jahr 1940. Das wird durch die Texte der Protokolle selbst (u. a. durch den Verweis darauf, dass die Wirtschaftsbeziehung zwischen Deutschland und Litauen anerkannt werden) und durch den taktischen Verlauf der Ereignisse bestätigt. In den Geheimprotokollen wurde Finnland ja auch zur Einflussosphäre der Sowjetunion zugeordnet; es vermochte aber seine Unabhängigkeit zu behalten. Es darf außerdem nicht unberücksichtigt bleiben, dass das sowjetische Ultimatum an die Baltischen Regierungen 1940 unmittelbar vor der Zerschlagung Frankreichs und dem Einmarsch der deutschen Truppen durch das neutrale Belgien nach Frankreich gerichtet wurde.«

Gorbatschow: »Die Arbeit ist im Geist des stattfindenden Meinungsaustauschs fortzusetzen. Der Weg der Demagogen darf nicht beschritten werden. Denn dann würde es so aussehen, als ob wir wegen des armen Bauernlandes Litauen im Zweiten Weltkrieg gekämpft hätten.«

Politbüro, 4. Oktober 1989

Über die Tätigkeit der Mitglieder des Politbüros und der Sekretäre des ZK.

(S. 441) *Gorbatschow:* »Wenn gesagt wird, dass in der radikalen Wirtschaftsreform vom Zentrum Manches nicht zu Ende geführt wird, dann ist das verständlich. Das Zentrum ist bereit, das zu berücksichtigen und zu korrigieren. Aber wenn es Schlamperei in den Geschäften, auf den Straßen und in den Speisesälen gibt, wer ist da verantwortlich?! Auch das Politbüro?! Die Mitglieder des Politbüros sollen wohl mit dem Rucksack vor Ort fahren?! Das ist taktische Sabotage: Schaut, bis wohin die Perestroika geführt hat!

... In der Tat, wo sind die 18 Millionen Beamten, die Leiter, die fast ein Drittel des Haushaltes verzehren? Sie wollen uns in die Ecke stellen, damit wir untergehen, in die Sackgasse geraten ... In einer solchen Atmosphäre kommt bei den Arbeitern der Gedanke auf: Die Macht muss weg, die nicht einmal auf den Straßen Ordnung schaffen kann ... Es geht um Leben und Tod.

... Volk und Gesellschaft haben sich verändert. Nach alten Methoden kann man nicht mehr arbeiten. Wir benötigen Kader, und sie, die Willigen muss man schützen. Die Unbrauchbaren müssen gehen, sie verdienen keinen Schutz. Da spielt das Alter keine Rolle.

Kader – das ist die Schlüsselfrage in der Partei, in den Sowjets und in der Wirtschaft. Wir brauchen eine adäquate Kaderpolitik. Wenn wir nicht fähig sind, eine solche Politik zu verwirklichen, sind wir tot.«

*Beratung mit Wirtschaftswissenschaftlern am 23. Oktober und
1. November 1989.*

(S. 445–448) *Gorbatschow*: »Es ist erforderlich, dass wir uns mit ihnen beraten. Im Land wachsen die Schwierigkeiten. Die Wirtschaftsreform kommt nicht voran. Wir müssen uns Klarheit darüber verschaffen, woran das liegt. Offensichtlich ist der Moment gekommen, der erfordert, auf neue Art und Weise an viele Dinge heranzugehen.«

Aleksejew [Bekannter Rechtswissenschaftler, Vors. des Komitees des Obersten Sowjets der UdSSR zur Gesetzgebung. Gesetzlichkeit und Rechtsordnung – H. R.]. »Ich plädiere für einen demokratischen Marktsozialismus mit Nutzung sozialdemokratischer Werte.«

Schatalin [Akademienmitglied – H. R.]: »Ich spreche über mich: Ich bin Kommunist-Sozialdemokrat. Wir dürfen uns vor dem Privateigentum nicht fürchten. Die Erörterungen über die Denationalisierung – [des staatlichen Eigentums – H. R.] sind unverständlich.«

Belousow [Ökonom – H. R.]: »Dem Markt sind die Fesseln abzunehmen, aber nicht nur dem Konsumgütermarkt, sondern auch dem Produktionsmittelmarkt, denn er ist am meisten desorganisiert.«

Popow [Ökonom, Chefredakteur der Zeitschrift: Fragen der Wirtschaft – H. R.] »Ein Drittel der Bevölkerung wohnt unterhalb der Armutsgrenze. Vor dem Begriff ‚Privateigentum‘ dürfen wir uns nicht fürchten.«

Medwedjew: Wir haben jetzt verstanden, dass ohne grundlegende Veränderung der sozialistischen Eigentumsverhältnisse kein neuer Wirtschaftsmechanismus geschaffen werden kann. Denn das Wichtigste ist die Schaffung von Anreizen für die kollektive und individuelle Arbeit, die im Ergebnis der übertriebenen Verstaatlichung gebremst worden sind.«

Politbüro, 22. Januar 1990

Beratung des Projekts der Plattform der KPdSU zum Plenum des ZK

(S. 467) *Ryshkow*: »Mehrparteiensystem. Wir sind faktisch zum Mehrparteiensystem übergegangen. Einen anderen Weg sehe ich nicht. Die Volksfronten sind politische Parteien geworden. Entweder wir negieren das, oder wir kooperieren in breiter Demokratie mit diesen Parteien. Das ist die prinzipielle Frage. Notwendig ist eine klare Antwort: Gegen wen kämpfen wir und mit wem vereinigen wir uns. Außer Gesetz diese Parteien zu stellen, das ist nicht real.

... Rechte Parteien verbieten? Vier Republiken haben schon Gesetze über das Mehrparteiensystem angenommen.«

Ligatschow: »Das Einparteiensystem ist zu erhalten. Es ist eine ›Allgemeinnationale Front‹ zu schaffen, in der alle gesunden Kräfte zu vereinen sind. Die Kommunisten sollten die Schlüsselpositionen besetzen. Es muss gesagt werden, dass die Teilnahme von Kommunisten in antisozialistischen Organisationen mit der Zugehörigkeit zur KPdSU unvereinbar ist.«

Medwedjew: »Zum Mehrparteiensystem. Es darf nicht so entschieden werden: Wir erlauben es, oder wir erlauben es nicht. Unsere Position – keine Richtung zum Mehrparteiensystem. Die Partei existiert für den Kampf um die Macht. Es ist natürlich, dass jede Partei allein die Macht ausüben will. Eine andere Sache ist der objektive Prozess. Wir sollten über die Demokratisierung des Staates nachdenken. Wenn wir nicht den Staat und die Partei erneuern, dann gibt es keine Abkehr vom Mehrparteiensystem. Alles hängt von der Veränderung der KPdSU ab.«

Politbüro, 29. Januar 1990

Über unaufschiebbare Maßnahmen zur Gesundung der Finanzen und des Konsumgütermarktes.

(S. 447f.) *Ryshkow*: »Die Lage ist kompliziert, sogar kritisch. Haben wir 1989 den Höhepunkt erreicht oder nicht? Diese Frage stand im Politbüro Anfang Januar. Die Arbeit in diesem Monat hat gezeigt, dass der Höhe-

punkt 1989 noch nicht erreicht wurde, die Lage verschlechtert sich weiter. Wir haben 500 000 Flüchtlinge.

... Im Handel gilt es Ordnung zu schaffen. Der Handel in den Betrieben ist einzustellen, obwohl Moskau dagegen ist⁵¹. Der kommerzielle Handel ist auszuweiten. ... Auktionen sind zu organisieren. Auf ihnen sollten ›Wolgas‹ verkauft werden. Ansonsten werden sie auf dem Schwarzmarkt gehandelt.

Der Wodkaverkauf ist in Ordnung zu bringen. Im Untergrund wird die Flasche für 25 Rubel verkauft, nachts für 30 Rubel. Die Preise für Wodka sind zu erhöhen. Das Zuteilungssystem ist keine Lösung.

Der Verkauf von Wohnungen verläuft langsam. Ich bin gegen die Erhöhung der Mieten.

Für Waren des Massenbedarfs sind die Preise nicht zu erhöhen. Die wenig begüterte Bevölkerung ist zu schützen.

... der Kampf gegen die Spekulanten ist faktisch eingestellt worden.

Es wird vorgeschlagen, das Gesetz über die Betriebe außer Kraft zu setzen und die Betriebsdirektoren nicht mehr zu wählen.

Sollen Verlustbetriebe geschlossen werden? Ohne Genehmigung der Regierung darf kein Staatsbetrieb geschlossen werden. Wir haben schon im Januar 12 Mrd. Verlust gehabt wegen Stilllegung von Betrieben. Am 11. Februar müssen wir Autobetriebe schließen, weil in Armenien ein Betrieb stillgelegt worden ist [der einzige in der UdSSR – H. R.], der den Klebstoff für die Reifenproduktion herstellt.

Sljunkow [Sekretär des ZK der KPdSU]: »Die Lage als kompliziert zu bezeichnen ist zu wenig. Die Menschen haben keinen Glauben an die Zukunft. Und sie haben wirklich keine Perspektive. Die Hauptursache besteht darin, dass die Regierung nicht in der Lage ist, Einnahmen und Ausgaben zu regulieren ...

Die zweite Ursache: Wir haben keine Preisreform durchgeführt. Und der Zustand ist der, dass wir das auch 1991 nicht tun werden. Ich bin für einen einmaligen Akt, die Regierung will es gleitend machen, obwohl ein Projekt für diese Variante bis heute nicht vorliegt.«

51 Um die Versorgung der Arbeiter und Angestellten mit lebenswichtigen Gütern zu gewährleisten, vor allem mit Fleisch- und Fleischwaren, wurden diese in den Betrieben gegen Talons verteilt.

Medwedjew: »Der Verbrauchermarkt bestimmt die politische Lage im Land. Es entsteht die Gefahr der völligen Destabilisierung der Wirtschaft und des Aufkommens äußerst negativer Prozesse in der politischen Sphäre.

Die Regale für Lebensmittel und Industriewaren sind leer.

Es gibt zwei Lösungen: Die Methode der systematischen Verknappung des Geldes und die Durchführung radikaler Maßnahmen.

Wir orientierten uns auf den Marktmechanismus. Aber unsere marktwirtschaftlichen Maßnahmen haben den Markt noch mehr zerrüttet, denn es fehlt die Konkurrenz.«

Politbüro, 2. März 1990

Über politische Schlussfolgerungen aus der Kundgebung vom 25. Februar

[Im Land fanden viele Veranstaltungen statt, die gegen die KPdSU und Gorbatschow gerichtet waren – H. R.]

(S. 490) *Bakatin* [Innenminister der UdSSR – H. R.]: »Es gab weder Sieger noch Besiegte. Die Spannung in der Gesellschaft nimmt zu. Eine Umkehr hat nicht stattgefunden. Die Illusion unter uns ist seltsam.

Ja, die Angst hat eine Rolle gespielt. Wir haben Truppen eingesetzt, Polizei ... Mit Gewalt kann man einiges aufhalten. Aber was wird dann sein? ...

Bei mir gibt es einige Meinungsunterschiede zu Mitgliedern des Politbüros. Für mich ist es schwer geworden, zuarbeiten. Brauchen wir den Dialog? Wenn nicht, warum haben wir dann in unserer Plattform das Mehrparteiensystem aufgenommen?! Wir haben unseren politischen Gegner noch nicht bestimmt; er ist nicht bereit, abzutreten, er hat große Unterstützung bei den Massen. Und diese Unterstützung nimmt zu.«

(S. 491) *Ligatschow:* »Ich wiederhole, die Hauptgefahr, das sind die oppositionellen Kräfte in der Partei.«

(
S. 492) *Ryshkow:* »Bei uns ist nicht festgelegt, was ist erlaubt und was ist nicht erlaubt. In London können die Polizisten zu den Demonstranten gehen und jede Losung konfiszieren mit der Begründung, dass sie der

›gesellschaftlichen Moral‹ widerspricht. Aber bei uns? Beleidigungen und Hetze erfolgen laufend und nichts geschieht.«

Masljukow [Vors. Der Staatlichen Plankommission – H. R.]: »Die Sorgen und Ängste in der Staatlichen Plankommission waren wegen Verleumdungen größer als bei der Ausarbeitung des Wirtschaftsprogramms. Wir sind mehr damit beschäftigt, die Verleumdungen zurückzuweisen. Aber bei ihnen ist das die wichtigste Waffe. Verleumdung ist bei uns nicht strafbar.«

*Arbeitsgruppe in Nowo Ogarewo, 19. Mai 1990
Über den Plan des Referats des Generalsekretärs der KPdSU auf dem
XXVIII. Parteitag der KPdSU*

(S. 511) *Gorbatschow*: »Durch die Perestroika spiegeln wir die herangereiften Bedürfnisse der Zivilisation wider. Das haben alle gesehen. Indem wir über die Perestroika nachdenken, suchen wir Antworten auf eine der Varianten der Entwicklung der Zivilisation.

Von diesem Gesichtspunkt aus ist der jetzige Parteitag der letzte in der Geschichte unserer Partei. Dabei ist die Rede vom Systemwechsel im Rahmen der sozialistischen Wahl.

In diesem Kontext ist es erforderlich, das Schicksal der KPdSU zu beurteilen, in der ein fundamentaler Wechsel erfolgen soll. Die Partei soll eine andere werden.

(S. 512) ...Was ist die Perestroika? Eine fällige Utopie? Lenin hat gelegentlich diesen Terminus gebraucht. Auch Stalin hat diese Worte ausgesprochen. Die Leute sagen: Wieder zwingt man uns in ein Prokrustesbett.

Aber die Perestroika ist kein künstliches Schema. Es ist die Wahl, die vom Leben diktiert worden ist und die Erfahrungen unserer Vergangenheit berücksichtigt. Es ist eine richtige und notwendige Entscheidung.

In den bisherigen Ergebnissen der Perestroika sind auch Lehren enthalten. Wir sind schon eine ganze Epoche vorangekommen. Die Gesellschaft ist schon eine andere geworden, die Vorstellungen über die Welt und uns sind andere. Alles hat sich verändert und verändert sich weiter, es verändert sich zum Besseren, denn es ist eine Wendung zum Menschen, zu seinen Lebensinteressen.«

*Gemeinsame Sitzung des Präsidentenrats und des Föderationsrats,
22. Mai 1990
Über den Übergang zur regulierten Marktwirtschaft*

(S. 513) *Gorbatschow*: »Ja zum Übergang zur Marktwirtschaft. Insgesamt besteht die Frage darin, wie dieser Übergang verwirklicht werden soll, mit welchen Maßnahmen, in welcher Folge und in welcher Zeit, um das vorgesehene Ergebnis mit wenig Verlust in Politik und Wirtschaft zu erreichen? Wie ist dabei die Unterstützung der öffentlichen Meinung zu sichern?

... Was ist dabei zu tun? Es ist vor allem Klarheit darüber zu schaffen, woher der Übergang erfolgt und wohin wir gehen. Das Schema, das erklärt: Jetzt ist alles schlecht – später wird es besser, taugt nichts. In Wirklichkeit ist es ein Übergang zu einer *anderen sozial-ökonomischen Ordnung*, zu einer anderen Lebensweise und Arbeit.«

*Diktat von Gorbatschow an Tschernajew 24. Juni 1990
Zum Referat des Generalsekretärs auf dem XXVIII. Parteitag der KPdSU*

[Der Parteitag fand vom 2.–13. Juli 1990 statt – H. R.]

(S. 516) »Es ist mit der Charakteristik der gegenwärtigen Situation zu beginnen. Denn hier liegen die Wurzeln für die Ängste, die Unzufriedenheit, von hier geht die Gefahr aus und hier liegen die Widersprüche des Tages ...

Weiterhin ist ein Bild von der jetzigen Lage zu vermitteln.

Es geht nicht nur um materielle Schwierigkeiten, obwohl sie vorhanden sind. Die Gesellschaft befindet sich im Ergebnis der quantitativen und qualitativen Veränderungen in einem Zustand, der schrecklich ist. Sie ist im 9. Monat schwanger, es kann ein gesundes Kind geboren werden, es kann aber auch debil sein. Es kann sein, dass selbst die Mutter umkommt. Es wirken neue Kräfte, neue Widersprüche, neue Gesetzmäßigkeiten. Die Gesellschaft ist angefüllt mit überschüssigen chaotischen Prozessen, die miteinander zusammenstoßen und entgegengesetzt verlaufen zur generellen Tendenz der Entwicklung und zur Politik, die verwirklicht wird ... Der Kampf geht nicht nur um Leben, sondern auch um den Tod, wenn wir Leben und Tod auf die Perestrojka beziehen.«

*Der Präsidialrat ist einzuberufen wegen einer Erklärung von Jelzin,
17. Oktober 1990*

[Jelzin hat in einer Fernsehsendung der Zentrale der UdSSR faktisch den Krieg erklärt – H. R.]

(S. 530f.) *Rasputin* [Sekretär des Schriftstellerverbandes der UdSSR – H. R.]: »Es ist gut, dass Jelzin aufgetreten ist, damit hat er uns die Gelegenheit gegeben zusammenzukommen. Er hat den Handschuh geworfen. Die Popularität von Jelzin ist durch die Massenmedien vergrößert worden. Aber das Zentrum ist ohne Initiative. Wir ergreifen nicht die erforderlichen Maßnahmen. 90 Prozent der Presse gehören uns nicht, und wir geben uns damit zufrieden. Dem Volk ist die ganze Wahrheit zu sagen, dabei u. a. auch die Verleumdung des Präsidenten und der Regierung.«

Bokatin: »Der Auftritt von Jelzin ist eine Anstiftung zum Aufstand, eine antisowjetische Position.«

Ryskow: »Jelzin hat nur eins im Kopf – den Drang zur Macht. ... Er möchte diesen Platz besetzen (zeigt auf Gorbatschow). Es kann kein Einverständnis mit Jelzin geben. Jelzin ist ein Zerstörer. Ihr [gemeint ist Gorbatschow – H. R.] Kompromiss mit Jelzin hat für sie nichts gebracht. Er hat sie links liegen gelassen. ... »Es kam der Zar – er wird uns retten«, so stellen die Massenmedien und die Opposition dem Land Jelzin dar. Das Land ist nicht mehr regierbar. Es steht an der Grenze des Zerfalls. Wir können in den Grenzen des Kremls und des Garten-Rings³² an der Macht bleiben. Und nur hier. Das Staatssystem ist zerstört. Aber die Verantwortung dafür, die bleibt bei uns.

Es geht nicht um Programme. Es muss Macht gezeigt werden. Es müssen jene entfernt werden, die die Macht untergraben, die die Beschlüsse der Macht nicht verwirklichen. Andernfalls warten wir darauf, dass wir im günstigsten Fall erschossen, oder im schlimmsten Fall am Laternenpfahl aufgehängt werden. Es kann sein, dass eine Koalitionsregierung gebildet wird – aber nicht mit Jelzin.«

32 Garten- Ring – eine Hauptmagistrale im Zentrum der Stadt Moskau.

(S. 531) *Gorbatschow*: »Es geht nicht um Jelzin. Als Person ist er unmöglich. Er bringt aber eine bestimmte Stimmung zum Ausdruck. Jelzin ist heute nicht mehr der, welcher er vor eineinhalb Jahren war. Er spiegelt ernsthafte Meinungen der Bevölkerung wider. Die Menschen spüren das Herannahen von Chaos und Zerfall. Sie sind beunruhigt. Sie sind gegen das Extreme und für Ordnung. Sie sind bereit, auch außerordentliche Maßnahmen zu unterstützen. ...

Wenn es uns gelingt, die Wirtschaft zu stabilisieren, dann haben wir die Chance auch alle anderen Probleme zu lösen.«

Gespräch Gorbatschows mit Schachnasarow am 5. und 7. Dezember 1990

(S. 540f.) *Gorbatschow*: ... Weißt du, ich fühle, dass das Wichtigste von uns gemacht worden ist, und ein zurück gibt es nicht. Das ganze Problem besteht darin, inwieweit der weitere Weg schmerzhaft ist.«

Schachnasarow: »Einverstanden, Ihre ›historische Idee‹ hat Gestalt angenommen, der Prozess der Umgestaltung ist unumkehrbar geworden, es ist notwendig, ihn bis zur größtmöglichen Reife zu führen. Andernfalls könnte es in der Tat zu verschiedenen Erschütterungen kommen. Es gibt in der Geschichte viele Beispiele dafür, wo sich Reformen bis aufs Äußerste zugespitzt haben, wenn der Reformator aus diesen oder jenen Gründen sich von der Sache abseits gestellt hat.«

Gorbatschow: »Das ist wahr. Ich habe nicht die Absicht, meine Hände in den Schoß zu legen. Wir werden bis zum Schluss kämpfen. Ich werde mich aber auf keinen Fall auf den Weg begeben, Gewalt anzuwenden, auf den mich jetzt viele drängen. Das wäre das Ende von allem.«

Schachnasarow: »Der Verrat der Idee, weswegen Sie alles begonnen haben?«

Gorbatschow: »Eben. Dazu – zur Diktatur, zum Autoritären – wird mich niemand zwingen können. Eher trete ich zurück.«

Schachnasarow: »Aber entscheidende Maßnahmen unter dem Schutz und mit dem Segen des Kongresses, des Obersten Sowjets? Von ihnen und ähnlichem sollte man nicht abweichen.«

Gorbatschow: »Das ist etwas anders. Alles muss im Rahmen der Gesetze und der Demokratie sein. Georg, du weiß es ja, das sind für mich nicht einfache Worte, sondern das ist feste Überzeugung, die Idee des Lebens, wie ihr Politologen es auszudrücken pflegt.

... Ja, die Sache ist im Wesentlichen erledigt. Jetzt geht es darum, dass alles, weiterhin alles weniger schmerzhaft und ohne Blut verläuft.«

Schachnasarow: »Die ›Times‹ hat sie als ›Mann des Jahrzehnts‹ genannt.«

Gorbatschow: (Er lacht). »Nimm einen anderen Maßstab. Es ist nicht meine Sache, es geht nicht um mich. Der Maßstab dieser Sache ist universell. Die Rede geht doch darum, dass wir das Land verändert haben, und auch Europa wird nie wieder das sein, was es einmal war, es wird nicht wieder zum früheren zurückkehren. Das Neue ist zweifach: Der humane demokratische Sozialismus und die allgemein menschliche Zivilisation. Insofern erwies sich auch diesmal unsere neue Revolution nicht nur als nationale, russische, sondern auch als weltweite. Auf jeden Fall haben wir den Anfang für eine weltweite Umgestaltung gemacht.«

*Über den Kongress der Volksdeputierten der UdSSR vom
17.–27. Dezember 1990*

(S. 541) Auf dem Kongress kam es zu heftigen Auseinandersetzungen; es wurde u. a. beantragt, Gorbatschow als Präsidenten das Misstrauen auszusprechen, Schewardnadse erklärte auf dem Kongress seinen Rücktritt als Außenminister, der Kongress löste den von Gorbatschow gebildeten Präsidialrat auf. Während der Tagung des Kongresses erlitt der Ministerpräsident der UdSSR, Ryshkow, einen Herzinfarkt – H. R.]

(S. 542) *Ryshkow:* »Die Perestroika ist misslungen. Es sind die Beziehungen der Ideologie, Politik und Wirtschaft zerrüttet. Die Ursache der Krise liege auf dem Gebiet der Ideologie und der Politik, aber nicht in der Wirt-

schaft selbst. Die Perestroika wurde politisch-ideologisch hintertrieben. Dies äußerte sich im Aufweichen der Ziele der Perestroika. Der Preis der Perestroika wurde nicht bestimmt. Alle Strukturen wurden zerstört, neue aber nicht geschaffen. Es ist ein Vakuum entstanden. Es gab weder einen Plan, noch einen Markt. Es begannen Überfälle auf die Armee und auf die Sicherheitsorgane. Die Herabsetzung der Kultur führt zu Zerstörung der Seele. Das Jahr 1989 war in diesem Sinn ein Jahr der Wende; es entstand eine politische und ökonomische Instabilität.«

Jelzin: »Es ist nicht gelungen, das administrative Kommandosystem zu schwächen. Das Parlament wurde an den Rand gedrängt. Die Unionsführung hat keinen Aktionsplan. Sie lässt Sabotage zu gegen die Souveränität der Republiken. Das Dekret über die Souveränität der Republiken stieß auf heftigen Widerstand. Die Revolution von oben ist beendet. Ihr Zentrum hat sich in die Republiken verlagert. Die Unionsregierung nahm eine Umgruppierung vor, um ihre Macht zu stärken. Eine solche Macht besaßen weder Stalin noch Breschnew. Es findet eine Wiederbelebung des Kommando-Systems statt.

Russland ist mit dem Diktat des Kremls nicht einverstanden. Es ist nur für den gleichberechtigten Dialog des Zentrums mit den Republiken ohne dessen Einmischung in ihre inneren Angelegenheiten. Die Vollmacht der Republiken über ihre Macht und über ihr Eigentum ist zu stärken, und erst danach ist am Unionsvertrag zu arbeiten.«

*Sitzung des Föderationsrates am 9. April 1991 über die Erfüllung der
Wirtschaftsvereinbarung für das Jahr 1991*

(S. 564) *Gorbatschow:* »Tatsächlich, im Land wächst die Gefahr des Chaos. Uns stehen nur noch Tage, Wochen, im äußersten Fall Monate zur Verfügung. Die Verhinderung des Chaos, das ist *die* Aufgabe, die über Politik und Ideologie steht. Das Chaos muss mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln abgewehrt werden. Das Allerwichtigste ist, die Zerrüttung des Finanzsystems zu verhindern. In kürzester Frist sind alle Probleme zu lösen, um die finanziellen Verpflichtungen pünktlich zu erfüllen.«

*Gorbatschow zu Schachnasarow über die Inauguration von Jelzin,
8. Juli 1991*

Gorbatschow berichtet über die Inauguration auf dem Kongress der Volksdeputierten der RSFSR, darüber, wie Jelzin darum gebeten hat, ihn für seine »Zarenherrschaft« den Segen zu erteilen.

Jelzin stellte die Frage, ob es nicht sinnvoll wäre, die Zeremonie der Amtseinführung auf dem Roten Platz direkt über das Fernsehen zu übertragen? Warum? sagte ich zu ihm. Es wird sowieso vom Fernsehen übertragen. ...

Noch eine Frage stellte er. Sollten nicht aus 24 Geschützen Salutsschüsse abgefeuert werden?

Ich wollte ihm sagen: Die Krähen scheuchst du auf und die Menschen lächeln nur. Aber er ist teuflisch empfindlich. Er begann abzuraten, keinen Staub aufzuwirbeln.

Die dritte Frage, die Jelzin stellte: Worauf ist der Eid abzulegen: auf die Verfassung oder auf die Bibel?

– Verstehe, Boris Nikolajewitsch, es ist seltsam, wenn auf die Bibel. Du bist doch, wie mir scheint, nicht streng gläubig.

– Aber wie ist es denn in den USA, widersprach er hartnäckig? Meine Antwort:

– Dort gibt es aber eine andere Kultur, andere Traditionen. In Russland dagegen gibt es Millionen Muslime. Warum dann nicht auch auf den Koran?! Es gibt auch noch Juden – vielleicht auch auf die Thora? Das letzte Argument hat ihn entwaffnet.

Welche Ambitionen und welcher kindische Heißhunger zum Griff nach dem Zepter! Wie vereinbart sich das mit seinem politischem Gefühl – ich kann das nicht begreifen.

Persönliche Botschaft Gorbatschows an die Regierungshäupter der Teilnehmer des Treffens der »Sieben« in London, 11. Juli 1991

[In 10 Punkten legt Gorbatschow ausführlich seine Position zu dem Verlauf der Perestroika auf den verschiedenen Gebieten dar. Der 6. Punkt beschäftigt sich mit der Entstaatlichung und Privatisierung des Eigentums sowie mit dem Übergang zur Marktwirtschaft – H. R.]

(S. 590) »*Sechstens*: Beim Übergang zur Marktwirtschaft sehen wir die Entstaatlichung und Privatisierung des Eigentums sowie die Entmonopolisierung der Wirtschaft als entscheidende Bedingung an. Die Sowjetunion nutzt umfangreiche Erfahrungen der Länder, die schon den Übergang zum Markt vollzogen haben, oder dabei sind, ihn zu vollziehen. Es versteht sich, dass wir diese Erfahrungen nutzen unter Berücksichtigung unserer Besonderheiten und historischer Traditionen.

Unsere Wahl haben wir getroffen: Wir sind für einen Mix in der Wirtschaft, für die Gleichberechtigung aller Eigentumsformen – sowohl des staatlichen, als auch des privaten Eigentums sowie andersartigen Eigentumsformen. Alle sind jetzt gesetzlich geschützt, für alle werden gleiche Bedingungen geschaffen, es wird der freie Wettbewerb auf dem Markt gesichert.

In erster Linie ist vorgesehen, die kleine Privatisierung durchzuführen, sie soll auf dem Weg des Verkaufs staatlicher Geschäfte, Restaurants, Betriebe der Dienstleistungen, kleiner Unternehmen und Produktionsstätten an Privatpersonen, Genossenschaften, Arbeitskollektiven, gemeinsamen Betrieben und ausländischen Firmen erfolgen. Der Staat wird diesen Prozess unterstützen.

Es ist beabsichtigt, bis 1992 in dieser oder jener Form beispielsweise 80 % der Anzahl der Betriebe im Einzelhandel, der gesellschaftlichen Speisung, im Dienstleistungssektor und in einer Reihe anderer Zweige zu privatisieren.

Die große Privatisierung wird vor allem durch Umwandlung großer und mittlerer Betriebe in Aktiengesellschaften, verschiedenartige Beteiligungsgesellschaften und kollektive Unternehmen erfolgen.

An der Privatisierung können sich nicht nur sowjetische, sondern auch ausländische physische und juristische Personen beteiligen.

Als erster Schritt wird in den nächsten Monaten die Kommerzialisierung der Betriebe in Angriff genommen. Wir verstehen darunter, die Befreiung der staatlichen Betriebe von der direkten administrativen Leitung und die Überführung ihrer Tätigkeit auf kommerzielle Grundlage. Diese Betriebe werden dann, ähnlich wie die Betriebe anderer Eigentumsformen, voll verantwortlich sein für die Ergebnisse ihrer finanziellen Tätigkeit und sie werden nach den Regeln der Marktwirtschaft wirtschaften. Es ist vorgesehen, die Entstaatlichung und Privatisierung parallel mit der Unterstützung der Unternehmertätigkeit, der Entmonopolisierung der Wirtschaft und der Entwicklung der Konkurrenz durchzuführen.

Nach dem Gesetz über die Unternehmertätigkeit, das vom Obersten Sowjet der UdSSR erlassen wurde, gilt die Freiheit dieser Tätigkeit sowohl für juristische Personen, wie auch für einzelne Bürger. Es ist die private Unternehmenstätigkeit mit der Anwendung von Lohnarbeit legalisiert worden ...

Die Maßstäbe des freien Marktes werden im Zusammenhang mit dem systematischen Rückgang der Staatsaufträge weiter wachsen. Der verbleibende Teil der Staatsaufträge wird zu vorteilhaften Bedingungen aufgeteilt.

Bei der Privatisierung rechnen wir auch mit der Beteiligung von ausländischem Kapital.«

(S. 591) »*Siebertens*: Besondere Bedeutung messen wir der Verwirklichung der Agrarreform bei und der radikalen Veränderung der Eigentumsformen und der Wirtschaftsweise auf dem Land. Das Hauptkriterium für die Wahl der ökonomischen Form des Wirtschaftens ist die Freiwilligkeit. Wenn die Bauern es wünschen, in gut wirtschaftenden Kolchosen oder Staatsgütern zu verbleiben, so ist das ihr Recht. Wenn Sie sich aber von ihrem Bodenanteil trennen wollen, so ist ihnen ebenfalls diese Möglichkeit gegeben.

Der Grund und Boden wird gegen Entgelt oder unter vorteilhaften Bedingungen zur unbefristeten Nutzung mit dem Recht auf Vererbung für einzelne Familien oder begrenzter Kollektive zur Organisierung von Farmwirtschaften zur Verfügung gestellt. Zur Unterstützung werden vorteilhafte Kredite gewährt und Landwirtschaftsbanken geschaffen.«

Sitzung des Obersten Sowjets der UdSSR, 26. – 30. August 1991

(S. 601) [Nach dem Putsch gegen Gorbatschow, der in der Zeit vom 19.-21. August in Moskau stattfand, gab es in den obersten Führungsetagen der UdSSR heftige und kontroverse Debatten. Im Zentrum standen dabei die Tätigkeit des Präsidenten der UdSSR sowie der Fortbestand der UdSSR. Der Druck, die Zentralmacht der UdSSR aufzulösen, nahm zu. Zahlreiche Sowjetrepubliken erhoben Anspruch auf volle Souveränität und Loslösung von der Zentrale in Moskau – H. R.]

Niederschrift von Schachnasarow:

»26. August: Nach dem Auftritt von Gorbatschow ergriff ein Redner aus den Republiken das Wort: Einstimmig waren sie für die Unabhängigkeit; das Zentrum ist überflüssig, die Unionsstrukturen sind zu beseitigen. Es wurden Töne laut, die Partei aufzulösen. Im Land finden unter dem Schutz der Partei Schließungen und Plünderungen statt ... In Valutaangelegenheiten droht der Kollaps ...

27. August: Die Russische Führung nimmt faktisch Unionsfunktionen wahr (Inbetriebnahme von Unionsbanken und -vermögen). Sie provoziert die Zunahme von separatistischen Tendenzen in den Republiken.

28. August: Aufregung im Obersten Sowjet über das Komitee von Silajew [Ministerpräsident der RSFSR – H. R.]: Diese Komitee – erklären viele – bedeutet faktisch, dass Unionsorgane russischen Organen untergeschoben werden.

Dem Präsidenten ist es gelungen, die Situation zu entschärfen ...

29. August: Der Oberste Sowjet gab die Zustimmung zur Verhaftung von Lukanow. [Lukanow war Teilnehmer des Putsches gegen Gorbatschow. Während des Putsches übte er die Funktion des Vorsitzenden des Obersten Sowjets der UdSSR aus. Lukanow war Studienfreund von Gorbatschow an der Moskauer Lomonossow-Universität – H. R.] Heftige Debatten wurden weitergeführt, besonders über das Schicksal der KPdSU. Der Generalstaatsanwalt erklärte seinen Rücktritt.«

Begegnung Gorbatschows mit Journalisten, 12. Dezember 1991

(S. 630–632) *Journalist:* »Es entsteht der Eindruck, dass es die Union schon nicht mehr gibt und dass heute Gorbatschow seinen Rücktritt erklärt. Alle warten auf Ihren Auftritt im Obersten Sowjet und auf den Auftritt von Jelzin am Vormittag.«

Gorbatschow: »Erinnern sie sich, wie sich das alles bei uns nach dem 25. April (nach dem Abschluss der Nowo-Ogarowsker Vereinbarung) entwickelte. [Am 25. April 1991 traf sich Gorbatschow mit den Vorsitzenden der höchsten Staatsorgane Russlands, der Ukraine, Weißrusslands, Kasachstans, Aserbaidschans und der vier mittelasiatischen Republiken in Nowo-Ogarowo. Die Zusammenkunft wurde als 9 + 1 Treffen bezeichnet. Es wurde ein Dokument angenommen, das der Bevölkerung zeigen

sollte, die maßgeblichen Repräsentanten des Landes seien einmütig bereit, das Land aus der Krise zu führen und die Union als Staatengemeinschaft zu erhalten. Als wichtigsten Faktor zur Stabilisierung der Lage im Land wurde der möglichst schnelle Abschluss des Unionsvertrages angesehen, dessen Anliegen darin bestehen sollte, die Beziehungen zwischen Union und Republiken auf gesetzlicher Grundlage zu regeln. In der Folgezeit gab es um die Ausarbeitung dieses Vertrages heftigen Streit. Schließlich lag ein unterschriftsreifer Vertrag vor, der im Dezember 1991 vom Obersten Sowjet der UdSSR angenommen werden sollte. Eine Ratifizierung kam aber nicht zustande. Jelzin unterlief im Vorfeld der Beschlussfassung den Vertrag. Einer Verschwörung gleich, organisierte er am 8. Dezember in Belowechskoje Puschtsche eine Zusammenkunft mit dem Präsidenten der Ukraine und Weißrusslands auf der sie ohne Legitimation ihren Austritt aus der UdSSR erklärten und die Gemeinschaft unabhängiger Staaten (GUS) gründeten – H. R.] Es wurde klar, dass im Vergleich mit den Aufgaben, die wir gelöst haben, alle diese Scherereien, alles Widerstreben untergeordnete Bedeutung hatte. Geht es doch in der Hauptsache um die nationale Frage.

Wir haben einen Prozess in die Wege geleitet, der zu laufen begann. Es kann sein, dass er schneller verlief, wir haben ihn aber in die Hände des Föderationsrates gelegt. Der Föderationsrat hat die Leiter der Autonomen Republiken mit einbezogen, so dass der Prozess nur langsam vorstatten ging. Nichtsdestoweniger, Anfang August erfolgte die Zustimmung zum Vertrag, und es wurde entschieden, ihn zu unterzeichnen. Gleichzeitig hatten sich Kräfte gebildet, die entschlossen waren, den Prozess zu verhindern. Im Zusammenhang mit dem Putsch in Moskau trafen viele die Entscheidung, dass die Selbstverteidigung und die Selbstständigkeit nur möglich sind, wenn man sich von Moskau unabhängig macht. Das hat wesentlich den Prozess der Desintegration unterstützt.

Und dennoch, es ist gelungen, die bekannte Erklärung, 9+1 auf jenem Kongress der Volksdeputierten zu bringen, der bei aller Dramatik der eigenen Lage erkannte, in welchem Zustand sich die Gesellschaft befindet. Vom Standpunkt der Demokratie verlief auf dem Kongress nicht alles sauber und ordentlich. Es wäre auch nicht real gewesen, das zu erwarten. Gerade dort sind aber die Grundpositionen festgelegt worden: Der Unionsvertrag ist erforderlich, der ökonomische Vertrag ist notwendig. Sowohl die Notwendigkeit einheitlicher Streitkräfte als auch die Einhaltung der Verpflichtungen wurden fixiert, außerdem war die Rede von

einer allgemein koordinierten Politik. D.h. es ist gelungen, eine Basis für die Fortführung des unterbrochenen Prozesses zu schaffen ...

Nach dem ich mit Genossen beraten habe, haben wir – Experten, ich und Boris Nikolajewitsch [Jelzin – H. R.] – begonnen, auf dieser Grundlage zu arbeiten und auf ein neues Projekt überzugehen. Am 14. November waren alle einverstanden. Schon damals wurden Zugeständnisse gemacht. Es gab eine Diskussion. Sie endete damit, dass wir alle zu der Meinung kamen: Trotzdem, es soll ein Unionsstaat sein. Wir haben auch über die Regeln gesprochen.

Nach langen und heftigen Diskussionen mit den Mitgliedern des Förderationsrates in Nowo-Ogarowo habe ich ihnen gesagt: Beratet euch, ich gehe vorerst in mein Kabinett. Bald erschienen Boris Nikolajewitsch und Schuschkewitsch [Vorsitzender des Obersten Sowjets Weißrusslands – H. R.]. Sie brachten den Text des Beschlusses des Staatsrates zum Entwurf des Unionsvertrages, der auf der Grundlage der Erklärungen und der fest zugesicherten Entscheidungen des Staatsrates vereinbart worden war, wo wir uns darüber einig waren, dass die Union der souveränen Staaten eine Konföderation demokratischer Staaten ist.

Ich habe meine Bemerkungen hinzugefügt. Sie wurden akzeptiert und wir haben die Arbeit wieder aufgenommen.

Alle bestätigten daraufhin die Entscheidung des Staatsrates: ›Der vom Staatsrat ausgearbeitete Unionsvertrag ist den Parlamenten zur Zustimmung vorzulegen, worunter verstanden worden ist, ihn zu unterzeichnen. Als in der Erklärung von Schuschkewitsch verkündet wurde, dass der Vertragsprozess in eine Sackgasse geraten ist, habe ich mich gefragt: Wer ist in der Sackgasse? 8 Republiken haben für einen Unionsstaat gestimmt. In der Sackgasse ist die Ukraine. Lasst es uns verhindern, dass nicht alle in diese Sackgasse hineingezogen werden. Wir werden Mittel finden, die Ukraine wieder herauszuziehen.

Ich denke, die Sache ist keine rein ukrainische Angelegenheit. Die Position der russischen Führung ist längst bekannt, den ukrainischen Faktor für sich auszunutzen ...

Nun gut, was geschehen ist, ist geschehen. Ich werde jetzt nicht darauf eingehen, was ich in meiner Erklärung bezüglich der rechtlichen und politischen Bewertung der Beloweckskojer Verabredung gesagt habe. Wird von ihr ausgegangen, dann gibt es keine Union mehr, die Gesetze sind außer Kraft und das bedeutet: Keinen Staat, keine Grenzen. Wir haben gar nichts mehr, gesetzloser Zustand.

Ich fasse zusammen. Ich bin davon überzeugt, dass es notwendig war, die Entscheidung im Rahmen der reformierten Union zu suchen, um nicht die Vorgänge der Desintegration zu unterstützen. Jetzt muss die Frage entschieden werden: Sichert die Gemeinschaft [GUS – H. R.] das notwendige Zusammenwirken bei der Lösung der Fragen in der Wirtschaft, auf dem Gebiet der Finanzen, in der Politik und in der sozialen Sphäre? Ich fürchte, dass dies sehr schwer werden wird. Aber wie sollen wir weiter vorankommen? Ich bin gezwungen, die entstandenen Realitäten anzuerkennen. Als Präsident des Landes werde ich mich wie folgt verhalten: Ich werde die Wahl der Vertretungsorgane akzeptieren. Etwas anderes werde ich mir nicht erlauben. Das bedeutet nicht, dass ich selbst kein eigenes Urteil, keinen eigenen Standpunkt hätte. Ich bleibe auf der alten Position. Ich glaube, dass wir jetzt, da wir zu unabhängigen Staaten übergehen, eine Krise heraufbeschwören, die alle Reformen erschweren wird. ...

Wenn der Unionsstaat zu Grabe getragen wird und ich feststelle, dass die Republiken das unterstützen, dann stelle ich die Frage meines Rücktritts.«

Gorbatschow informiert die Korrespondenten darüber, wie er über die Vereinbarung von Beloweckskoje Puschtsche, die faktisch die Auflösung der UdSSR bedeutete, unterrichtet worden ist

(S. 634) *Gorbatschow*: ... In der ganzen Geschichte hat mich folgendes erschüttert: Am Sonntag hat mich Schuschkewitsch angerufen und mir mitgeteilt: Wir haben eine Vereinbarung getroffen und ich möchte Ihnen den Inhalt mitteilen. Was für eine Vereinbarung, fragte ich. Ja, wissen Sie, diese Vereinbarung findet schon Unterstützung. Wir haben schon mit Bush gesprochen! Das ist eine Schande, habe ich ihm gesagt. – Sie sprechen mit dem Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, aber den Präsidenten des eigenen Landes informieren Sie nicht. Das ist beschämend, das ist unmöglich. Trotzdem habe ich das überlebt ... Mich hat bisher niemand in die Knie zwingen können, doch diese Tatsache hat mich erschüttert: Schuschkewitsch unterrichtet mich, während Boris Nikolajewtsch schon mit Busch gesprochen hat.«

*Botschaft an die Sowjetbürger: Fernsehauftritt des Präsidenten der UdSSR
am 25. Dezember 1991*

(Die Botschaft ist weder damals noch später in vollem Wortlaut in den Zeitungen erschienen.)

(S. 636–639) *Gorbatschow*: »... Angesichts der mit der Bildung der Gemeinschaft unabhängiger Staaten entstandenen Situation lege ich mein Amt als Präsident der UdSSR nieder ...

Ich habe mich konsequent für die Selbständigkeit, Unabhängigkeit und die Souveränität der Republiken eingesetzt; gleichzeitig auch für die Erhaltung eines Unionsstaates, für die Ganzheit des Landes. Die Ereignisse nahmen jedoch einen anderen Verlauf. Es dominierte die Zergliederung des Landes und die Auflösung des Staates, was nicht mein Verständnis findet ... Ich lege mein Amt mit Sorge nieder, aber auch mit der Hoffnung und mit dem Glauben an sie, an ihre Kühnheit und die Kraft des Geistes. Wir, die Erben der großen Zivilisation, von uns allen, von jedem einzelnen hängt es ab, damit sie zu einem neuen und würdigen Leben wieder entsteht.

Gorbatschow zur Deutschen Frage

Auszug aus dem Dokumenten-Band, der Niederschriften, Protokoll u. a. Aufzeichnungen über die Deutschlandspolitik der Führung der UdSSR in den Jahren 1986–1991 enthält.

Der Band, erschienen im Verlag »Wes Mir« 2006, wurde von den Deutschland-Experten Alexander Galkin und Anatoli Tschernajew zusammengestellt.

Zusammenkunft im engen Kreis bei Gorbatschow am 26. Mai 1986

(Anwesend Schewardnadse, Außenminister der UdSSR; Dobrynin, Sekretär des ZK der KPdSU, Diplomat, Achomejew, Marschall der UdSSR, Chef des Generalstabs und Anatoli Tschernajew, engster Berater von Gorbatschow)

(S. 5) *Gorbatschow:* »Das Gespräch von Kwizinski [Botschafter der UdSSR in der BRD – H. R.] mit Kohl zeigt, dass wir bis an die äußerste Grenze gegangen sind, außerhalb derer es notwendig ist, etwas zu verändern. Wir haben Kohl in die Ecke gedrängt. Jetzt müssen wir nachdenken und nicht zurückweichen. Dies umso mehr, um ihnen nicht bei den Wahlen zu helfen. Auf wirtschaftlichem Gebiet muss etwas unternommen werden. Daran sind wir interessiert, wie auch auf dem Gebiet der Atomenergie.

Es gibt bei uns mit Deutschland einen dunklen Kanal, den wir nicht nutzen. Es ist über unsere Beziehungen [mit der BRD – H. R.] nachzudenken und etwas durch den Kanal zu schleusen. Kwizinski ist zunächst zu mir zu bestellen und ihn darüber zu informieren. Er soll dann Kohl über unser Gespräch unterrichten. Wir würden unsererseits jeden Einwand überdenken, wenn sie ihrerseits uns verstehen. Es sind konkrete Schritte zu unternehmen und diese sind Kohl durch Kwizinski mitzuteilen ...

Mein Besuch in der BRD wird nicht früher als 1987 stattfinden. Aber Genscher könnte im Herbst empfangen werden.«

Sitzung des Politbüros des ZK der KPdSU, 27. März 1986

[In den Jahren 1985/86 waren die Beziehungen zwischen der UdSSR und der BRD stark unterkühlt, was nicht den Interessen der UdSSR entsprach – H. R.]

(S. 6) *Gorbatschow*: »Die Frage unseres Verhältnisses zur BRD ist für uns wichtig. Der Weg zur Einschränkung des politischen Dialogs mit Kohl bei Fortführung der sachlichen Zusammenarbeit auf anderen Gebieten ist richtig. Diesen Weg müssen wir weiter gehen. Er zeigt beim Kanzler Wirkung, und er gibt ihm und seiner Umgebung zu verstehen, was die Sowjetunion für Deutschland bedeutet.

Der Kontakt mit den Führern anderer westlicher Länder zeigt, dass sie unsere Schelte an Kohl begrüßen. Die Italiener haben uns zu verstehen gegeben, dass die erste Visite des Generalsekretärs nicht in der BRD, sondern in Italien stattfinden soll. Gleichzeitig ist für uns klar, dass die Bundesrepublik Stärke verkörpert, und dass wir dieser Tatsache sowohl in Europa, als auch in der Welt Rechnung tragen müssen ...

Die von uns eingeschlagene Richtung in den Beziehungen zur BRD zügelt auch die DDR. Der Druck ökonomischer Faktoren kann Berlin in die Umarmung Westdeutschlands führen.«

Sitzung des Politbüros des ZK der KPdSU, 25. September 1986
Internationale Fragen

(S. 17) *Gorbatschow*: (Bezugnahme auf den Brief von Honecker vom 28. August) »Insofern die deutsche Frage für uns sowohl in Europa als auch in der sozialistischen Staatengemeinschaft die Wichtigste ist, müssen wir die sozialistische Integration erst mit Honecker und danach erst mit den anderen besprechen.«

*Aus dem Gespräch Gorbatschows mit Mitarbeitern vor der Sitzung des
RGW, 29. September 1986*

(S. 18f.) »Honecker hat seine Vorschläge zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit uns zugesandt. Es ist nicht notwendig, sie im gegenseitigen Inter-

esse unberücksichtigt zu lassen. Sie wollen nicht in breiter Front den Weg der gemeinsamen Betriebe gehen – egal, wir werden weiter vorsichtig sein. Wir werden das probieren, womit sie einverstanden sind. Das Verhältnis der wissenschaftlichen Erkenntnisse und deren Anwendung bei uns und in der DDR ist umgekehrt proportional ... Wir müssen zu verstehen geben, dass wir alles sehen und alles wissen.

Honecker kokettiert mit China. Geben wir ihm in den Beziehungen mit der Volksrepublik China nicht die Funktion eines Generalsekretärs ›NATO – RGW‹? Sollten wir ihm nicht eine solche Funktion anvertrauen? Jaruselski und den anderen Mitgliedern des RGW wurde so etwas nicht übertragen. Honecker hat sich selbst bevollmächtigt ...

Aber wie es auch sei: Je mehr die KPdSU den Prozess der Perestroika vertieft, umso mehr Probleme wird es geben. Das ist normal.

Über die BRD werde ich (auf der Beratung des RGW) den Freunden sagen: Kohl haben wir bis an die Grenze des Möglichen ertragen. Die BRD ist an Beziehungen mit Ost-Europa interessiert. Wir begrüßen das, obwohl wir die Absicht erkennen.

Honecker verkneift sich, wenn wir ihn an die ›Mauer‹ erinnern. Es ist notwendig, taktischer vorzugehen, über Prozesse zu sprechen, die unvermeidlich sind ...

Es kann sein, dass wir fragen, wie blickt ihr in Zukunft auf die deutsche Frage? Sie sollten sich dazu äußern. Für sie wird das Gespräch unbequem werden. Wir werden dort wenig sagen. Sie sollten sich dagegen mehr äußern ...

Über den Besuch von Honecker in der BRD werden wir keine Fragen stellen. Alle sozialistischen Länder sind angreifbar. Sie alle können verloren gehen. Die DDR ist am stärksten betroffen, einer Wiedervereinigung mit der BRD wird sie nicht widerstehen können, d. h. auf Kosten des Sozialismus.«

*Sitzung des Politbüros des ZK der KPdSU, 12. Februar 1987
Über Ergebnisse der Reise von Schewardnadse in die DDR und
Tschechoslowakei*

(S. 32) *Schewardnadse*: »Die Rede von Gorbatschow auf dem Januar-Ple-num wird von Spekulanten für hohe Preise verkauft. [Die Rede wurde in der DDR nicht veröffentlicht. In ihr erfolgt eine schonungslose Abrech-

nung mit den Verbrechen Stalins und den Fehlern der KPdSU im Verlauf der Geschichte der Sowjetunion – H. R.] In der DDR stoßen wir in den Beziehungen zu uns auf Elemente der Vorsicht. In den höchsten Kreisen der Führung wird ohne Begeisterung über unser Plenum und über den XXVII. Parteitag gesprochen.«

Gorbatschow: »Jetzt ist klar geworden, was für ein Plenum wir durchgeführt haben.«

Schewardnadse: »In der Psychologie und im Denken auch der Kommunisten ist die Idee der einheitlichen deutschen Nation noch lebendig. Sie kokettieren mit den Westdeutschen. Die BRD wird nicht kritisiert. Das ist aber nicht nur der ökonomischen Interessen wegen.

Die Idee des einheitlichen Deutschlands erfordert, dass sie gründlich studiert wird. Auch die Polen sind diesbezüglich beunruhigt.

Honecker wird von seinen Kollegen gefürchtet. Alles, was er sagt, ist Wahrheit in letzter Instanz. Autoritäre Formen der Herrschaft werden gepflegt. Das gefällt aber nicht allen. Honecker hat erkannt, dass auf der bevorstehenden Parteikonferenz ein Kampf bevorsteht. Er weiß, dass er sich in Gefahr begibt, wenn er sich der Prinzipien bedient, die gegenwärtig Richtschnur für die Führung der KPdSU sind.«

Sitzung des Politbüros des ZK der KPdSU, 11. Juni 1987

(S. 43) *Gorbatschow:* »Zur Sitzung des Ausschusses für Politische Konsultation der Länder des Warschauer Vertrags, die Ende März 1987 in Berlin stattfindet, ist für die Beratung im Politbüro ein Material über unser weiteres Vorgehen mit der BRD vorzubereiten. Im Verhältnis mit der BRD sind künftig außerordentliche Maßnahmen zu ergreifen. Dieses Land ist auf unsere Seite zu ziehen.

Von dort aus gibt es dazu Neigung. In der Presse ist in diesem Zusammenhang die Problematik der Einheit Deutschlands zu aktivieren. Die Überprüfung unserer Reaktion wird über die Massenmedien erfolgen. Es gibt die Hoffnung, dass wir uns festlegen. Gleichzeitig dürfte klar sein, dass außerhalb der Grenzen Deutschlands die Einheit gefürchtet wird. In der DDR ist das Verhältnis zu uns sehr freundschaftlich. Gäbe es nicht

die Sprachbarriere, so könnte man bei einem Aufenthalt dort annehmen, man befindet sich zuhause.

Honecker habe ich gesagt: Findet eine gemeinsame Sprach mit der BRD. Sie benötigt das.«

Niederschrift von S. A. Tschernajew über die westeuropäische Reaktion auf den Besuch von Kohl in Moskau, 28. Oktober 1988.

Michael Sergejewitsch:

(S. 136f.) »... von Schachnasarow habe ich erfahren, dass er Initiative ergriffen hat, Honecker ein Schreiben zu schicken über Ihre Gespräche mit Kohl (den Inhalt des Schreibens kenne ich nicht).

Meine Meinung dazu: Das sollte unterbleiben. Erstens, das wäre ein Präzedenzfall. Zweitens, es ist nicht nur eine Frage des Inhalts, obwohl er auch diesbezüglich nicht alles wissen muss; es geht vor allem um die Atmosphäre des Gesprächs. [Gorbatschow und seine Frau haben alles Mögliche getan, um eine Atmosphäre zu schaffen, in der sich Kohl und seine Gattin in bester Stimmung befanden –H. R.] Honecker könnte für uns nicht erwünschte Schlussfolgerungen ziehen (Verdächtigung im Sinn der Glaubwürdigkeit) und pragmatische (jetzt kann ich ja noch kühner vorgehen).

In abgeschwächter Form zu informieren ist gefährlich, da es in der BRD Auslassungen geben kann, für deren Inhalt wir nicht verantwortlich sind.

Im übrigen machen wir unsere eigene Politik, die mit der von Honecker nicht identisch ist. Sie ist so durchschaubar, wie Sie es Kohl gesagt haben. Und warum sollten wir uns festlegen?«

*Gorbatschow auf der Pressekonferenz in Bonn 15. Juni 1989
Antworten auf Fragen von Journalisten*

(S. 202f.) *Frage:* »Viele Westdeutsche sind der Auffassung, dass auf dem Weg der Annäherung, der vollen Annäherung unserer beiden Länder die Berliner Mauer sowohl physisch als auch politisch eine Barriere ist. Denken Sie, dass das europäische Haus, das Sie anstreben, möglich ist, solange die Berliner Mauer besteht?«

Gorbatschow: »Es ist nicht seriös, die Berliner Mauer auf dem Weg zum europäischen Haus als einziges Hindernis anzusehen. Wir müssen bei der Errichtung des europäischen Hauses im Interesse aller Völker viele Probleme lösen, wobei wir ihre Wahl, ihre Traditionen, ihre Geschichte berücksichtigen müssen. Wir müssen Bedingungen für eine gleichberechtigte und gegenseitig vorteilhafte Zusammenarbeit schaffen. Nichts ist auf dieser Welt ewig. Wir hoffen, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Die Mauer ist unter einer bestimmten historischen Situation gebaut worden. Sie ist nicht aus einer böswilligen Absicht entstanden. Die DDR hat damals gesetzlich von ihren souveränen Rechten Gebrauch gemacht. Die Mauer kann verschwinden, wenn die Voraussetzungen verschwunden sind, unter denen sie gebaut worden ist. Ich sehe hier keine großen Probleme.«

Aus dem Tagebuch von A. S. Tschernajew, 5. Oktober 1989

(S. 204) »M. S. [Gorbatschow – H. R.] fliegt morgen nach Berlin. Er möchte nicht. Heute hat er zweimal angerufen: Er sagt, den Text habe ich bis auf den Buchstaben ausgekostet ... Zur Unterstützung von Honecker sage ich kein Wort. Die Republik und die Revolution unterstütze ich.

Heute in Dresden – 20000 haben demonstriert, gestern in Leipzig.

Es gibt Informationen, dass in Anwesenheit von Gorbatschow die ›Mauer‹ gestürmt wird.

Beängstigende Szenen bei der Durchfahrt des Sonderzugs (mit Flüchtlingen der DDR in den Westen) von Prag in die BRD durch Dresden. Das westdeutsche Fernsehen hat alles aufgenommen und wird es in der gesamten DDR ausstrahlen. Die Westpresse ist voller Artikel über die Vereinigung Deutschlands.«

9. Oktober 1989,

»Europa ist begeistert vom Besuch Gorbatschows in Berlin. Viele flüstern uns in die Ohren: Es ist gut, dass die UdSSR – wenn auch delikate – sich gegen die Wiedervereinigung Deutschlands jetzt ausgesprochen hat. Sagladin [Berater Gorbatschows in außenpolitischen Fragen – H. R.] hat ganz Frankreich bereist. Mit wem er auch gesprochen hat – von Mitterrand bis zu Bürgermeister – einhellig war die Auffassung: Niemand braucht die

Vereinigung Deutschlands. Thatcher im Gespräch mit M. S. – plötzlich hat sie darum, das nicht aufzuschreiben. Sie ist entschieden gegen die Wiedervereinigung Deutschlands. Aber, so etwas könne sie weder bei sich zuhause, noch in der NATO sagen. Mit unseren Händen soll das verhindert werden.«

Telefongespräch Gorbatschows mit Kohl, 11. Oktober 1989

(S. 221f.) *Kohl*»... Ich habe noch einen letzten Punkt für unser Gespräch. Er berührt die DDR. Ich möchte Sie versichern, dass die BRD in keiner Weise an einer Destabilisierung der DDR interessiert ist, sie wünscht der DDR nichts Schlechtes. Wir hoffen, dass die Entwicklung dort nicht außer Kontrolle gerät, dass die Emotionen der letzten Zeit nicht weiter zunehmen. Das Einzige, was wir wollen, ist, dass sich die DDR ihren Reformen anschließt, dem Kurs progressiver Veränderungen. Die Ereignisse der letzten Zeit bestätigen, dass die DDR dafür reif ist.

Was die Bevölkerung angeht, so sind wir dafür, dass die Bewohner der DDR bei sich bleiben. Wir sind nicht dafür, sie aufzuwühlen, sie zu irgendwelchen Handlungen zu veranlassen, für die sie uns dann Vorwürfe machen.«

Gorbatschow: »Es ist wichtig solche Worte vom Bundeskanzler der BRD zu hören. Ich hoffe, dass diese Worte nicht mit Taten auseinanderfallen.«

Aus dem Tagebuch von A. S. Tschernajew, 10. November 1989

(S. 246) »Die Berliner Mauer ist eingestürzt. Eine ganze Epoche des ›Sozialistischen Systems‹ ist zu Ende gegangen. Nach der VPAP [Vereinigte Polnische Arbeiterpartei – H. R.] und der USAP [Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei] ist Honecker gescheitert. Heute wurde bekannt, dass Deng Xiaoping und Shiwkow zurückgetreten sind. Geblieben sind unsere besten Freunde: ›Castro, Ceausescu, Kim Il Sen‹, die uns hassen.

Aber die DDR, die Berliner Mauer, das ist das Wichtigste. Hier ist nicht bloß vom ›Sozialismus‹ die Rede, sondern von der Veränderung des Kräfteverhältnisses in der Welt, das ist das Ende von Jalta, das ist das Finale des stalinistischen Erbes und der Zerschlagung Hitler-Deutschlands.

Seht, was Gorbatschow gemacht hat. In der Tat, er hat sich als groß erwiesen, weil er den Hauch der Geschichte gespürt hat und ihr half, in den ›natürlichen Strom‹ zu münden.«

Gespräch zwischen Gorbatschow und Andreotti
[Ministerpräsident Italiens – H. R.], Rom, 24. November 1989

(S. 266) *Andreotti*: »Da wird im engen Kreis das Gespräch führen, möchte ich erneut zu der Frage zurückkehren, ob es eine konkrete Ursache dafür gibt, die die zugespitzte Entwicklung der Ereignisse in der DDR hervorgerufen hat?«

Gorbatschow: »Eine solche Ursache gibt es. Wegen des Gegenübers der BRD hat die Führung der DDR die Gesellschaft im Zustand der Mobilisierung gehalten. Und das hat gewirkt. Als bei uns die Umgestaltung begann, hätte das auch in der DDR gemacht werden müssen: Die Möglichkeiten dafür zu schaffen, dass sich die Menschen selbst verwirklichen können, dass sie dafür die adäquaten Formen finden; darunter auch Formen, die das Verhältnis zur BRD berühren. Honecker fühlte sich aber als Gralshüter. Das, was andere gemacht haben, sah er fast als Verrat an, als Preisgabe von Positionen, die unter dem Druck des Westens entstanden sei. Das gesellschaftliche Bewusstsein erforderte Veränderungen, die politische Führung hat aber darauf nicht reagiert.

Auf beharrliches Bitten von Honecker habe ich an den Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag der DDR teilgenommen. Ich war beeindruckt, wie stark unter den verschiedenen Kreisen die Forderung nach Veränderungen war. An dem zweistündigen Fackelzug waren Menschen aus den verschiedensten Bezirken beteiligt. In Wirklichkeit waren es Parteikader. Als sie an der Tribüne vorbei marschierten riefen sie: Gorbatschow bleib bei uns! In diesem Augenblick stand ich neben Honecker. Es war ein Drama

...

In der DDR ist die politische Führung hinter den Prozessen zurückgeblieben, die in der Gesellschaft vor sich gegangen sind. Als die Veränderungen begannen, kehrte sich alles nach oben ...«

Andreotti: »Ich habe Honecker nicht gut gekannt, ich hatte aber Bekanntschaft mit einigen Mitgliedern der Führung der DDR. Einige von ihnen erweckten durchaus den Eindruck, dass sie denkende Menschen

sind. Aber das ist nur oberflächlich. Ein Beispiel ist Axen [Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der SED – H. R.].

Gorbatschow: »Sie alle waren Funktionäre des gestrigen Tages.«

*Beratung der Deutschen Frage im kleinen Kreis im Kabinett des
Generalsekretärs des ZK der KPdSU, 26. Januar 1990*

Anwesend: Gorbatschow, Ryshkow, Achromejew, Tschernajew, Schachnasarow, Jakowlew, Falin (Leiter der Abteilung für internationale Beziehungen) und Fjodorow (stellv. Leiter für internationale Beziehungen).

[Die Beratung war für die weitere Fortsetzung der Deutschlandpolitik von entscheidender Bedeutung. Es sollten die Meinungsverschiedenheiten über die Frage der Wiedervereinigung Deutschlands ausgeräumt und ein konstruktives Konzept für den deutschen Einigungsprozess ausgearbeitet werden – H. R.]

(S. 307–311) *Gorbatschow:* »Jetzt ist es mit der DDR so, wie mit unserem Aserbaidshan: Man kann sich auf niemand stützen und mit niemand ernsthafte Gespräche führen. Aber wenn man mit jemand spricht, dann hat das keinen verbindlichen Charakter. Selbst Modrow wendet sich von der SED ab. Seine treue Freundschaft zu uns ist unbedeutend. Es gibt keine realen Kräfte in der DDR. Auf den Prozess können wir folglich nur über die BRD Einfluss nehmen ...«

Krjutschkow: »Die Tage der SED sind gezählt. Das ist kein Hebel und keine Stütze für uns ...«

Jakowlew: »Modrow sollte der SPD beitreten und ihren östlichen Teil führen. Unsere Truppen in der DDR sind für die Amerikaner wichtiger als für uns selbst. Es wäre gut, wenn Modrow mit einem Programm der Vereinigung antreten würde – ohne Vorurteile, ausgehend von der Realität. Wir würden ihn dann aktiv unterstützen ...«

Ryshkow: »Es ist realistisch auf den Prozess zu blicken. Er ist nicht mehr aufzuhalten. Alle Hindernisse sind beseitigt ... Die DDR ist nicht mehr zu halten. Die Wirtschaft liegt am Boden, die staatlichen Institutionen funktionieren nicht mehr. Die DDR zu erhalten, ist nicht real. Konföderation

– ja. Dafür sollen wir Voraussetzungen schaffen. Es ist nicht richtig, alles Kohl zu überlassen. Sollte das der Fall sein, dann wird Deutschland nach 20–30 Jahren wieder einen Krieg beginnen ...«

Aus Gesprächen Gorbatschow mit Modrow in Moskau, 30. Januar 1990

(Anwesend: Ryshkow, Schewardnadse, Falin, Fedorow, der stellv. Außenminister der DDR Ott und der Botschafter der DDR in der UdSSR, König)

(S. 312–317) *Gorbatschow*: »Wir rechnen mit einem offenen und freundschaftlichem Gespräch mit ihnen. Die DDR ist Gegenstand unserer besonderen Sorge, nicht nur in der Außen- sondern auch in der Innenpolitik. In der deutschen Problematik sind Geschichte, heutiger Tag und Zukunft miteinander verflochten.

Gegenwärtig wird die Sache so hingestellt, als ob die Sowjetunion sich bei der Forcierung der Vereinigung Deutschlands zurückhaltend verhält. In Wirklichkeit sind auch Frankreich, England und andere Staaten beunruhigt. Was die westdeutschen Politiker angeht, so drängen sie hartnäckig zur Vereinigung, obwohl sie offiziell erklären, dass sie nicht die Absicht haben, sie voranzutreiben.

In der letzten Zeit zieht es Kohl vor, bei euch die Bildung einer neuen Regierung abzuwarten, um dann mit ihr praktisch zusammenzuarbeiten, aber jetzt fördert er faktisch die Destabilisierung der Lage in der DDR. Offensichtlich rechnet er damit, der SED, den staatlichen Strukturen und den Kadern den letzten Schlag zu versetzen ...«

Modrow: »Die Lage bei uns ist sehr kompliziert. Sie ist im wahrsten Sinne des Wortes für die DDR schicksalhaft. Immer offensichtlicher wird die Tiefe der Krise und die Schuld der alten Führung. Gestern wurde der Beschluss gefasst, Honecker, Mittag, Hermann und Milke wegen Staatsverrats anzuklagen. Außerdem wurden weitere 29 ehemalige Funktionäre auf zentraler Ebene und 290 auf örtlicher Ebene angeklagt. Ihnen werden Rechtsverletzungen, Freiheitsberaubung des Menschen, Zerrüttung der Wirtschaft und Amtsmissbrauch zur Last gelegt ... Ich bin mit ihnen völlig einverstanden, dass Kohl getroffene Absprachen, die wir in Dresden vereinbart hatten, nicht einhält. Erstens, er hat gespürt, dass in der

DDR eine Situation entstanden ist, die er nutzt, um als Initiator des Einigungsprozesses aufzutreten. Zweitens, die Vereinigung ist zum zentralen Thema für den Wahlkampf in der BRD geworden. Jeder der Teilnehmer ist bemüht, den Vereinigungsprozess zu beschleunigen, um für sich mehr Wählerstimmen zu gewinnen ...«

*Gespräche unter vier Augen zwischen Gorbatschow und Kohl in Moskau,
10. Februar 1990*

(Anwesend: Von deutscher Seite Teltschik – von sowjetischer Seite – Tschernajew)

(S. 544) *Kohl*: »...was wir nicht wollen ist die Neutralität. Das wäre eine historische Dummheit. Ein solcher Fehler wurde bereits 1918 begangen. Für die Deutschen wurde damals ein spezieller Status festgelegt. Der Sinn von Rapallo⁵³ bestand darin, aus diesem speziellen Status herauszukommen.

Man muss die Fehler nicht wiederholen. Wir meinen, dass die NATO ihren Aktionsradius nicht ausweiten soll!«

Telefongespräch Gorbatschow mit Modrow, 12. Februar 1990

(S. 562) *Gorbatschow*: »... Ich habe dem Kanzler gesagt, in der deutschen Angelegenheit bleibt unsere Position unverändert. In einer bestimmten Etappe sind zwei deutsche Staaten entstanden. Die Frage, wie sie weiter leben werden, wird im historischen Kontext entschieden. Jetzt hat die Geschichte ihren Lauf beschleunigt. Welche Staatsformen, welches Tempo der Annäherung zwischen der DDR und der BRD gewählt werden, das entscheiden letzten Endes allein die Deutschen. Der Vereinigungsprozess berührt sowohl die Sowjetunion als auch andere Staaten, besonders die Nachbarn der DDR und der BRD. Es ergibt sich die Frage nach der Si-

⁵³ In Rapallo wurde 1922 ein Vertrag zwischen dem Deutschen Reich und der Sowjetunion abgeschlossen. Mit diesem Vertrag wurde die Isolierung der beiden Staaten durchbrochen und gegenseitig auf Bezahlung von Kriegsschäden und Kriegsfolgekosten verzichtet. Die Polen und Kriegsgegner Deutschlands befürchteten, dass dieses neue Bündnis gegen sie gerichtet wäre.

cherheit der Sowjetunion, Europas im Ganzen, der Unverletzlichkeit der Grenzen, der nachkriegsterritorialen und politischen Realitäten. Im Einigungsprozess sollen als Gesprächspartner nicht nur die DDR und die BRD auftreten, sondern auch die Sowjetunion ...

Kohl hat unsere Argumente akzeptiert und versprochen, darüber nachzudenken. Zugleich hat er in Bezug auf den militär-politischen Status des Vereinten Deutschlands manövriert, er hat sich dabei auf die gesellschaftliche Meinung der BRD berufen, nach der –seinen Worten nach– die Stimmung zugunsten der Erhaltung der Mitgliedschaft in der NATO dominant sei.

Ich habe ihm darauf geantwortet, dass die Beibehaltung der Mitgliedschaft in der NATO für das Vereinigte Deutschland für uns nicht annehmbar sei ... Was den militärischen Status angeht, so gibt es interessante Konstellationen: Der Staat kann neutral bleiben, er kann sich auch nicht ausschließen. Ich habe betont, dass in den Beziehungen der militärisch-politischen Aspekte zwischen der Sowjetunion und der BRD völlige Klarheit herrschen muss.

Insgesamt ist bei mir der Eindruck entstanden, dass sich Kohl arrogant verhalten hat.«

*Auszüge aus einem Schreiben von Tschernajew an Gorbatschow 4. Mai
1990*

(S. 424f.) Michael Sergejewitsch! »... Sie haben uns gelehrt, dass nichts vereinfacht werden darf. Und trotzdem, die Politik unterscheidet sich dadurch von einer Expertise, dass sie das Problem auf das Wichtigste zurückführt, das in der Regel, stets einfach ist.

Es ist offensichtlich, dass Deutschland in der NATO sein wird. Wir haben keine wirksamen Mittel, um das zu verhindern. Das ist genauso unvermeidlich wie die Gründung der Russischen Kommunistischen Partei [im Mai 1990 begann sich eine selbständige Kommunistische Partei Russlands zu bilden, was zum Zerfall der KPdSU führte – H. R.]. Und warum sollen wir, wie in diesem Fall, erneut einen abgefahrenen Zug einholen, wenn wir, wie es abzusehen ist, nicht die Möglichkeit haben, auf die Lokomotive aufzuspringen, oder, so Gott will, auf die Mitte der Waggons.

Wir müssen uns mit der Tatsache des Beitritts Deutschlands in die NATO abfinden. Wenn wir uns weiter ›eisern‹ verhalten, dann wird das als großes Zugeständnis, als Rückzug angesehen ...

Mit scheint, die Sowjetunion war zu keiner Zeit so an der Unterstützung der Perestroika durch den Westen interessiert wie jetzt«.

Pressekonferenz mit Gorbatschow und Kohl, 16. Juni 1990

[Die Pressekonferenz fand nach Verhandlungen von Gorbatschow und Kohl in Archys, Nordkaukasus, statt, in denen der endgültige Beitritt des Vereinigten Deutschlands in die NATO besiegelt wurde –H. R.]

(S. 526f.) *Kohl*: »... Präsident Gorbatschow und ich haben gut verstanden, dass die deutsch-sowjetischen Beziehungen sowohl für die Zukunft unserer Völker als auch für das Schicksal Europas von besonderer Bedeutung sind. Wir möchten – und haben darüber gesprochen-, dass unmittelbar nach der Vereinigung Deutschlands ein umfassender und grundlegender zweiseitiger Vertrag geschlossen wird, der unsere Beziehungen langfristig und auf der Grundlage guter Nachbarschaft regelt. Dieser Vertrag soll alle Beziehungen erfassen – nicht nur die politischen, sondern er soll auch Fragen der gegenseitigen Sicherheit, der Wirtschaft, der Kultur, der Wissenschaft und Technik, des Jugendaustausches und andere einschließen. Das Ziel besteht darin, dass unsere Beziehungen auf der Grundlage der Stabilität, der rechtzeitigen Information und des Vertrauens sowie des Zusammenwirkens in unserer gemeinsamen Zukunft beruhen.

Ich kann heute mit Zufriedenheit und in Übereinstimmung mit dem Präsidenten Gorbatschow Folgendes konstatieren:

Erstens, das vereinigte Deutschland erfasst die BRD, die DDR und Berlin.

Zweitens, wenn die Vereinigung stattfindet, treten alle Rechte und die Verantwortung der vier Mächte vollständig außer Kraft. Das geeinte Deutschland erhält folglich im Moment der Vereinigung seine volle und uneingeschränkte Souveränität.

Drittens, das vereinte Deutschland kann in Ausübung seiner uneingeschränkten Souveränität frei und selbstständig entscheiden, ob es einem Pakt angehören will oder nicht, wenn ja, dann welchem. Das entspricht der Schlussakte der Europäischen Vereinbarung für Sicherheit und Zu-

sammenarbeit. Bei der Erläuterung des Standpunktes der Regierung der Bundesrepublik Deutschland habe ich erklärt, dass das vereinte Deutschland Mitglied des Atlantischen Pakts sein will; und ich bin überzeugt, dass dies auch der Meinung der Regierung der DDR entspricht.

Viertens, das vereinte Deutschland schließt mit der Sowjetunion einen zweiseitigen Vertrag über den Abzug der sowjetischen Truppen aus der DDR ab, der innerhalb von drei bis vier Jahren erfolgen soll.

Fünftens, solange die sowjetischen Truppen auf dem Gebiet der DDR stationiert sind, wird die Struktur der NATO nicht auf dieses Gebiet Deutschlands ausgedehnt ...

Nach der Vereinigung Deutschlands können Truppen der Bundeswehr, die nicht der militärischen Organisation der NATO angehören, das heißt, Abteilungen der territorialen Verteidigung, auf dem jetzigen Gebiet der DDR und Berlins, stationiert werden ...

Sechstens, die Bundesregierung verkündet ihre Bereitschaft, schon während der Gespräche in Wien eine Erklärung abzugeben, in der sie sich verpflichtet, die bewaffneten Kräfte des einheitlichen Deutschlands im Verlauf von drei bis vier Jahren auf 370.000 Mann zu reduzieren.

Siebtens, das vereinigte Deutschland verzichtet auf die Produktion und den Besitz von atomaren, biologischen und chemischen Waffen und wird Mitglied des Vertrags über die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen.«

(S. 529) *Gorbatschow*: »Wir haben – wie die Deutschen sagen – »Realpolitik« gemacht. Realpolitik erfordert die Berücksichtigung des ganzen komplizierten Komplexes von Veränderungen, die heute sowohl im europäischen Raum, als auch in der Weltpolitik vor sich gehen.

Es vollzieht sich ein Prozess der Veränderungen ... Die Ergebnisse unserer Beratungen vereinigten in sich die Positionen sowohl der BRD als auch der Sowjetunion. Wahrscheinlich hat die westdeutsche Seite nicht das in »reiner Form« erreicht, womit sie gerechnet hat. Auch wir haben nicht das »in reiner Form« bekommen, was wir seinerzeit erhofft hatten. Wir waren aber Realisten. Wir haben die Richtung der Veränderungen eingeschätzt, haben gegenübergestellt, ständig haben wir den europäischen Kontext berücksichtigt, wir haben versucht, alle diese Prozesse miteinander zu verbinden.

Wenn auch der Kanzler das Treffen als Arbeitsbesuch bezeichnet hat, so würde ich es in die großen Begegnungen unserer Zeit einreihen.

Das Wichtigste – ich hatte es schon bemerkt – hat der Kanzler ausgesprochen. Wir gehen davon aus, dass durch das Abschlussdokument, das dem internationalen Recht entspricht, die Verantwortung der vier Mächte, die sich aus den entsprechenden internationalen Rechtsvereinbarungen ergeben hat, aufgehoben wird. Das bedeutet: Das vereinte Deutschland erhält die volle Souveränität. Es hat das Recht, diese Souveränität wahrzunehmen und seine Wahl zu treffen. Das betrifft die soziale Entwicklung, den Beitritt in Bündnisse, in denen es mitwirken möchte, welche Beziehungen unterhalten werden und welche Kontakte aufgenommen oder erneuert werden sollen. All das sind Merkmale einer vollen Souveränität, die die Regierung erhält.«

*Abschiedsbrief von M. S. Gorbatschow an Helmut Kohl,
25. Dezember 1991*

(S. 550) »Seine Hoheit, Herrn Kohl, Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland und Frau Kohl

Lieber Helmut,

ich verlasse das Amt des Präsidenten der UdSSR.

Obwohl die Ereignisse sich nicht so ergeben haben, wie ich sie für richtig und zweckmäßig gehalten habe, verliere ich nicht die Hoffnung auf den letztendlichen Erfolg der Sache, die ich vor sechs Jahren begonnen habe, darauf, dass Russland und die anderen Staaten, die der neuen Gemeinschaft beigetreten sind, sich in moderne, demokratische Staaten verwandeln.

In dieser für mich nicht leichten Zeit wende ich mich gedanklich dem zu, was wir gemeinsam mit Dir geleistet haben. Die Vereinigung Deutschlands – ein großes Ereignis in der Weltgeschichte und Weltpolitik. Wie kein Anderer haben wir am meisten dazu beigetragen.

Ich glaube, das wird im Gedächtnis der Völker in Erinnerung bleiben.

Ich möchte, dass die russisch-deutschen Beziehungen sich auf dem Fundament erfolgreich entwickeln, das wir gemeinsam im großen Vertrag gelegt haben.

Raissa und ich wünschen von ganzem Herzen Hannelore, Deiner ganzen Familie Gesundheit, Wohlergehen und Glück.

Dein Michael«

Über den Autor

Der Verfasser dieser Schrift wurde 1931 in Lagenchursdorf – damals Kreis Glauchau/Sa – geboren. Er stammt aus einer kinderreichen Arbeiterfamilie. Von 1938 bis 1946 besuchte er die Volksschule.

Von 1946 bis 1949 erlernte er im VEB-Spinnstoffwerk Glauchau den Beruf eines Maschinenschlossers. Nach der Lehre erfolgte ein zweijähriges Studium an der Arbeiter- und Bauerfakultät der technischen Universität Dresden im mathematischen-naturwissenschaftlichen Kurs. Sein Ziel war Maschinenbau zu studieren.

Nach Beginn des Studiums an der TH Dresden erfolgte seine Delegation an die staatliche Lomonossow-Universität Moskau, an der er an der ökonomischen Fakultät nach 5-jährigem Studium das Diplom erhielt mit Auszeichnung als Diplomwirtschaftler. Seine wissenschaftliche Laufbahn begann 1956 an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Karl-Marx-Universität Leipzig. Sein Fachgebiet war die Politische Ökonomie. Im Frühjahr 1961 erwarb er mit der Note »summa cum laude« den Titel Dr. rer. oec. Die Habilitation erfolgte 1968. In der Forschung beschäftigte er sich vornehmlich mit der Marxschen Wert-, Kosten- und Preistheorie. Auf diesem Gebiet hat er mehrere Arbeiten veröffentlicht, so u. a. zum Preistyp und wissenschaftlich-technischer Fortschritt, zur Planmäßigkeit und Ware-Geld-Beziehungen im Sozialismus, zur Warenproduktion im Sozialismus, sowie zum sozialistischen Industriebetrieb.

Horst Richter beschäftigte sich ebenfalls mit methodischen und methodologischen Fragen einer wissenschaftlichen Lehre der Politischen Ökonomie des Sozialismus. Hierzu sind von ihm eine Reihe Arbeiten erschienen, so u.a. zu theoretischen und methodologischen Fragen der Politischen Ökonomie. Als Leiter eines Autorenkollektivs gab er das Lehrbuch »Politische Ökonomie des Kapitalismus/Sozialismus« heraus, das in 14 Auflagen erschien. Ebenfalls unter seiner Leitung erschien eine Lehrmethodik zur Politischen Ökonomie.

Im Jahr 1988 erhielt Horst Richter die Ehrendoktorwürde der Hochschule für Ökonomie Berlin-Karlshorst. Er war Mitglied des Rates für Wirtschaftswissenschaftliche Forschung bei der Akademie der Wissen-

schaften der DDR sowie weiterer wissenschaftlicher Räte. Zu seinem Wissenschaftsprofil zählt ebenfalls sein internationales Wirken. Er war Gastprofessor an den Universitäten in Hanoi und Havanna. Außerdem hielt er Vorlesungen und Vorträge an den Universitäten Moskau, Leningrad, Kiew und Sofia. Eine Reihe wirtschaftswissenschaftlicher Arbeiten wurde von ihm aus dem Russischen in die deutsche Sprache übersetzt.

Im Jahr 1969 erfolgte seine Berufung zum ordentlichen Professor für Politische Ökonomie.

